

Ulla Knapp

Sozialstaat, Kinder und Familie

Michael Ehrke, IG Metall (Interview)

„Von Gewerkschaftsfeindlichkeit
kann keine Rede sein“

Klaus Wiese

Die Rentenalternative der IG BAU

Maria Eleonora Karsten

Personenbezogene Dienstleistung
für Frauen

Ausgabe 4 | 00

Heft 114

9,50 DM

Juli |

August 2000

NEUE DIENSTLEISTUNGSBERUFE



LARCHER/NAHLES:
JETZT MITGLIED IM
FORUM DL 21 WERDEN

von Thomas Westphal

Es war einmal ein Schäfer, der in einer einsamen Gegend seine Schafe hütete. Plötzlich tauchte ein nagelneuer Cherokee Jeep auf und hielt direkt neben ihm. Der Fahrer des Jeeps, ein junger Mann in „Brioni“-Anzug, „Cerutti“-Schuhen, „Ray Ban“-Sonnenbrille und einer „YSL“-Krawatte steigt aus und fragt ihn: „Wenn ich errate, wieviele Schafe sie haben, bekomme ich dann eins?“

Der Schäfer schaut den jungen Mann an, dann seine grasenden Schafe und sagt ruhig: „In Ordnung.“

Der junge Mann parkt den Jeep, verbindet sein Notebook mit dem Handy, geht im Internet auf eine NASA Seite, scannt die Gegend mit Hilfe seines GPS Satellitennavigationsystems, öffnet eine Datenbank und 60 Excel Tabellen mit einer Unmenge Formeln. Schließlich drückt er einen 150seitigen Bericht auf seinem Hi-Tech-Minidrucker, dreht sich zu dem Schäfer um und sagt: „Sie haben exakt 1586 Schafe.“ Der Schäfer sagt, „dass ist richtig, suchen sie sich ein Schaf aus.“

Der junge Mann nimmt ein Tier und lädt es in den Jeep ein. Der Schäfer schaut ihm zu und sagt: „Wenn ich ihren Beruf errate, geben Sie mir das Schaf dann zurück?“ Der junge Mann antwortet: „Klar, warum nicht.“ Der Schäfer sagt: „Sie sind Unternehmensberater.“ „Das ist richtig, woher wissen sie das?“ will der junge Mann wissen.

„Sehr einfach“, sagt der Schäfer, „Erstens kommen sie hierher obwohl sie niemand gerufen hat. Zweitens wollen sie ein Schaf als Bezahlung haben dafür, dass Sie mir etwas sagen, was ich ohnehin schon weiß, und drittens haben sie keine Ahnung von dem, was ich mache, denn Sie haben sich meinen Hund ausgesucht.“

So oder so ähnlich stellen sich viele die Situation vor, wenn es in der Wirtschaftspresse im englischen Neudeutsch heißt: „*new economy* meets old economy“.

Tatsächlich sind diese beiden Begriffe in den letzten fünfzehn Monaten zu den schillernden Begriffen der

Umbruchanalysen von Unternehmensberatern und Börsenanalysten geworden.

Mit zunehmender Dauer der Debatte über die Strukturen und Konsequenzen der „*new economy*“ verliert der Inhalt dieser Debatte immer weiter an Konturen. Viele Kommentare, Analysen und wirtschaftspolitische Ratschläge reduzieren die *new economy* auf die Strukturen und Regeln des Neuen Marktes für kleinere Börseneulinge, dies führt selbstverständlich zu verzerrten Ergebnissen und zu einer verkürzten Wahrnehmung der Veränderungen in der Welt. Ein Beispiel: In den letzten Wochen ist das Unternehmen „letsbuyit.com“ an die Börse des Neuen Marktes in Frankfurt gegangen. Letsbuyit.com verhilft seinen Kunden zu Preisnachlässen beim Einkauf im Internet. Der Börsengang dieses Unternehmens wurde mehrfach verschoben, weil die Anleger wenig Interesse an der Aktie zeigten. Genügend Nachfrage kam erst auf, als sich das Unternehmen entschloss die Preisspanne 3 bis 4 Euro pro Aktie zu senken. Dadurch reduzierte sich der Emissionserlös von erwarteten 120 Mill. Euro auf lediglich 60 Mill. Euro. Letsbuyit.com braucht das Geld dringend. Allein vom November 1999 bis April 2000 hat das Unternehmen rund 50 Mill. Euro in Marketing investiert (z. B. die Fernsehwerbung mit den Ameisen). Dabei erzielte die Gesellschaft 1999 einen Umsatz von lediglich 2,2 Mill. Euro bei einem Verlust von 24 Mill. Euro. Trotz dieser wenig euphorischen Grunddaten kletterte der Kurs der Aktie in den ersten Tagen auf 6,5 Euro. Anleger die sich trautes, die letsbuyit-Aktie zu ordern strichen einen Kursgewinn von 43% ein. Zahlreiche Anleger nutzen die Gelegenheit um „Kasse zu machen“ und verkauften die Aktie zum höheren Kurs bereits nach wenigen Tagen.

Kurzum: Wer die Geschichte von letsbuyit.com als typisch für die *new economy* verallgemeinert muß zu dem Schluß kommen, dass sie nichts anderes ist als Betteln auf hohem Niveau, dass die schnelle Mark wichti-

ger ist als solide Unternehmensstrukturen und dass das Medium Internet zur Beschleunigung der Spekulationsökonomie des Casino Kapitalismus beiträgt. Aber wer dies tut, handelt wie der Unternehmensberater in der kleinen Anfangsgeschichte, er wechselt den Hund mit dem Schaf.

Sicherlich ist das Internet die eigentliche Treibertechnologie für die Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen, aber die Änderungen erschöpfen sich nicht in der Entstehung neuer Internet-Firmen in denen neue Formen des Arbeitsverhältnisses, neue Arbeitszeiten und Mitbestimmungsstrukturen heranwachsen. Die Veränderungsdimension der *new economy* besteht darin, dass durch den Einsatz neuer Informationstechnologien die traditionellen Wirtschaftsstrukturen, wie Wertschöpfungsketten, Lieferketten etc. auseinanderbrechen und sich in neuer Form zusammensetzen. Experten nennen diesen Vorgang des Abbaus und der Neuformulierung von traditionellen Wirtschaftsstrukturen, *Dekonstruktion*.

Die Dekonstruktion bisheriger Wertschöpfungsketten beschert uns eine völlig neue Wirtschaftsstruktur. Das integrierte Unternehmen das alles aus einer Hand anbietet, verliert an Bedeutung. Die Konzentration auf das Kerngeschäft geht einher mit einer vertikalen Vernetzung der Unternehmen und neuen Freiheiten und Verantwortungen für die Beschäftigten.

Kurzum: Die *new economy* ist keine neue Branche, die alte Branchen, wie Stahlerzeugung und Maschinenbau verdrängt. *New economy* ist die Summe aus der Entwicklung neuer Produktivkräfte und Bewegungsgesetzen der Kapitalakkumulation. Es entstehen also neue Produktionsverhältnisse in der europäischen Kapitalverwertung, deren Gesetzmäßigkeiten mit dem klassischen Begriffsapparat der marxistischen Akkumulationstheorie nur noch ungenügend erfasst werden. Jede linke Strategie der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik muß sich dieser fundamentalen Veränderung stellen oder sie ist überflüssig.

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:
Heinz Albrecht (Berlin) (+)
Edeigard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/AM.)
Katrin Fuchs (Verl)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Ulve Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Uta Biermann
Stefanie Gerszewski
Barbara König
Dirk Meyer
Reinhold Rünker
Frank Schauff
Claudia Walther
Frank Wilhelm

Redaktionssekretär

Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

Neue Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
Telefax: 02 31 - 40 24 16
E-mail: verlag@spw.de
redaktion@spw.de
Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
Joachim Schuster
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.

Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.
Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte per E-mail oder auf einer
MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2000.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Internet: www.spw.de
Gestaltet durch Koeln-Online
und Markus Lauber

Titelfoto:

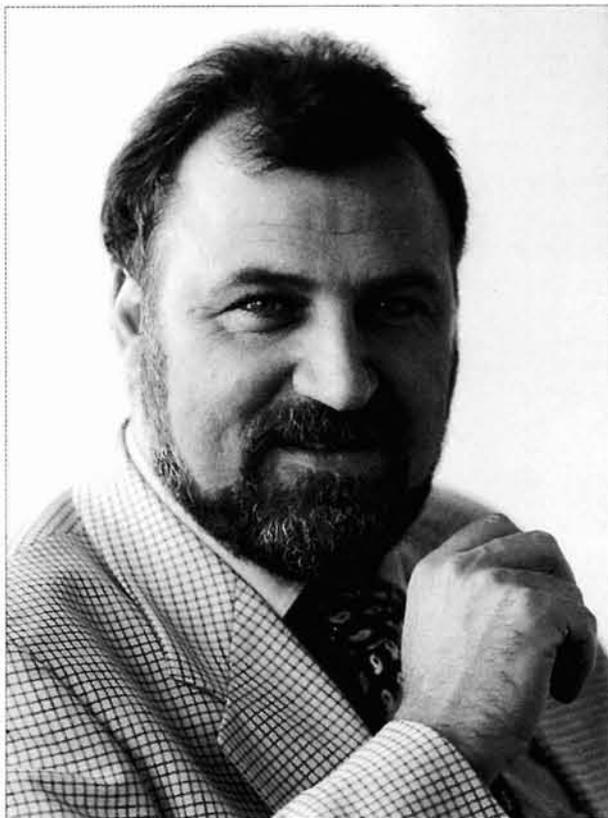
Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:
Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
1.-2. Tausend, August 2000

kurzum	2
MAGAZIN	
Klaus WieseHügel Die Haltung der IG BAU zur Rentenreform	4
Ernst Dieter Rossmann Ein Déja-vu oder die Geschichte als Farce	5
spw Intern	7
Peter Hennicke Der Atomdeal	8
Detlev von Larcher, Andrea Nahles Vom Frankfurter Kreis zum Forum DL 21	11
PLATZ DER REPUBLIK 1	
Burkhard Winsemann Es ist vollbracht	14
POLITISCHE GESELLSCHAFT	
Martina Naujoks, Hillevi Burmester Frauenbewegung zwischen Gestern und Morgen	15
Horst Grabert Reise in die Vergangenheit - Tagebuchnotizen zu Harpprechts „Jahre mit Willy Brandt“	18
NEUE DIENSTLEISTUNGSBERUFE	
Uta Biermann, Dirk Meyer Einleitung zum Heftschwerpunkt	19
Maria Eleonora Karsten Personenbezogene Dienstleistung für Frauen	20
Mechthild Rawert, Margrit Zauner Neue Dienstleistungen	23
Interview mit Michael Ehrke, IG Metall „Von Gewerkschaftsfeindlichkeit in den neuen Beschäftigungsgruppen kann keine Rede sein.“	27
Thomas Ebert Die neuen Dienstleistungsberufe und der Sozialstaat	30
Lothar Beyer, Josef Hilbert, Brigitte Micheel Neue Bedürfnisse – neue Dienstleistungen – neue Arbeit?	33
Dirk Meyer, Hildegard Kaluza Finanzierungsfragen der Neuen Dienstleistungen	35
THEORIE & STRATEGIE	
Fiete Sass Human Capital - Menschliche Fähigkeiten im Zentrum der Produktivkraftentwicklung	40
RePRODUKTION	
Ulla Knapp Sozialstaat, Kinder und Familie	45
Werner Rügemer Das SS-Wirtschaftssystem	50
Wolfgang Wodarg Recht und Ethik der modernen Medizin	51
Winfried Roth Aufstieg und Fall der Standorte	54
Felix Welti Zur Kritik der Rentenreform	57



Solidarität ist machbar!

Eine Konzeption der IG Bau-Agrar-Umwelt für ein universelles System der gesetzlichen Alterssicherung

von Klaus Wiese

die zusätzliche Belastung der Arbeitnehmer sich außerhalb des bewährten Solidarsystems niederschlägt. Dem stellt die IG BAU ein Konzept entgegen, das den Solidargedanken stärkt und die unabweisbaren Lasten der demografischen Entwicklung auf alle Teile der Bevölkerung verteilt.

Wer sich der Verteilungsfrage nicht stellt – oder aus opportunistischen Gründen nicht stellen will – gerät in die Mühlen des vermeintlichen Sachzwangs. Vor allem in den Augen der jungen Generation können die Gewerkschaften keine Hoffnungsträger sein, solange sie das althergebrachte System nur verteidigen ohne grundsätzliche Alternativen zu formulieren. Eine solidarische Alternative ist aber machbar, die Zukunftsaufgabe Rentenreform keineswegs alternativlos, wie von der Bundesregierung und den meisten Kommentatoren behauptet wird.

Wer heute eine Rente bezieht, muss damit ein auskömmliches Leben führen können. Natürlich müssen die Renten auch in Zukunft bezahlbar sein. Das ist auf der Basis der heutigen Regelungen alles andere als einfach. Das Beitragsgefüge ist ins Wanken geraten. Das weiß jeder. Auch für die jungen Arbeitnehmer muss es eine Zukunftsperspektive geben. Immer höhere Beiträge und immer niedrigere Leistungen – das schürt den Generationenkonflikt und ist grob ungerecht. Weitere Konflikte entstehen durch den radikalen Wandel der Erwerbs- und Lebensformen. Sogenannte „Patchwork-Biografien“ finden im herkömmlichen, allein auf Formen der abhängigen Vollzeit-Erwerbsarbeit ausgerichteten Rentensystem keine Entsprechung. Altersarmut ist die unmittelbare Folge.

Deshalb müssen Reformen her, die kalkulierbare Beiträge und ein menschenwürdiges Leben im Ruhestand garantieren. Dabei ist für uns klar: Wir brauchen auch weiterhin eine solide finanzierte staatliche Rentenversicherung als Rückgrat einer gesellschaftlichen Altersversorgung. Langfristig wollen wir zu einer Versicherungspflicht für alle kommen, also zu einer Erweiterung der Rentenversicherung auf die gesamte

Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Dies bezieht auch Beamte, politische Mandatsträger und Selbstständige in die Versicherung mit ein. Damit wird die ausschließliche Bindung der Rentenversicherung an das Arbeitsverhältnis um weitere Einkommensformen erweitert. Übergangsregelungen für bisher erworbene Pensions- und andere Ansprüche müssen geschaffen werden. Bei Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit ist der Rentenversicherungsbeitrag paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufzubringen. Die Beitragsbemessungsgrenze entfällt.

Analog der Ausweitung des versicherten Personenkreises werden alle Einkommensarten zur Beitragszahlung herangezogen. Dazu gehören: Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Erträge aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung sowie alle sonstigen zu versteuernden Einkommensarten. Ohne die Einbeziehung von Vermögenseinkünften, die seit Jahren gewaltige Zuwächse verzeichnen, potenziert sich der demografische Faktor. Massenarbeitslosigkeit, neue Formen der Selbstständigkeit u.v.m. stellen den Bestand der Beitragssysteme in Frage. Neben der Finanzierungsbasis schwindet auch die Beitragsgerechtigkeit.

Die von uns vorgeschlagene Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage führt durch Ausweitung des Personenkreises sowie der Einbeziehung aller Einkommensarten rechnerisch zu einer Beitragssenkung von 5,4 Beitragssatzpunkten, die aber durch die Übergangsregelungen erst zu einem späteren Zeitpunkt realisierbar ist. Bei einer zeitnahen Verwirklichung dieser Konzeption ermöglicht die errechnete Beitragssenkung die Finanzierung der Übergangsregelungen für die Hinterbliebenenversorgung. Die in den nächsten Jahrzehnten anstehenden Finanzierungsprobleme aufgrund der demografischen Entwicklung können durch den zurückgehenden Finanzierungsaufwand für die Hinterbliebenenversorgung weitestgehend kompensiert werden.

Wir streben den Aufbau eigenständiger und ausreichender Anwartschaften für alle Mitglieder der Gesellschaft an. Die Grundlage für eine indi-

Die Menschen in Deutschland sind durch die anhaltende Diskussion über die Zukunft ihrer Renten tief verunsichert. Sie fürchten, dass ihre Lebensleistung nicht mehr wie bisher mit einer Rentenzahlung anerkannt wird, die sie durch ihre Arbeit erworben haben. Auf dem Rentenversicherungssystem der Zukunft lastet ein erheblicher Druck infolge der demografischen Entwicklung, die dazu führt, dass immer weniger Erwerbstätige die Rente von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern finanzieren müssen.

Diese Tatsache anzuerkennen bedeutet nicht das solidarisch finanzierte Rentensystem preiszugeben. Andersherum führt aber eine Leugnung dieses Problems bestenfalls in die Sackgasse von Formelkompromissen. Vor deren Hintergrund profilieren sich die Apologeten der Privatisierung gesellschaftlicher Risiken als geradezu zukunftsfähig und bauen ihre hegemonale Position aus.

Die bisherigen Reformvorschläge gehen apodiktisch davon aus, dass trotz steigender Einkommen in der Zukunft die relative Belastung der Unternehmen nicht steigen sollte und

Wir streben den Aufbau eigenständiger und ausreichender Anwartschaften für alle Mitglieder der Gesellschaft an.

Klaus Wiese ist Bundesvorsitzender der IG BAU und für die SPD Mitglied des Bundestages

viduelle Altersversorgung wird dadurch geschaffen, dass jeder in der Bundesrepublik Lebende ab dem 16. Lebensjahr einen Mindestbeitrag in Höhe von DM 200,- als Rentenversicherungsbeitrag entrichten muss. Bei unzureichenden Einkommen sind Zuschüsse erforderlich. Ein voller Anspruch auf Altersrente soll bereits nach 44 beitragspflichtigen oder gleichgestellten Jahren entstehen, rechnerisch beginnend mit der Vollendung des 16. Lebensjahres. Hierzu gehören Wehr- und Zivildienst, drei Jahre Ausbildungszeiten sowie Zeiten der Arbeitslosigkeit.

Bei einem durchschnittlichen Verlauf des Berufslebens soll eine auskömmliche Altersrente auf dem jetzigen Niveau (70 %) garantiert sein, die durch Tarif- und Betriebsrenten sowie freiwillige Formen der privaten Vor-

sorge ergänzt werden kann und soll. Aufgrund der für reine Arbeitseinkommen gegenüber heute niedrigeren Beitragshöhe schaffen wir den nötigen Spielraum für eine ergänzende Vorsorge für die, deren Interessen wir insbesondere zu vertreten haben: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Um die Finanzierbarkeit des Systems nicht zu gefährden und den notwendigen Umverteilungseffekt erzielen zu können, muss die maximale gesetzliche Rentenhöhe begrenzt werden. Deshalb schlagen wir einen maximal erzielbaren Rentenbetrag von DM 4.500,— brutto (Kappungsgrenze bezogen auf das Jahr 2000) vor, der in den folgenden Jahren entsprechend der Entwicklung der Bruttoeinkommen dynamisiert werden sollte.

Wir sind uns bewusst, dass sich die-

jenigen, denen wegen ihrer erhöhten Beitragszahlungen eigentlich eine höhere Rente zukäme, ungerecht behandelt fühlen könnten. Das bisherige System der Rentenversicherung hat die Konsequenz, dass sich Spitzenverdiener jenseits der Beitragsbemessungsgrenze relativ um so weniger an den sozialen Lasten beteiligen müssen, je höher ihre Einkünfte sind. Diese Konsequenz ist mit dem Solidarprinzip unvereinbar. „Frei nach Marx“, wie die „Financial Times Deutschland“ in Bezug auf unseren Vorschlag richtig erkannt hat, wird damit nicht nur das bisherige Rentensystem vom Kopf auf die Füße gestellt: Auch für die Rente der Zukunft gilt der alte Satz von Marx, wonach in einer sozial gerechten Gesellschaft jedem nach seinen Bedürfnissen geschehen und jeder nach seinen Fähigkeiten dazu beitragen soll.

spw

Kohl und der Untersuchungsausschuss zu den CDU-Finzen.

So hatte sich der alte deutsche Idealist Hegel die Rationalität des Staates sicherlich nicht vorgestellt, wie sich konservative Staatskunst jetzt während der Sitzungen des Untersuchungsausschusses zur CDU-Spendenaffäre in der Katholischen Akademie – einen Mauerwurf von Hegels Grabstätte auf dem Berliner Dorotheenstädtischen Friedhof entfernt – als Degeneration von Macht entlarvt. In dieses Tagungszentrum ausgelagert – nicht ohne Symbolwirkung, quasi abgepalten von der wirklichen Politik, die in der Gesetzgebungsmaschinerie des Bundestages weiter ihren Gang geht – sind jetzt seit gut einem halben Jahr 30 Parlamentarier beauftragt, mit den Mitteln eines Untersuchungsausschusses Licht in eine Affäre zu bringen, die sich in manchem davon unterscheidet, was in dieser Republik landläufig als Skandal bezeichnet wird.

Von der Schwierigkeit der Wahrheitsfindung

Waren die bisherigen Untersuchungsausschüsse in 50 Jahren Bonner Republik immer auf das Handeln der Amtierenden in Regierung und Behörden gerichtet, geht es im Untersuchungsausschuss zur CDU-Spendenaffäre um Aufklärung über eine ehemalige Regierung. Und dennoch ist es mehr als eine politische Nachlese, denn gerade wir Linken wissen: Strukturen sind nicht an Personen gebunden. Und Sozialdemokraten müssen nicht immer

die besseren Menschen sein. Nicht ohne Grund hat deshalb das Parlament in seinem Untersuchungsauftrag formuliert, dass es darum geht, aufzuklären, ob das Handeln der Regierung (und nicht der Einzelperson Kohl) von finanziellen Zuwendungen beeinflussbar gewesen ist. Wir dürfen im übrigen jetzt im Untersuchungsausschuss miterleben, wie schnell z.B. Staatssekretäre, beamtete wie parlamentarische, mit einem Mal nicht mehr Teil einer Regierung sein sollen, weil es in das System der politischen wie psychologischen Abwehrmechanismen passt.

Tatsächlich macht schon die schiefe Zahl der einzelnen Sachverhalte, der relevanten Zeugen, der hochrangigen Verknüpfungen von Politik und Wirtschaft bis in den internationalen Bereich hinein deutlich, dass hier nicht ein einzelner Skandal, ein einzelner Täter zu besichtigen ist, sondern eine ganzes Geflecht von Skandalen, ein Netz von mehr oder minder stark involvierten Tätern, letztlich also ein System, das in den Geschichtsbüchern wieder einen Namen tragen wird, den des früheren Bundeskanzlers und CDU-Patriarchen Kohl.

Wie weit dieses System gewuchert ist, verdeutlicht auch die Vielzahl von Ermittlungsverfahren, die Staatsanwaltschaften in der ganzen Republik und im Ausland gegenwärtig zu den verschiedensten Aspekten dieser Affäre – teils seit Jahren und teils aktuell – beschäftigen. Und ein Ende ist hier noch nicht abzusehen, denken wir nur an den Leuna-Komplex, den bis-

Ein Déjà-vu oder die Geschichte als Farce

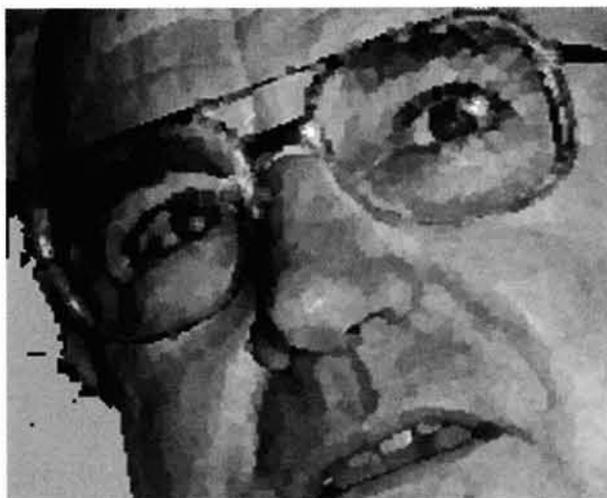
Kohl und der Untersuchungsausschuss zu den CDU-Finzen.

Von Ernst-Dieter Rossmann

her noch keine Staatsanwaltschaft in Deutschland anfassen mochte. Kein anderer der bisherigen Untersuchungsausschüsse hatte auch derartige Restriktionen von Auskunfts- und Aussageverweigerungsrecht einiger Zeugen wegen der Fülle paralleler staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen zu beachten, wie es dieser CDU-Spenden-Ausschuss nun tun muss.

Erschwerend für die Aufklärung kommt hinzu, dass der Zeithorizont der Affäre bis in die 80er Jahre zurückgeht, und deren Internationalität, denken wir nur an in Übersee untergetauchte (Ex-Rüstungsstaatssekretär Pfahls in Asien), an dorthin abgesetzte (Chef-Rüstungslobbyist Schreiber in Kanada) oder durch auswärtiges Recht in Europa noch geschützte Zeugen (Finanz- und Projektagent Holzer in der Schweiz z.B. und die ganze Elf-Aquitaine-Connection in Frankreich). Für die Wahrheitsfindung behindernd

Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD, geb. 1951, ist Mitglied des Bundestages und des CDU-Spenden-Untersuchungsausschusses



ist nicht zuletzt die grandiose Verschleierung der Geldflüsse im Schattenreich der CDU-Finzen, der Geheimkonten zwischen Luxemburg, Liechtenstein und Schweizer Banktresoren.

Auch wenn die Journalistik, die Publizistik und die weitere Öffentlichkeit anderes erwarten mögen: Dieser Untersuchungsausschuss wird die harten Bretter, mit denen die Wahrheit hier systematisch vernagelt worden ist, nur in einem mühsamen Prozess, der über Jahre dauern wird, an- und durchbohren können. Wir leben bei aller aufwendigen Arbeit auch von der Hoffnung auf aussagebereite und ehrliche Zeugen und weitere Zufallsfunde an Dokumenten, die der Aktenvernichtung und Datenlöschung entgangen sind. Dass dieses nicht das reine Vergnügen ist und „mehr Arbeit, denn Ehr“ einbringt, soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Es gilt nun einmal: Die Demokratie muss sich jenseits der unterschiedlichen politischen Wertentscheidungen auf Wahrheit und Wahrhaftigkeit gründen und kann sich letztlich nur hierin behaupten. Bei allem Auf und Ab in der Achterbahn der Erwartungen sollte deshalb eins klar sein: Zur Untersuchungsarbeit an sich gibt es keine Alternative, wenn sich das Parlament in der Demokratie selbst ernst nimmt und ernst genommen werden möchte.

Der Gesetzgeber bekommt viel Arbeit

Untersuchungsausschüsse sollen nicht nur Beiträge zur Wahrheitsfindung leisten, sondern vor allen Dingen konkrete gesetzgeberische Initiativen und Maßnahmen vorbereiten und befördern, um Machtmissbrauch zu verhindern und Missstän-

de abzubauen. Es wird deshalb mehr sein als eine Ironie der Geschichte, dass der Ex-Bundeskanzler Kohl, der wie kein zweiter wegen ungesetzlicher „schwarzer Kassen“ vor diversen Untersuchungsausschüssen und ermittelnden Staatsanwälten aussagen muss, den letzten Anstoß geben wird, dass der deutsche Bundestag endlich ein Gesetz zur Arbeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse verabschiedet wird und damit dieses „Schwert“ seiner parlamentarischen Kontrollarbeit hoffentlich nachhaltig schärfen wird.

Die zentralen Anliegen, die dabei abzuklären sind, liegen nach den jüngsten Erfahrungen mit dem CDU-Spenden-Ausschuss auf der Hand: Wie soll der Zielkonflikt gelöst werden zwischen dem Recht des Parlaments auf umfassende und wahrheitsgemäße Aussage von Zeugen und dem Recht der Zeugen, sich nicht selbst strafrechtlich relevant belasten zu müssen? Den Weg kann hier ein „strafrechtliches Verwertungsverbot“ – ähnlich wie in den USA – weisen, nach dem Äußerungen vor dem parlamentarischen Gremium nicht von ermittelnden Staatsanwälten aufgegriffen werden dürfen. Konkret: Kohl, Weyrauch, Terlingen, Lüthje, Kiep bis hin zum unseligen hessischen Prinzen zu Sayn-Wittgenstein und seinem Umfeld, die jetzt noch vor dem Untersuchungsausschuss hinter staatsanwaltlichen Ermittlungen Deckung finden, könnten und müssten umfassend aussagen. In einem solchen modernen Gesetz zur Arbeit der Untersuchungsausschüsse könnte insbesondere die Absurdität beseitigt werden, sich auch bei bereits verjährten Taten noch auf das Auskunftsverweigerungsrecht berufen zu können. Nur deshalb bleibt den Hauptakteuren im Drehbuch der Flick-Affäre – dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Kohl und seinen treuen Knappen – gegenwärtig erspart, die ganze Unverfrorenheit erläutern zu müssen, mit der sie das System schwarzer Kassen von Flick bis in die Gegenwart nahtlos weitergeführt haben, Gesetzesverschärfungen bei der Novellierung des Parteiengesetzes 1984 hin oder her. Und natürlich müsste dieses überfällige Gesetz für die Arbeit der Untersuchungsausschüsse auch die Grauzone ausleuchten und beseitigen, in der gegenwärtig „Aufklärer“, wie der CDU-Obmann im Untersuchungsausschuss Andreas Schmidt und seine Kollegen, gleich-

zeitig mit Helmut Kohl als einem der wesentlichen Zeugen intensiv kooperieren, Informationen austauschen und Absprachen treffen. Auch hier sind eindeutige Regeln statt der gegenwärtig gültigen IPA-Vorschriften überfällig. Endlich ein ebenso klares wie scharfes Untersuchungsausschuss-Gesetz für den Deutschen Bundestag, befördert durch die neuerliche Affäre um Helmut Kohl, wird ein wichtiger Beitrag zu einer neuen politischen Kultur im Bundestag werden können. Es ist ja auch schon blamabel genug, dass ausgerechnet das höchste deutsche Parlament noch nicht zu Wege gebracht hat, was viele Länderparlamente schon erfolgreich vollzogen haben.

Die internationale Dimension der CDU-Finanzaffäre macht darüberhinaus notwendig, eine Diskussion um einen gemeinsamen europäischen Standard in der Rechtsausstattung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen wie der internationalen Rechtshilfe in Europa voranzutreiben. Wo exekutives Handeln nationaler Regierungen zunehmend eine internationale Dimension bekommt – in den Kooperationsbeziehungen wie der Beeinflussbarkeit und Wirksamkeit – wird eine europäische Rechtskultur auf hohem Niveau unabweisbar. Und das schließt eben parlamentarische Untersuchungsausschüsse notwendig mit ein. Erst recht gilt dies dann, wenn wir die Internationalisierung des Kapitals, der Investitionsstrategien und der Steuerung und Verteilung der Geldströme endlich ernst nehmen und in der politischen Praxis beachten. Die millionenschweren Konten des Dieter Holzer in der Schweiz, die offensichtlich eine Verteilstelle erster Güte, aber von Geld zweifelhafter Qualität waren und möglicherweise sind, müssen Anstoß sein, diese Debatte auf die europäische Tagesordnung zu setzen.

Was tun gegen die „Bimbos“-Mentalität?

Es war dem früheren Bundestagsvizepräsidenten Burkhard Hirsch vorbehalten, seine Erkundungen zu den verschwundenen Akten und Daten im CDU-Kanzleramt mit dem Hinweis einzuleiten, dass seit den Zeiten der Flick-Affäre das quasi symbiotische Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft noch weiter zugenommen hat. Dürfen wir uns dann wundern, wenn „Bimbos“ zunehmend zum Schmiermittel zwischen den Akteuren beider Seiten werden

könnte, zumal die einen viel von dem haben, von dem die anderen viel gebrauchen können? Die regelmäßigen und zielgenauen Finanzspritzen, die sich die hessische CDU für ihre Wahlkämpfe aus dunklen Kassen genehmigte, sind das Menetekel, was passieren kann, wenn der Wunsch und der vermeintliche Zwang zu immer teureren Kampagnen in der Werbungs- und Mediendemokratie auf immer leerer werdende Parteikassen treffen. Eine solide öffentliche Parteienfinanzierung über die Wahlkampfkostenerstattung bleibt damit für die Zukunft genauso unabdingbar wie noch mehr Transparenz bei der Fi-

nanzierung über Spenden. Veröffentlichungspflicht ab 10.000 DM z.B. und ein anderer Nachweis der Kenntnisnahme der Rechenschaftsberichte durch die verantwortlichen Vorstände sind hier die Stichworte, damit die Mär keine rechtliche Grundlage mehr hat, mit der Kohl, Schäuble und alle anderen hohen CDU-Amtsträger sich angesichts der illegalen Spenden herausreden, von schwarzen Kassen schon deshalb nichts gewusst zu haben, weil sie nie in die Rechenschaftsberichte ihrer Parteien hinein geschaut hätten. Schließlich wird auch zu beseitigen sein, was trotz der Überarbeitung des Parteien-

gesetzes nach der Flick-Affäre als einmaliges Privileg im deutschen Strafrecht überlebt hat, nämlich dass es keine persönliche Haftung und Strafbarkeit von Vorsitzenden und Schatzmeistern für die Einnahme illegaler Spenden und deren unkorrekte Verwaltung gibt. Allein deshalb konnten Kohl, Kiep und Kanther auch nach Flick so weitermachen wie bisher und der deutschen Öffentlichkeit ein Déjà-vu-Erlebnis der besonderen Art liefern. Der Anfang der Geschichte Kohl wiederholt sich an seinem Ende, wahrlich kein Ende der Geschichte, und zugleich jetzt schon Geschichte als Farce.

spw

spw intern

- Der Wechsel hat stattgefunden. Am 30.06.2000 hat unser langjähriger Redaktionssekretär Ralf Krämer seine Tätigkeit für die SPW beendet. Wir danken ihm an dieser Stelle nochmals sehr herzlich für seine überaus engagierte Arbeit. In seiner Nachfolge hat Reinhold Rünker die Aufgaben des Redaktionssekretärs übernommen. Zudem verstärkt Joachim Schuster zukünftig die Redaktion.
- Aus beruflichen Gründen mußte auch Birgit Strack ihre Mitarbeit in der Redaktion beenden. Wir danken ihr ebenfalls für ihre geleistete Arbeit.
- Inzwischen ist auch der angekündigte Umzug über die Bühne gegangen. Seit dem 01.07.2000 befindet sich unser Büro in der **Westfälischen Str. 173 in 44309 Dortmund**. Die Telefon- und Faxnummern wie auch die e-mail-Adresse sind gleich geblieben. Technische Übergangsschwierigkeiten bei der telefonischen Erreichbarkeit bitten wir im Nachhinein zu entschuldigen. Inzwischen sind alle Störungen behoben.
- Auf der SPW-Frühjahrstagung haben wir uns zugleich mit den weiteren Perspektiven der Zeitschrift SPW und des sich darum gruppierenden Diskussionszusammenhanges beschäftigt. Eine Diskussionsgrundlage bildete das Papier „Die Kräfte neu ordnen- Vor-

schlag zur Neuorientierung der spw-Arbeit“, dessen Grundaussagen weitgehend geteilt worden. Das Papier schlägt im Kern eine inhaltliche und organisatorische Straffung unserer Arbeit vor. Im Zentrum der zukünftigen Arbeit sollen die Entwicklung von Konturen eines zeitgemäßen linken Reformprojektes unter Verarbeitung der Erfahrungen mit der real existierenden Rot-Grünen-Regierung stehen. Gleichzeitig geht es darum, unsere Kräfte in den Prozeß der Neuformierung der (Partei-)Linken einzubringen. Im folgenden werden einige Passagen aus dem Papier dokumentiert:

„Neue Versuche wieder eine schlagkräftige organisierten Linke innerhalb der SPD zu schaffen sind deshalb dringend erforderlich. Nach Lage der Dinge muss es bei einem solchem Versuch um zwei Operationen gehen:
1. Entwicklung eines zeitgemäßen linken Reformprojektes, das die drastischen Veränderungen der sozialen und ökonomischen Basisstrukturen des modernen Kapitalismus berücksichtigt, das Antworten für die flexible Arbeitsgesellschaft und den Sozialstaat von morgen formuliert.
2. Aufbau und Etablierung verbindlicher und professioneller Organisationsformen, um die operative Durchsetzungskraft in der politischen Tagesarbeit innerhalb der SPD deutlich zu erhöhen.

Die jüngsten Versuche, rund um den Verein „Forum Demokratische Linke 21“ eine Neuformierung der Linken anzusiedeln, sind vor diesem Hintergrund sehr zu begrüßen.

SPW wird sich in diese Formierungsprozesse eines neuen linken Netzwerkes in der SPD aktiv einbringen. SPW wird dafür seine politische Schwerpunktsetzung neu ausrichten

und die etablierten Organisationsformen neu ordnen. (...)

Vieles deutet darauf hin, dass die Debatte über die zukünftige Politikausrichtung der politischen Linken und der Gewerkschaften in den nächsten Jahren an Gewicht gewinnen wird. Innerhalb der SPD hat die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm begonnen, innerhalb der IG Metall existiert mittlerweile eine offene Kontroverse über die gewerkschaftspolitischen Konzepte der Zukunft. Diese programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der traditionellen Großorganisationen der Arbeiterbewegung werden begleitet von neuen Ansätzen der Kapitalismuskritik durch linke intellektuelle Zirkel und Wissenschaftler (siehe Beiträge aus Frankreich, Italien und Deutschland). Nach langen Jahren des programmatischen Überwinterns scheint nunmehr eine neue Phase zugespitzter programmatischer Richtungsdebatten ins Haus zu stehen. Es wird zur vorrangigen Aufgabe der spw, in dieser Phase ihre traditionelle Stärke der politischen Theoriearbeit zu erneuern. Durch originelle Beiträge marxistischer Kapitalismuskritik besteht die Chance, sich in die Richtungsdebatten der Linken einzuschreiben. (...)

In den nächsten Jahren wird der Schwerpunkt innerhalb der spw-Arbeit die Erarbeitung von Beiträgen zur Zukunftsdebatte der Linken sein. Dabei wird diese Theoriearbeit nicht als Selbstzweck missverstanden, sondern als Orientierungshilfe bei der notwendigen programmatischen und operativen Neuformierung der Linken genutzt.“

Auf der kommenden Herbsttagung der spw werden wir diese Zielsetzungen weiter konkretisieren und operationalisieren.

Joachim Schuster, spw-Redaktion

Der Atomdeal

Von der Kür zur Pflicht der Energiepolitik

Prof. Dr. Peter Henricke

Die Börsenachricht am Tag nach dem sogenannten „Atomkonsens“ lautete: „Die Papiere von Viag und Veba verzeichneten die größten Kursgewinne ... Börsianer begrüßten die erzielte Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Stromversorgern über Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus der Atomenergie“ (FR, 16.6.2000). Die Botschaft ist eindeutig: Die Betreiber, nicht die Regierung haben gewonnen. Die Shareholder sind erleichtert, sie hatten Schlimmeres erwartet. Es wäre allerdings zu einfach, die kurzfristigen Aktienkurse als einzigen Bewertungsmaßstab des zäh ausgehandelten Deals heranzuziehen.

Der Preis des Atomdeals

Denn auch die Atomindustrie wird zurückstecken müssen. Zum Beispiel ist das internationale Signal bedeutsam: Regierung und Betreiber stellen im Konsens fest, dass die derzeitigen Reaktorlinien eine technologische Sackgasse darstellen. In Frankreich, in Japan, in Osteuropa und anderswo wird man dies aufmerksam zu Kenntnis nehmen. Auch der deutsche Nuklearexport wird kritischer geprüft werden. Hinzu kommt: Die lähmende Debatte um ein energiewirtschaftliches Sekundärthema, den weltweit geringen (7%) und bundesweit nicht entscheidenden nuklearen Primärenergieanteil von 12%, wird vorerst beendet. Nun könnte die deutsche Energiepolitik sich endlich dem eigentlichen Thema zuwenden, nämlich: Wie kann der Übergang („die Energiewende“) zu einer klimaverträglichen und zukunftsfähigen Energieeffizienz- und Solarenergiewirtschaft, beschleunigt werden?

Auch eine direkte staatliche Entschädigung und ein langwieriger Streit vor Gericht wurden vermieden. Wozu auch, wo doch alle Kernkraftwerke spätestens nach 25 Jahren Betriebsdauer sich mit Gewinn amortisiert haben? (vgl. Wuppertal Institut 1999) Eine direkte Entschädigung für entgangene Extraprofiten wäre für die Steuerzahler provozierend und nur mit hohem politischen Schaden durchsetzbar

gewesen. Stattdessen gewährt die Regierung quasi durch eine Bestands- und Verwertungsgarantie während der Regellaufzeit von 32 Jahren eine indirekte Entschädigung, allerdings zu Lasten der Sicherheit und – wie bei unveränderter Energiepolitik befürchtet werden muss – auf Kosten der sozial- und ökologisch verträglicheren Alternativen.

Der Preis für diesen Deal ist zweifellos hoch, wie die Schlachtordnung nach dem Kompromiss zeigt: Von einem gesellschaftlichen Konsens kann keine Rede sein. Zufriedenheit signalisieren nur die Konzernmanager. Gespielte Freude herrscht in der politischen Mitte, der sich die SPD-Mehrheit und die Regierungs-GRÜNEN zuordnen. Viele NGOs, der BUND, Greenpeace und IPPNW fordern energisch einen rascheren Ausstieg, die CDU/CSU kündigt für den Fall einer Regierungsübernahme den Ausstieg aus dem Ausstieg an.

Es fehlt die energiepolitische Strategiedebatte

Aber dieses politische Nachbeben verdeckt nur die Ratlosigkeit, die der ohne energiewirtschaftliche Fundierung ausgehandelte Deal hinterlassen hat. Eine Kostprobe der Verwirrung auf der Seite der Atomkritiker schildert die Frankfurter Rundschau unter dem Titel: „Kernenergie-Gegner uneins über die richtige Strategie“: Eine Gruppe „Politikwissenschaftler für den Atomausstieg“ wird mit folgender Erkenntnis zitiert: „Für einen schnellen Ausstieg wäre es sinnvoll, dass möglichst viele Verbraucher möglichst viel Strom verbrauchen“. Also alle mal herhören: Der Letzte macht das Licht an, damit die Atommeiler möglichst schnell ausverkauft sind! Eine absurde Idee. Die Gegenposition ist zwar sympatisch, aber ohne drastisch veränderte energiepolitische Leitplanken naiv: „Mit einer Werbetour für sogenannten Ökostrom und das Energiesparen will der BUND die Bürger zu einem Wechsel ihres Elektrizitätslieferanten animieren ... So könne jeder dazu beitragen, dass der jüngst beschlossene Atomausstieg schneller als in den vereinbarten Frist umgesetzt werde“. (FR, 12.7.2000).

Jetzt rächt sich, dass es seit Jahrzehnten keine Strategiediskussion über die Zukunft der Energieversorgung gegeben hat. Die lange Sklerose in der deutschen Energiepolitik ist noch keineswegs überwunden, sie hat nur eine andere Form angenommen: Deregulierung und Wettbewerb dienen nun vielen Energiepolitikern als Rechtfertigung für Attentismus. Ein szenariengestütz-

ter gesellschaftlicher Diskurs über neue energiepolitische Leitziele und die sozioökonomischen Implikationen alternativer Energiepfade mit Klimaschutz und ohne Kernenergie (wie letztmalig 1980 entwickelt) (Enquete 1980) ist dringend notwendig! Die Chance, die Szenarienergebnisse der Klima-Enquete-Kommission von 1995 breit zu kommunizieren, hat die Kohl-Regierung verspielt. Wirtschaftsminister Müller hat einen „Energiedialog“ zwischen Interessenvertretern moderieren lassen, der folgenlos bleiben wird: Es fehlt die strategische Zielorientierung und eine Szenarien- und Instrumentenanalyse für alternative Energiepfade.

Ansätze für einen echten Konsens

Das ist um so bedauerlicher, weil auf wissenschaftlicher Grundlage ein Energiekonsens formulierbar ist, den eine große Bevölkerungsmehrheit akzeptieren könnte. Weltweite und nationale Szenarien zeigen übereinstimmend: Ein zukunftsfähiges Energiesystem muss – unabhängig von der Rolle der Kernenergie – in jedem Fall vorrangig auf den „drei grünen Säulen“ rationelle Energienutzung (REN), Kraft-Wärme/Kälte-Koppelung (KW/KK) und regenerativen Energien (REG) aufbauen. Ist dies nicht der Fall, führt dies unweigerlich zu Grenzüberschreitungen und zu inakzeptablen, weil vermeidbaren Risiken. „Zukunftsfähig“ bedeutet immer auch „Risikomimierung“, das heißt vor allem: Forcierte Steigerung der Energieeffizienz als Voraussetzung für die Streckung der Öl- und Gasvorräte um (d.h. geostrategische Entspannungspolitik) und zur Sicherung des Klimas (d.h. weltweite CO₂-Reduktion um 50% bis 2050). Der Ausstieg aus der Atomenergie spielt dabei eine dialektische Rolle: Aus Klimaschutzgründen muss der Verzicht auf die KKW's einerseits durch eine schnellere, aber ohne Zweifel realisierbare Markteinführung von REN, KW/KK und REG flankiert werden. Durch vorzeitige Stilllegung und Verbot nuklearer Neuinvestitionen entsteht aufgrund des hierdurch erfolgten Abbaus von Überkapazitäten andererseits die notwendige Anreizstruktur für die schnellere Erschließung der genannten „grünen“ Zukunftsmärkte und für eine neue Investitions- und Innovationsdynamik. Ein aktuelles Weltenergieszenario des Wuppertal Instituts (Lovins/Henricke 1999) zeigt, dass diese Strategie technisch möglich ist und wirtschaftlich attraktiv sein kann. Die volkswirt-

Von einem gesellschaftlichen Konsens kann keine Rede sein.

Prof. Dr. Peter Henricke ist Direktor der Energieabteilung und Vizepräsident des Wuppertal Instituts

schaftlichen Mehrkosten eines vorzeitigen Atomausstiegs in Deutschland (25 Jahre Betriebszeit; 50% CO₂-Reduktion bis 2030) liegen nach neuesten Szenarien (WI/ÖI/DIW 2000) für jede verkaufte Kilowattstunde zwischen 0,2 bis 0,5 Pf/kWh. Der weit überwiegende Teil dieser Mehrkosten ergibt sich aus den Anforderungen des ambitionierten Klimaschutzziels (50% CO₂-Reduktion bis 2030); für die verbleibenden relativ geringen Zusatzkosten des Atomausstiegs ist entscheidend, wieviel für die langfristig vermiedenen Kosten für Transport, Verteilung, Reserve und Verluste infolge der dezentraleren Erzeugungsstruktur unterstellt werden kann.

Eine Risikominimierung ist daher nicht nur technisch möglich, sie ist auch mit vertretbaren Mehrkosten – quasi mit einer marginalen gesellschaftlichen Versicherungsprämie – finanzierbar. Aber ohne schnelle und drastische Kursänderung in der Energiepolitik, ohne klare Vorrangregeln für REN, REG und KW/KK ist dieses Ziel nicht erreichbar. Ein Siemens-Mitarbeiter bringt die zukünftige risikominimierende Angebotsstruktur auf den Punkt: „Die Zukunft ist dezentral“ (Bitsch 1998). Die Shell AG geht weltweit von einem forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2060 aus und erwartet ab 2020 deren Wirtschaftlichkeit.

Widerstände

Schwachpunkt dieses – in bezeichnender Weise „Sustained Growth“ benannten – Szenarios ist, dass die Energiezukunft quasi aus der Verkäuferperspektive vorgedacht wird. Zusätzlich zu den vorübergehend weiter wachsenden fossilen und nuklearen Märkten ergibt sich bis 2060 eine Verdreifachung des Weltenergieangebots durch REG. Insgesamt steigen die CO₂-Emissionen bis 2050 noch erheblich an, statt, wie vom IPCC gefordert, absolut um 50% zu sinken. Hätte Shell in dieses „sustainable“-Szenario die Effizienzsteigerung von 2% pro Jahr eingerechnet, die das alternative Shell-Szenario „Dematerialisation“ (Shell 1996) für möglich hält, hätten sich sehr ähnliche Ergebnisse wie im Faktor 4-Szenario des Wuppertal-Instituts ergeben.

Warum erscheint diese Perspektive heute noch als zu schön um wahr zu sein? Erstens, weil die Techniken der Vergangenheit (die großen Kohle- und Nuklear-Kraftwerke) und die Megafusionen der Gegenwart noch das Bild prägen. Zweitens, weil das Primat der Energiepolitik über den Markt und die Energiewirtschaft noch zu wenig wahr-

genommen wird. Es ist „nur“ eine Frage der Zeit, bis sich dieses Bild dramatisch ändern wird. Aber es ist eben genau dieser Zeitfaktor, der die notwendige Wende in der Energie- und Umweltpolitik knapp werden läßt. Denn der Umbau hängt entscheidend – so die These – von der Dauer des Atomausstiegs ab. Wäre ein Ausstieg kurzfristig möglich gewesen, hätte dies die Energiewende enorm beschleunigt (Hennicke et al 1999). Andererseits gilt: Gäbe es keinen Energiekompromiss, würde die Energiewende noch weiter in die Zukunft verschoben. Das energiewirtschaftliche Hauptproblem des langfristigen Auslaufprogramms ist, dass Betreiber mit Überkapazitäten und abgeschriebenen Atomkraftwerken im Rücken nur einen geringen Anreiz haben, eigene zukunftsfähige Alternativen in den Markt zu bringen, aber gleichzeitig durch ihr Rückstellungsprivileg (etwa 70 Mrd. im Nuklearbereich) über ein großes Verhinderungs- und Verdrängungspotential gegenüber innovativen Newcomern verfügen.

Nach der jetzt vereinbarten langen Dauer des Atomausstiegs hängt es von der Energiepolitik ab, ob aus wirtschaftlichen und klimapolitischen Gründen ein schnellerer Aus- und Umstieg erfolgt.

Denn Szenarien zeigen: Sowohl das Großverbund-System als auch eine vorrangig auf marktwirtschaftliche Selbststeuerung setzende Energiepolitik sind Übergangserscheinungen, wenn mit dem Klima- und Ressourcenschutz Ernst gemacht wird: Die Erkenntnis und die Verpflichtung (durch das Kyoto-Protokoll) wächst, dass ausreichender Klimaschutz allein durch Preiswettbewerb und unregulierte Marktsteuerung nicht erreichbar ist. Die EU und alle Nationalstaaten müssen durch veränderte Rahmenbedingungen neue attraktive Geschäftsfelder im Klimaschutz mit erschließen helfen oder die notwendigen CO₂-Reduktionsziele werden verfehlt. Zweitens ist der historische Trend zu immer größeren Kraftwerken beim Neubau längst gebrochen. Das Zeitalter der Größenvorteile geht zu Ende, in der die Monopolstellung, die Kapitalkraft und das technische Potential von Großkonzernen die Voraussetzung für den Zugang und die Beherrschung des Strommarkts bildeten. Der über viele Jahrzehnte vorherrschende Größenvorteil schlägt um in einen Nachteil sobald die Erneuerung des Kraftwerksparks (in Deutschland etwa ab 2005) in großem Stile notwendig wird. Es fehlt den Großkonzernen an Kunden- und Marktnähe zur Erschließung der ortsge-

bundenen Potentiale. Mit den Gas-Kombi-Kraftwerken (GuD-Technik), der Marktreife von immer mehr REG-Techniken (insbesondere Windkraft, Biomasse) und der absehbaren Markteinführung von Brennstoffzellen hat ein säkularer neuer Trend zur Dezentralisierung der Angebotstechnik eingesetzt.

Was Not tut

Aber wir können aus Gründen des Klimaschutzes nicht warten, bis sich dieser Trend im unregulierten marktwirtschaftlichen Selbstlauf sehr langfristig von allein durchsetzt. Die energiepolitische Steuerungsnotwendigkeit kann quantitativ damit begründet werden, dass die vorliegenden Trendszenarien die CO₂-Minderungsziele sowohl kurz- (bis 2005) als auch insbesondere mittelfristig (2010) deutlich verfehlen (WI/ÖI/DIW 2000). Szenarienanalysen liefern vielmehr den folgenden Zielkorridor, in den die Energiepolitik und der Wettbewerb etwa bis zum Jahr 2010 steuern muss, wenn die gesellschaftlich gewünschten energiepolitischen Leitziele „Atomausstieg mit Klimaschutz“ realisiert werden sollen:

- eine Anhebung der jährlichen Steigerungsrate der Energieproduktivität auf mindestens 3% p.a.;
- mindestens eine Verdoppelung der Kapazität der industriellen und kommunalen Kraft-Wärme/Kälte-Kopplung;
- mindestens eine Verdoppelung der Energiebereitstellung aus regenerativen Energien.

Dieser „Zielkorridor“ ist vom Zeitpunkt des Atomausstiegs (Laufzeiten zwischen 25 und 35 Jahren) weitgehend unabhängig und gegenüber zentralen Szenarioannahmen sehr robust. Dies bedeutet, dass entweder die Leitziele aufgegeben werden müssen oder die Zielerreichung muss durch entsprechende Rahmenbedingungen und Programme sowie durch einen energiepolitisch unterstützten Bruch mit den riskanten Vergangentrends sichergestellt werden.

Ein solcher Trendbruch kann erheblich beschleunigt werden, wenn mit „ökologischen Leitplanken“ (z.B. einer Reform der Ökosteuer) und dem Aufbau einer Energiespar-Infrastruktur (z.B. durch Aufbau einer Bundesenergieagentur und eines Bundesenergieeffizienzfonds, Förderung von Contracting und Demand-Side-Management (DSM) oder Integrierte Ressourcenplanung (IRP)) ein funktionsfähiger Markt für Energiedienstleistungen (EDL) geschaffen würde (vgl. Hennicke 1999). Nicht „billige und riskante“

Der Staat muss als Lobbyist, Propagandist, Manager und Organisator für den Energieeffizienzmarkt auftreten.

Kilowattstunden, sondern volkswirtschaftlich preiswürdige EDL (z.B. Kraft, Licht, Kommunikation, warme Räume) sind das Ziel. Wenn ein funktionsfähiger (Substitutions-) Wettbewerb zwischen fossiler bzw. nuklearer Energieerzeugung und Effizienztechniken herrschen würde, ist das Ergebnis klar:

Die Energieeffizienz gewinnt.

Die Effizienzrevolution bei Geräten, Gebäuden und Prozessen, die Erschließung endogener REG-Potentiale und der Einsatz von Brennstoffzellen für KW/KK wird die Energie-„versorgung“ vor Ort aufwerten, zum Verbraucher hin verlagern und den Bedarf an maßgeschneiderten Systemlösungen für Energiedienstleistungen steigern. Bei diesen Komplettangeboten aus einer Hand (z.B. im Rahmen von Contracting- bzw. Intracting-Aktivitäten) wächst auch der ortsnahe Wertschöpfungsanteil. Ansätze hierzu gibt es in vielen Kommunen, z.B. in Paderborn, in Detmold, in Schönau, in Bremen oder in Hannover. Werden die nach der EU-Binnenmarkt-Richtlinie Strom möglichen Vorränge für REN, KW/KK und REG europaweit umgesetzt, dann wird aus den noch vereinzelt Erfolgsgeschichten ein weltweit beispielgebender Erfolgsroman; dieser wurde bereits durch die deutsche Windkraftentwicklung vorgestellt (erwartete Gesamtleistung Ende 2000: ca. 6000 MW d.h. etwas mehr als 2 % der Stromerzeugung), deren Erfolgsstory zukünftig durch das „Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG) bei allen regenerativen Stromerzeugungsquellen fortgesetzt werden könnte. Auch ein KWK-Ausbaugesetz (Verdoppelung der Kapazität bis 2010) wird jetzt endlich ernsthaft diskutiert. Es zeichnet sich also ein Durchbruch für REG und KW/KK ab.

Dagegen wird der „Vorrang der Energieeffizienz vor der Energieerzeugung“ (Rot-grüne Koalitionsvereinbarung, Berlin 1998) bisher nur postuliert, aber – außer durch zaghafte Schritte bei der Öko-Steuer – nicht in die Tat umgesetzt. Diese Umsetzungslücke bei REN besteht allerdings aus strukturellen Gründen weltweit. Obwohl der gesellschaftliche Konsens für REN groß ist und auch der World Energy Council (WEC) die rationale Energiegenutzung in seinem Abschlussstatement in Houston/USA (1998) als „größtes, schnellstes und kostengünstigstes Potential“ für den Umwelt- und Ressourcenschutz bezeichnet hat, geschieht zu wenig. Der Grund: Eine besondere Vielfalt von Umsetzungshemmnissen machen staatliche Inter-

ventionen und eine „intelligente Regulierung“ zugunsten der Energieeffizienzsteigerung zu einer *conditio sine qua non* einer modernen Energiepolitik. Der Staat muss quasi als öffentlicher Lobbyist, Propagandist, Manager und Organisator für den Energieeffizienzmarkt auftreten, sonst dominieren die Interessen der Energieverkäufer. Die Notwendigkeit, vor allem auch eine aktivere Rolle der Energiewirtschaft bei der Steigerung der Energieeffizienz und eine wettbewerbsneutrale Finanzierung von Stromsparprogrammen zu fördern, wird zwar in vielen europäischen Ländern wie z.B. in Dänemark, England, Norwegen, Italien, Portugal, Flandern und in US-Staaten, die ihre Strom- und Gasmärkte liberalisiert haben, anerkannt, ist aber bisher nur halbherzig umgesetzt worden (vgl. WI 1999).

Eine EU-weite Harmonisierung der Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von EDL kann erreicht werden, wenn die EU-Richtlinie für „rationelle Planungstechniken“ (CEC 1997) in weiter entwickelter Form beschlossen wird. Eine wettbewerbsneutrale und EU-konforme Finanzierung von REN-Programmen durch die Stromanbieter kann auf nationaler Ebene wie folgt geregelt werden: Alle Stromanbieter werden im Sinne einer „public service obligation“ verpflichtet, entweder in Höhe von 3% ihrer Erlöse Energiesparprogramme (z.B. DSM/IRP-Maßnahmen; Contracting) bei ihren Kunden durchzuführen oder die gleiche Summe als Abgabe an einen nationalen Energieeffizienzfonds abzuführen. Die Mittel des Fonds werden über Ausschreibungen an alle „NEGAWatt“-Akteure, die Stromsparprogramme durchführen wollen (Energieagenturen, Contractoren etc.), als Zuschuss vergeben, oder von einer Bundesenergieagentur für eigene Aktivitäten zur beschleunigten Marktdiffusion von Effizienztechniken verwendet. Diese optionale Regelung hat den Vorteil, dass sie einerseits – ohne Nachteile im Wettbewerb – den Energieanbietern Anreize zur Kundenbindung durch Energiesparprogramme bietet; dadurch kann das vorhandene Know How bei der Durchführung von DSM/IRP-Programmen (in Deutschland allein etwa 500 Programme) fortentwickelt werden. Zum anderen wird für eine Vielfalt neuer „NEGAWatt“-Akteure ein Weg eröffnet, sich bei Ausschreibungen um die Mittel des Fonds zu bewerben und flächendeckend zur Energieeinsparung beizutragen. Der Regulierungsaufwand wird durch die optionale Verteilung der Mittel reduziert und der volkswirt-

schaftliche Nutzen sowie die positiven Arbeitsplatzeffekte durch REN-Aktivitäten würden potenziert.

Um den skizzierten ordnungspolitischen Vorrang für REN zu flankieren und einen Markt für Energiedienstleistungen tatsächlich flächendeckend zum Durchbruch zu verhelfen ist ein innovativer „Policy-Mix“ aus sektor- und zielgruppenspezifischen Maßnahmen und Instrumentenbündeln notwendig (Vgl. die Empfehlungen der Klima-Enquete-Kommissionen sowie DIW et al 2000).

Dann können sich selbsttragende Märkte für REN, KW/KK und REG auch gegen das bestehende Kampfpreis- und Verdrängungspotential aus den europaweiten (atomaren) Überkapazitäten schneller entwickelt werden. Es mangelt nicht an umsetzungsreifen und volkswirtschaftlich vertretbaren Vorschlägen. Ihre Umsetzung verlangt eine weitsichtige politische Führung und den Mut, für die Änderungen der Rahmenbedingungen auch entscheidenden einzutreten.

spw

Literatur:

- Bitsch, R. (Siemens Power Transmission & Distribution Group) (1998), Energy Concepts for the Millennium, in: Power Economics, Vol. 2, Issue 8, Oct. 1998
- DIW, EWI, ISI, Öko-Institut, Prognos AG, RWI, Wuppertal Institut (2000), Voraussetzungen und energiepolitische Handlungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Energieentwicklung in Deutschland
- Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“, BTDrS 8/4341 Bonn
- Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages „Schutz der Erdatmosphäre“ (Hrsg.) (1995): Mehr Zukunft für die Erde: Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz, Bonn
- Hennicke, P., Fishedick, M., Kristof, K. (1999), Kernenergie: Schutz vor der Klimakatastrophe oder Hemmschuh für effektiven Klimaschutz, in: Gefahren der Atomkraft, Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Mai 1999
- Hennicke, P./Seifried, D. (1996), Das Einsparkraftwerk – Eingesparte Energie neu nutzen, Berlin, Basel, Boston
- Hennicke, P. (1999), Wa(h)re Energiedienstleistung. Ein Wettbewerbskonzept für die Energieeffizienz- und Solarenergiewirtschaft, Berlin, Basel, Boston
- Lovins, A./Hennicke, P. (1999), Voller Energie. Vision: Die globale Faktor-Vier-Strategie für Klimaschutz und Atomausstieg, Frankfurt, New York
- Shell (1996), The Evolution of the World's Energy System, London
- Vahrenholt, F./Deutsche Shell AG (1999), Globale Marktpotentiale für erneuerbare Energien, Hamburg
- Wuppertal Institut, Öko-Institut, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Viehues (1999), Klimaschutzpolitische Bewertung eines Ausstiegs aus der Kernenergie und der Gestaltung der künftigen Energieversorgung unter Berücksichtigung von volkswirtschaftlichen Aspekten

Es mangelt nicht an Vorschlägen. Ihre Umsetzung verlangt den Mut, dafür auch entschieden einzutreten.

Im Folgenden dokumentieren wir einen Brief, den Andrea Nahles und Detlev von Larcher im Juli 2000 an die Mitglieder des Frankfurter Kreises geschickt haben. Die spw-Redaktion unterstützt die Bemühungen zu einer Neuformierung der Linken in der Sozialdemokratie und fordert die LeserInnen der spw herzlich auf, sich ebenfalls daran zu beteiligen.
spw-Redaktion



Zwei Jahre sozialdemokratisch geführte Bundesregierung haben uns bisher nicht immer begeistert. Eine nüchterne Halbzeitbilanz fällt dennoch unterm Strich akzeptabel aus. Freilich muß man sich dazu auch vor Augen halten, wie die Politik mit Stoiber, Merkel und Möllemann aussähe. Daß die SPD mehr als das kleinere Übel zu bieten hat, muß allerdings jenseits der Spar- und Neue-Mitte-Rhetorik sichtbar werden, sonst werden sich Resignation und Wahlenthaltung bei unseren Leuten fortsetzen, sonst werden wir bei der jungen Generation weiter Zustimmung verlieren.

Die Linke in der SPD ist hier gefragt. Ohne uns gäbe es nicht das 100.000-Dächerprogramm, ohne uns nicht das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien. Ohne unser beharrliches Drängen innerparteilich und im Sinne der Doppelstrategie in den Initiativen nicht die Ökosteuern und nicht die

CO₂ Reduzierung, nicht die Programme zum Umwelt- und Naturschutz, nicht die strengeren Auflagen für die Industrie. Ohne uns kein Jump-Programm zur Bekämpfung von Jugend Arbeitslosigkeit und Ausbildungsnot (das freilich nicht ewig laufen kann und auch keine umlagefinanzierte Ausbildungsreform ersetzt). Auch die Steuerpolitik dieser Bundesregierung ist ein linkes Projekt, zumindest was die Einkommensteuerreform angeht – sie macht Schluß mit der Umverteilung von unten nach oben und dreht den Prozeß um – und sogar die Grundzüge der Unternehmensteuerreform wurden links erdacht, leider dann aber mit neoliberalen Elementen versetzt (und daß wir uns in der Frage der Vermögen- und Erbschaftsteuer – noch – nicht durchsetzen konnten, ist mehr als ein großes Ärgernis).

Natürlich zeigt zugleich auch das aktuelle Beispiel des Ausstiegs aus der Kernenergie, der trotz alledem als Er-

folg der Linken bezeichnet werden muß, wie mühselig dies ist. Seit gut 30 Jahren fordern wir ihn. In weiteren 20 Jahren wird er vollendet sein. Daß viele junge Leute auf eine Politik keine Lust haben, die so lange braucht, kann man gut verstehen. Könnte das auch etwas mit der Vergreisung der SPD zu tun haben?

Trotz aller Unzulänglichkeiten und Mißerfolge sagen wir: Es lohnt sich bei den Linken in der SPD mitzumachen. Wer zukunftssträchtige Projekte entwerfen und durchsetzen will, kann sich nur in unseren Reihen organisieren. Dazu machen wir nun ein konkretes Angebot mit dem Forum Demokratische Linke 21.

Keine Anpassung an neoliberale Normen

Der überall zu beobachtende Prozeß, der die Welt den neoliberalen Normen anpaßt, stellt die sozialen Erfolge, die die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung in jahrzehntelangem Kampf in den europäischen Ländern errungen haben in Frage.

Wir linken Sozialdemokraten finden uns nicht damit ab,

- daß der globale Kapitalismus ungeheure Reichtümer produziert, aber

Vom Frankfurter Kreis zum Forum Demokratische Linke 21

von Detlev von Larcher
und Andrea Nahles

Linke Sozialdemokraten haben sich für einen neuen reformerischen Impuls in der europäischen und globalen Politik einzusetzen.

Detlev von Larcher, MdB, war Sprecher des Frankfurter Kreises, Andrea Nahles, MdB, ist Vorsitzende des Vereins „Demokratische Linke 21“

gleichzeitig weltweit wachsende Ungleichheit und Elend herrschen,

- daß die Regime des Ostblocks von demokratischen Bewegungen überwunden wurden, das Kapital sich jedoch mehr und mehr demokratischer Kontrolle entzieht,
- daß sich die Ökonomie globalisiert, aber die Politik noch zu sehr national und schwach bleibt,
- daß sich die Produktivität des Wirtschaftens permanent erhöht, aber zu Massenarbeitslosigkeit, Sozialkonkurrenz und Umweltzerstörung führt,
- daß sich die Chancen für Kommunikation, Verständigung und Kooperation verbessern, aber Konflikte wieder verstärkt mit Waffengewalt ausgetragen werden,
- daß Europa der größte Binnenmarkt der Welt ist, jedoch gegenüber den USA politisch ein Zwerg bleibt,
- daß Europa sich öffnen will für neue nationale Mitgliedschaften, sich aber als Festung abschottet gegen die Probleme von Not, Flucht und Vertreibung in der ganzen Welt,
- daß Sozialdemokraten die Regierungen in Europa dominieren, aber daß dennoch das neoliberale Weltbild ihre politische Praxis von Haushalts-, Währungs-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu oft zu prägen scheint.

Es geht um die Formulierung eines neuen Gesellschaftsvertrages für Deutschland und Europa.

Reformimpuls und neuer Gesellschaftsvertrag

Linke Sozialdemokraten haben sich für einen neuen reformerischen Impuls in der europäischen und globa-

len Politik einzusetzen. Die sozialdemokratische Antwort auf den globalisierten Kapitalismus muß die Stärkung der europäischen und internationalen Demokratie sein und die Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells mit seiner Fähigkeit zu ökonomischer Prosperität, ökologischer Nachhaltigkeit, wissenschaftlichem Fortschritt, sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung. Es geht um die Formulierung eines neuen Gesellschaftsvertrages für Deutschland und Europa.

- gegen die Resignation setzen wir unseren Willen der Veränderung der Gesellschaft, der sich auch in sozialen Bewegungen widerspiegelt,
- gegen den Verlust politischer Kompetenz und Perspektive setzen wir den Dialog mit Wissenschaft, Gewerkschaften, Bewegungen und Kultur,
- gegen die Passivität und Schwäche der Politik setzen wir die Arbeit an Kampagnen und Initiativen für soziale Verbesserungen im europäischen Raum.

Im Unterschied zum Neoliberalismus wissen wir, daß Freiheit nicht durch ökonomische Freiheit erfüllt ist sondern als menschliche Freiheit erst in sozialer Sicherheit verwirklicht werden kann.

Im Unterschied zur Theorie des Dritten Weges definieren wir Gleichheit nicht reduziert als bloße Chancengleichheit, sondern auch als Schaffung von sozialen und ökonomischen Mindeststandards für alle. Wachsende Unterschiede zwischen Reichtum und Elend sind keine öko-

nomische Stimulanz sondern Zeichen gesellschaftlichen Verfalls.

Im Unterschied zum Konservatismus wissen wir, daß die Zukunft der einen Welt nicht im Nationalismus und Standortwettbewerb liegt, sondern in einer Kultur der Aufklärung und der Prinzipien des Internationalismus, der Kooperation und Solidarität der Staaten, Völker und Individuen.

Die Aufgabe von linken Sozialdemokraten und Sozialisten ist es, eine gesellschaftliche Alternative zum modernen „Turbokapitalismus“ zu entwickeln und durchzusetzen. Und durchsetzen heißt für uns zuerst, diese Alternative in der eigenen Partei mehrheitsfähig zu machen. Und dies nicht nur mit innerparteilicher Überzeugungsarbeit, sondern auch durch die Kooperation und gemeinsame Aktionen mit sozialen Bewegungen und Initiativen.

Neuer politischer Zyklus der Parteilinken

Mit der SPD-Grundsatzprogrammdebatte beginnt die Partei die Aufarbeitung der vergangenen und aktuellen Umbrüche und die Suche nach einem nachhaltigen Konzept für das kommende Jahrzehnt. Gleichzeitig wird zur Mitte der Legislaturperiode die Weichenstellung für das Wahlprogramm 2002 eingeleitet und versucht, Parteiarbeit und Parteiapparat zu demokratisieren und zu modernisieren. Die Mitte bzw. das Zentrum der Partei organisiert sich neu.

Mit der Berliner Tagung des Frankfurter Kreises vom 16.-18.6.2000 ging ein langer politischer Zyklus der Arbeit von Linken in der SPD zu Ende, ein neuer Abschnitt beginnt nun. Es ist an der Zeit für die Linke, sich auf die geänderten Rahmenbedingungen einzustellen. Positionen und Strategie gehören auf den „Zukunfts-TÜV“.

Bislang war die Parteilinke gut für die Produktion von Visionen, gut für das soziale Gewissen, gut für die Mobilisierung der Anhängerschaft. Gleichzeitig wurde ihr die Doppelrolle von Sündenbock und Dummem August aufgedrängt: Ihr wurde zugemutet, mehr oder minder diszipliniert viel schlucken zu müssen, in ihren Reihen dafür für Akzeptanz zu sorgen, während sie abwechselnd dem Vorwurf ausgesetzt wurde, entweder völlig machtlos zu sein oder aber für alle Miseren in der SPD hauptverantwortlich zu sein.

Aus diesem Theaterstück wird die neue SPD-Linke aussteigen. Sie kann nicht alleine der Garant des Sozialen

Das spw-LeserInnenforum Rheinland ist Mitveranstalter einer regionalen Diskussionsveranstaltung im Kontext der bundesweiten Initiative

„Halb - Zeit“ Zwei Jahre Rot-Grün - Politik braucht Einmischung!“

Mittwoch, 6. Sept., 19.00 Uhr
DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1 (Großer Saal)

Teilnehmen werden:

Horst Schmitthener (Erfurter Erklärung/Vorstandsmitglied der IG Metall) zu Hintergründen und Perspektiven der „Halb-Zeit!“-Konferenz am 22./23. Sept. in Berlin

N.N. (IG Metall-Jugend Köln) zu „Her mit dem schönen Leben!“ Festival und Demonstration der Gewerkschaftsjugend am 23. Sept. in Berlin

Infos u. a. wegen gemeinsamer Anreise zur Konferenz nach Berlin bei: info@spw-rheinland.de oder Hans Günter Bell, Neuhöfferstraße 37, 50679 Köln Tel.: 0221 - 88 52 99

in der SPD sein, so sehr sie es möchte. Dafür muß das Zentrum sorgen. Die sattsam bekannte Arbeitsteilung: Die Linke kritisiert, die anderen machen pragmatische Politik, wird aufgekündigt. Die Linke wird zukunftsorientierte, praktische Lösungen entwickeln, die anderen dürfen kritisieren.

Das bedeutet keineswegs den Verzicht, die Dinge beim Namen zu nennen, sondern nur den Verzicht auf die Illusion, alleine das Unglück der Welt beheben zu können.

Die Linke ist bereit, mit den sozialen Bewegungen außerhalb der Parteistrukturen eng zu kooperieren. Für ein Bündnis mit der Mitte steht sie zur Verfügung.

Die Linke in der SPD wird den Begriff der Moderne wieder besetzen, den andere zu Unrecht für sich in Anspruch genommen haben. Sie wird den Anschluß suchen an die aktuellen Debatten in der Gesellschaftswissenschaft und Ökonomie.

Sie wird sowohl Zukunftsdiskurse entwickeln als auch mittelfristige Reformprojekte identifizieren. Unsere Botschaft: Politikwechsel ist machbar.

Die Linke wird sich am SPD-Programmprozeß beteiligen – Die Botschaft lautet hier: Es geht um die Alternative: soziale und demokratische Zivilisierung des globalen Kapitalismus oder technologische Anpassung mit Sozialrhetorik.

Die Linke wird eine neue Plattform entwickeln und sich um die Kernaufgabe kümmern: Wie sieht der Gesellschaftsvertrag der Zukunft aus?

Organisation und Aufgaben

Mit der Einrichtung des Forums Demokratische Linke 21 geht der Frankfurter Kreis in einem neuen organisatorischen Zusammenhang auf, um die neuen programmatischen und politischen Aufgaben effektiv umsetzen zu können. Büro, Hauptamtlichkeit, professionelle Kommunikationsstrukturen sind dafür unerlässlich und werden jetzt aufgebaut.

Dem Vorstand des Forums Demokratische Linke 21 gehören an: Andrea Nahles (Vorsitzende), Detlev von Larcher (stellv. Vorsitzender) sowie Rudolf Borchert MdL, Konrad Gilges MdB, Gernot Grumbach, Dr. Klaus Hahnzog MdL, Benjamin Mikfeld, Thomas Sauer MdB, Dr. Joachim Schuster MdL, Dr. Elke Seidel, Claudia Walther. Die Kooptierung weiterer Mitglieder aus Berlin und Ostdeutschland ist vorgesehen. Nach einem Jahr wird satzungsgemäß ein neuer Vorstand durch die Mitglieder des Fo-

rums gewählt.

Zur solidarischen Abstimmung wird ein erneuerter Koordinierungskreis aus: Parlamentarischer Linker, Forum DL 21, der Parteivorstands- und Parteiratslinken sowie den Jusos eingerichtet.

Arbeitsteilung: Dieser KO-Kreis führt die Arbeit des Frankfurter Kreises in folgenden Punkten fort: Er ist zuständig für die Vorbereitung der Parteitage und allgemeine Politikplanung. Die PL ist hauptverantwortlich für die Tagespolitik. Der neu gegründete Verein „Forum DL 21“ ist zuständig für Parteireform, Programmkommission, Zukunftsdiskurse und Campaigning und die Nachfolge der Frühjahres- und Herbsttagungen des Frankfurter Kreises.

Nahziel ist: Schaffung von Kampagnenfähigkeit, Ausbau der publizistischen Wirkung (Internet, eigene programmatische Publikationen, etc.), Entwicklung neuer Aktionsformen, die Vernetzung mit Partnern (über Förderkreis, Foren, Veranstaltungen/Kongresse), die Entwicklung von effektiven Strukturen der Nachwuchsförderung und die Einrichtung eines Berliner Forums DL 21 (Veranstaltungen, Seminare, „Events“) Im September legt der Vorstand des Forum DL 21 eine neue inhaltliche Plattform zur Diskussion vor.

Das Forum wird sehr eng mit dem ebenfalls neu gegründeten Verein Soziale Republik Europa zusammenarbeiten, einem Zusammenschluß von linken SozialdemokratInnen auf der Ebene der Sozialdemokratischen Partei Europas SPE.

Wir bitten darum, durch eine Mitarbeit und Mitgliedschaft in unserem Forum Demokratische Linke 21 dazu beizutragen, daß wir die personellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen bekommen, um spannender, überzeugender, stärker und schlagkräftiger zu werden.

Der Verein ist nur der Rahmen und das Instrument dafür. Wir werden dadurch nicht bürokratischer, sondern transparenter, weil wir mehr informieren und kommunizieren können. Wir werden demokratischer, weil wir besser beteiligen und organisieren und weil die Mitglieder wählen können. Regional werden wir auch stärker, weil wir einen Teil unserer Mittel und Prioritäten für die Arbeit vor Ort und in den Bezirks- und Landesgliederungen verwenden wollen.

Infos: <http://home.t-online/home/detlev.larcher> spw

Gerhard Feldbauer

Agenten, Terror, Staatskomplott

BRIGADEN
ROSSA



Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA

PapyRossa

Eine rechte Verschwörung hinter „linken“ Anschlägen? Die „Roten Brigaden“ als deren Werkzeug?

ISBN 3-89438-207-4, Broschur, 222 Seiten,
DM 28,00/EUR 14,30/SFR 26,00/OS 207,00

Dietrich Heither

Verbündete Männer



Die Deutsche Burschenschaft – Weltanschauung, Politik und Brauchtum

PapyRossa

Farbentragend und schlagend, völkisch und reaktionär, männerbündlerisch und elitär - Geschichte einer urdeutschen Organisation.

ISBN 3-89438-208-2, gebunden, 540 Seiten
DM 48,00/EUR 24,50/SFR 44,50/OS 355,00

Walter Grab

Zwei Seiten einer Medaille



Demokratische Revolution und Judenemanzipation

PapyRossa

ISBN 3-89438-209-0, gebunden, 383 Seiten,
DM 44,00/EUR 22,40/SFR 41,00/OS 326,00

PapyRossa Verlag
 Luxemburgerstr. 202 - 50937 Köln
 Tel.: 0221/444845 - Fax: 0221/444305
papyrossa@koeln-online.de / www.papyrossa.de

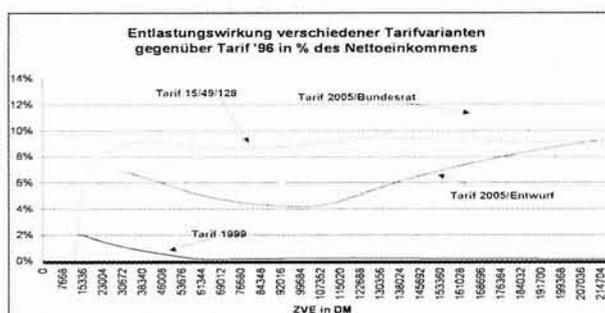
Es ist vollbracht...

Von Burkhard Winsemann

Wieder einmal fragt man sich, welche abenteuerliche neue Mitte mit einer solchen Politik umworben werden soll.

Mit viel Einfühlungsvermögen für die Bedürfnisse einzelner Parteien und Bundesländer haben Gerhard Schröder und Hans Eichel die Steuerreform wieder Erwarfen doch schon nach dem ersten Vermittlungsverfahren durch den Bundesrat gebracht. Politisch war das ein wirklich beeindruckender Coup. Inhaltlich bleibt einem der Jubel allerdings im Halse stecken. Gegenüber dem zu Beginn der Weihnachtspause vorgelegten Konzept ist das jetzt verabschiedete Paket nochmals deutlich teurer geworden, und die anfangs noch mäßige verteilungspolitische Schiefelage der Tarifsenkung verdient jetzt das Prädikat eklatant.

Einmal mehr erstaunt bei der jetzt beschlossenen Tarifgestaltung, wie weit der Inhalt der öffentlichen Diskussionsbeiträge und das (durchaus beabsichtigte) Ergebnis auseinander klaffen können, ohne dass sich lautstarker Widerspruch regt. Durchaus zu Recht war von verschiedenen Seiten das Problem der so genannten kalten Progression thematisiert worden, der Tatsache also, dass im Zuge



Der ab 2005 geltende Einkommensteuertarif entlastet unterschiedliche Einkommensgruppen bezogen auf das nach dem Tarif von 1996 verbleibende Nettoeinkommen höchst ungleich. Einkommensmillionäre (in der Grafik nicht dargestellt) können sich über 23% mehr im Portemonnaie freuen, während das Nettoeinkommen eines Durchschnittsverdieners nur um 5,5% erhöht wird. Eine gerechtere Verteilung der Steuerentlastung hätte sich z.B. bei einem Tarif mit folgenden Eckpunkten ergeben: Eingangssteuersatz 15% ab 15.000 DM, linear bis 36.500 DM ansteigend auf 23,64%, von da an etwas flacher auf einen Spitzensteuersatz von 49% ab 128.000 DM. Dieser (mit Sicherheit zu kostspielige) Tarif hätte allen Steuerpflichtigen ab 23.000 DM zu versteuerndem Einkommen zwischen 8 und 9% mehr netto gebracht.

Burkhard Winsemann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Detlev von Larcher

allmählicher Einkommenssteigerungen die Steuerbelastung ansteigt und dadurch die Wirkung der Nominal beeindruckenden Tarifsenkung zum Teil wieder aufgefrischt wird. Die einzig wirksame Medizin gegen diesen Effekt wäre es, den gesamten Steuertarif einfach entlang der Einkommensachse zu strecken. Aber weil in Deutschland komplexe Probleme ja immer öfter auf eine einzige Zielgröße - sei es der Spitzensteuersatz oder der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung - reduziert werden, lag die einzig mögliche Lösung in der nochmaligen Senkung des Spitzensteuersatzes auf nunmehr 42%, ergänzt durch eine eher kosmetische Korrektur der Einkommenshöhe, ab der er greift (statt 99.000 DM jetzt 102.000 DM - Politik auf Supermarktniveau). Für Kleinverdiener ändert sich damit gegenüber dem Gesetzentwurf überhaupt nichts, für durchschnittliche ArbeitnehmerInnen wird der Eintritt der kalten Progression geringfügig verlangsamt. Nur die Spitzenverdiener, die weit in der oberen Proportionalzone liegen und daher ohnehin von der kalten Progression weniger betroffen sind, sahen richtig ab: Statt, wie im Gesetzentwurf vorgesehen um bis zu 17%, erhöht sich ihr Nettoeinkommen durch alle Tarifsenkungen ab 1999 zusammen genommen um bis zu ca. 23%. Dagegen werden Bezieher mittlerer Einkommen mit gut 5% mehr netto abgespeist, kleinere Einkommen um 20.000 DM werden netto um ca. 7% verbessert. Wieder einmal fragt man sich, welche abenteuerliche neue Mitte mit einer solchen Politik umworben werden soll.

Nur geringfügig durch eine Mindestbehaltefrist von einem Jahr abgemildert passierte die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften das Gesetzgebungsverfahren. Es bleibt jedoch dabei, dass vor allem den Banken und Versicherungen ein nicht zu überschätzender Steuernachlass gewährt wird und zugleich Umstrukturierungen mit kaum absehbaren Auswirkungen vor allem auf die Arbeitsplatzsicherheit durch diese Regelung gefördert werden.

Die Kritik von links an dieser Regelung wurde also nur sehr zaghaft aufgegriffen. Der Forderung von rechts, dass Personenunternehmen in den Genuss eines vergleichbaren Vorteils kommen müssten, wurde dagegen weitgehend Rechnung getragen. Wer als Einzel- oder Mitunternehmer sei-

nen Betrieb aufgibt, kommt zukünftig nicht nur in den Genuss höherer Freibeträge für den Veräußerungsgewinn, sondern muß den steuerpflichtigen Rest auch nur mit dem halben Steuersatz versteuern. Gegenüber der 1999 mit dem Steuerentlastungsgesetz eingeführten Fünftelungsregelung profitieren hiervon nur solche Unternehmer nennenswert, die sich über einen Veräußerungsgewinn von einer halben Million Mark und mehr freuen können.

Das Optionsmodell, das es Personengesellschaften ermöglichen sollte, sich wie eine Körperschaft besteuern zu lassen, ist nicht mehr im beschlossenen Gesetzespaket enthalten. Es war einerseits auf Bedenken hinsichtlich seiner praktischen Durchführbarkeit und Gestaltungsanfälligkeit gestoßen und fiel andererseits auch finanziellen Zwängen zum Opfer, die sich aus der weiteren Absenkung des Spitzensteuersatzes ergaben. Ob es indes dabei bleibt, dass die Änderungen gegenüber dem Gesetzentwurf Mindereinnahmen von weiteren 7 Mrd. DM im Jahr (in dieser Höhe ab 2005) verursachen, ist ungewiss. Es ist nicht absehbar, inwieweit sich nunmehr Personengesellschaften mangels Optionsrechts tatsächlich in Kapitalgesellschaften umwandeln werden, um von dem niedrigen Körperschaftsteuersatz zu profitieren.

Es ist klar, dass die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat eine gewisse Kompromissbereitschaft erfordern. Das war aber schon vorher klar und hätte entsprechend bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes berücksichtigt werden müssen. Angesichts des heroischen und von niemandem verstandenen Kampfes Friedrich Merz' um den Erhalt des Vollerrechnungsverfahrens hätte man generös der Opposition ein paar kleine Erfolge beim Spitzensteuersatz gönnen und dennoch wenigstens bei 45% landen können. Alle Länder, auch die CDU-regierten, hätten sich insgeheim darüber gefreut, denn gerade in den Länderhaushalten gibt es strukturell nur bescheidene Spielräume, die Mindereinnahmen durch Minderausgaben auszugleichen. Das werden wir bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 2001ff. noch sehr anschaulich als Kehrseite der jetzt so gefeierten Reform erleben.

spw

1 vgl. dazu ausführlich: Detlev von Larcher: Steuerpolitik für die shareholder-society, in spw Nr. 111,

Foto: Ruth Westerwelle (Berlin) „Mutter + Tochter“, aus: Frauenbilder 2



Als die Berliner Jusos 1985 den Fotowettbewerb „Die weibliche Wirklichkeit ist anders“ ausschrieben, geschah dies im Rahmen einer breit angelegten Diskussion zur Klärung nicht nur des theoretischen Verhältnisses der Jusos zum Thema Frauen(politik). Der Bundeskongress 1984 hatte eine Quotierung beschlossen, die für Frauen einen Mindestanteil an Funktionen vorsah. In den Bezirken liefen die Vorbereitungen des 1986 beschlossenen Antrages Feminismus/Sozialismus.

Die Zeiten, in denen sich Frauen bei „Ausländern, Behinderten und anderen Minderheiten“ ablegen ließen, waren vorbei. Die weibliche Form musste nicht mehr nur mitgedacht, sondern auch mitgeschrieben (aber noch nicht gelebt) werden. Kandidatinnen für Vorstände mussten gefunden werden, damit alle Funktionen besetzt werden konnten. Die Jusos hatten beschlossen, Frauenpolitik als integralen Bestandteil (von weiterhin männlich dominierten Politikformen) zu behandeln. Bisher war dieser integrale Bestandteil damit abzuhaken, dass im

Bereich Erwerbsarbeit die Benachteiligung von Frauen beschrieben wurde. Jetzt kam die Diskussion über Gewalt gegen Frauen aus den Frauenarbeitskreisen in die Jahreshauptversammlungen aller Ebenen und sonstigen Antragsberatungen. Auf dem Prüfstand standen die Strukturen bei den Jusos. Die Diskussion erfasste die Beziehungen auf allen Ebenen. Thema waren die Organisationsstrukturen, persönliche Verhaltensweisen und die Überarbeitung der Theorie.

Das Thema Erwerbsarbeit nahm dabei auch deshalb einen breiten Raum ein, weil hier an einer der Grundlagen theoretischer Auseinandersetzung bei den Jusos gerüttelt wurde. Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit war doch eine Voraussetzung zur Emanzipation des Individuums. Frauen stellten dies aus ihrer eigenen Lebenssituation heraus in Frage. Sie wußten und wissen, dass dies nur ein Teil sein konnte. Ihre Anwesenheit in allen Sphären des Lebens gibt ihnen einen Vorteil.

In dem Katalog zur ersten Ausstellung zeigt sich deutlich, welches Be-

Frauenbewegung zwischen Gestern und Morgen

Gedanken zur weiblichen Wirklichkeit

von M. Naujoks und H. Burmester

dürfnis vorhanden war, die Positionsbestimmung der Frauen bei den Jusos öffentlich zu machen. Die Bilder werden Texten zugeordnet, die die Themen der Diskussion ganz gut widerspiegeln. Es gibt Fotos, die sich mit sexueller Gewalt und Aktionen dagegen, der Entdeckung des eigenen Körpers und der Befreiung aus fremden Ansprüchen beschäftigen. Fotos, die Frauen in der Friedensbewegung, bei der Erwerbs-, Haus- und Beziehungsarbeit zeigen oder einfach ihre Gesichter. Und es gibt Texte, die sich genau damit beschäftigen.

In dem Katalog der aktuellen Ausstellung (Teil 2) wurde weitgehend auf Texte verzichtet, die Bilder sprechen für sich. Sie bieten auch nicht mehr die Möglichkeit, sie als Illustrationen für Broschüren, Flugblätter oder Ähnliches zu verwenden. Ihre Botschaft ist nicht eindeutig, sondern erfordert die Herstellung eines eigenen Bezuges zu dem Gesehenen.

Die erste Fotoausstellung hat im Rahmen des deutsch-deutschen Verhältnisses Geschichte geschrieben. Anfang 1988 wurde sie in der Humboldt-Universität in Ostberlin und der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar ausgestellt. Es gab jeweils öffentliche Diskussionen in diesem Rahmen, an denen Vertreterinnen der Jusos teilnahmen und in denen über Frauenpolitik diskutiert wurde. Wie öffentlich diese Diskussionen waren, läßt sich bei Freya Klier nachlesen, die bei der Berliner Veranstaltung im Publikum saß und sich an der Diskussion beteiligte. Die Veränderungen, die sich seit 1989 ereigneten, machten diese Entwicklung obsolet.

Die erste Fotoausstellung hat im Rahmen des deutsch-deutschen Verhältnisses Geschichte geschrieben.

Martina Naujoks, geb. 1957, Hamburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin, war von 1989 bis 1994 IUSY Vice-President und Koordinatorin der Feminist Working Group.

Hillevi Burmester, geb. 1958, Bonn, Dipl. Ing. (arch), war von 1986 bis 1988 stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende.

1999 schrieben der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und die Fontanestadt Neuruppin den zweiten Wettbewerb „Die weibliche Wirklichkeit ist anders“ aus. Die abgedruckten Bilder zeigen noch immer eine Vielfalt von Frauenleben. Es wäre schön, wenn Ausstellung und Begleitheft für eine Diskussion über diese weibliche Wirklichkeit genutzt würden. Diese ist für jede Frau eine ganz besondere und andere, auch wenn es viele Gemeinsamkeiten gibt.

Lebenswelten – Lebenswirklichkeiten

Soviel steht schon mal fest: Die weibliche Wirklichkeit ist anders! Aber anders als was?

Als die männliche Wirklichkeit? Na klar! Männer haben nun mal andere Möglichkeiten in männlich geprägten und von Männern gestalteten Strukturen – wo auch immer auf der Welt.

Als die, die in den Medien stattfindet? Logo! Dort werden überwiegend männlich geprägte Leitbilder und keine Lebenswelten produziert.

Als die, die Politik wünscht? Auch klar! Auch dort werden „nur“ Leitbilder, Entwürfe und Rahmenbedingungen gemacht.

Alle produzieren Schablonen, in die wir uns einpassen sollen, an die wir uns anpassen sollen, mit denen wir uns arrangieren sollen.

Das Private bleibt politisch!

Frauen von heute profitieren von den Auseinandersetzungen der Frauenbewegung der letzten 30 Jahre, genauso wie die Frauen der Generation der ersten Feministinnen von der Frauenbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts profitierten:

- Wer hätte um 1800 gedacht, dass Frauen jemals studieren würden?
- Wer hätte damals gedacht, dass Frauen irgend wann am politischen Geschehen beteiligt wären?
- Oder wer hätte Anfang des 20. Jahrhunderts gedacht, dass Ehefrauen über ihr eigenes Vermögen oder gar über ihren Körper bestimmen könnten, oder dass Vergewaltigung in der Ehe jemals öffentlich diskutiert, geschweige denn unter Strafe gestellt würde?

Und trotzdem hat sich an den Grundfesten patriarchalischer Strukturen nichts geändert. Halt! Doch – sie sind noch subtiler geworden.

Das Leitbild für Frauen in westlichen Industrienationen nach 30 Jahren neuer Frauenbewegung lässt sich vielleicht so beschreiben: Frauen sollen heute alles perfekt schaffen, für den eigenen Lebensunterhalt sorgen, möglichst in einem qualifizierten Beruf, der auch noch Spaß macht; die Kindererziehung, den Haushalt, die Beziehungen, die eigene Freizeit (welche eigentlich?) perfekt organisieren – immer mit einem Lächeln und immer schön locker und gepflegt bleiben. Da ist irgendetwas falsch angekommen bei den Herren aus Werbung, Medien, Wirtschaft und Politik.

(Das Leitbild für alle anderen Frauen der Welt lautet dagegen immer noch: Unterwerfung, Unterwerfung, Unterwerfung. Weiterhin rituelle Beschneidungen, Witwenverbrennungen, Frauenhandel, Sextourismus, Pornografie – was auch nicht ohne Auswirkungen auf andere Kulturkreise bleibt.)

Deshalb vielleicht auch der verdeckt verzweifelnde Blick einiger Porträtfrauen im Ausstellungskatalog „Die weibliche Wirklichkeit ist anders“ (Teil 2), durch den die Fragen der Betrachterin in die Augen und Ohren springen:

- „Was kann ich schon erreichen?“
- „Wieviele Kämpfe muss ich denn noch führen, bevor er mal von selbst sieht, was im Haushalt zu tun ist?“
- „Wie oft muss ich meinem Chef noch sagen, dass meine Kinder zu Hause auf mich warten und ich meine Arbeitszeit einhalten muss, damit die nicht im Regen stehen und mein ganzer persönlicher Zeitplan durcheinander gerät und davon ja auch wieder andere (Betreuungspersonen) betroffen sind?“
- „Wie lange muss ich noch darum kämpfen, dass ich mit meiner Freundin so leben kann, wie ich möchte, ohne komische Blicke, Sprüche und rechtliche Benachteiligungen? Wann wird meine Lebenswirklichkeit endlich Normalität?“

- „Wie lange soll ich denn noch darauf warten, bis ich wirklich alles gut miteinander vereinbaren kann? Das bleibt der Mehrheit der erwerbstätigen Mütter doch selbst überlassen. Gute Organisation ist eben alles! Mit einem Wisch ist alles weg – aber leider nur in der Werbung – nicht im Alltag.“

Wo finden denn heute die Auseinandersetzungen um Frauenrechte noch öffentlich statt?

Wo sind die Bündnisse von Frauen vor Ort? Frauenwochen, Frauenuniversitäten, Frauenprojekte, Frauenfeste, Frauendemos, Frauenworkshops, Frauennetzwerke, Frauenparteien ...

Institutionalisierung macht Bewegungen tot

Die Umsetzung einer von vielen Forderungen der neuen Frauenbewegung hat mit dazu beigetragen, die Auflösungstendenzen der Frauenbewegung voranzutreiben: Die Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten auf möglichst vielen Ebenen. Viele glaubten, nun seien ihre Forderungen, wenn schon nicht erfüllt, so doch in guten Händen. Dabei wäre es wichtig gewesen, am Ball zu bleiben und die Arbeit fortzusetzen. Die ungeliebten Frauenbeauftragten auf dem Land und überall sonst müssen sich mühsam eine Frauenbasis schaffen und ihr Vorhandensein legitimieren. Sie müssen Betroffenheit herstellen, Themen finden, die von Interesse sind und nicht nur Erziehungs-, Ernährungs- und Gesundheitsfragen betreffen.

Natürlich wird an Rahmenbedingungen gearbeitet – auf Regierungsebene – weltweit.

Vor ein paar Wochen gerade hat die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen unter der Überschrift „Frauen 2000 – Gleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“ nochmals Bilanz gezogen und u.a. zu den Themen Armut, Gewalt, Ungleichheit bei der Machtteilung, Auswirkungen der Globalisierung, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verbesserung der Mädchen- und Frauenbildung diskutiert. Und wieder einmal musste festgestellt werden, dass das öffentliche Bewusstsein für die Situation und die Diskriminierung von Frauen gewachsen ist, dass aber trotzdem Einkommensungleichheiten, Frauenarbeitslosigkeit, Unvereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, ungenügende vorbeugende Maßnahmen ge-

1999 schrieben der DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg und die Fontanestadt Neuruppin den zweiten Wettbewerb „Die weibliche Wirklichkeit ist anders“ aus.



Foto: Helgard Thomas (Berlin), aus: Frauenbilder 2

gen alle Arten von Gewalt, Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungspositionen und fortdauernde Verletzung der Frauenrechte als Defizite auszumachen sind.

Und auch die Bundesregierung unseres Landes ist fleißig in Sachen Frauenpolitik; schafft Rahmenbedingungen, die den Lebensalltag von Frauen verbessern helfen: eigenständige Alterssicherung für Frauen, (scheinbare) Gleichstellung unterschiedlicher Lebensgemeinschaften, neues Erziehungsgeldgesetz, Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen – um nur ein paar Stichworte im Rahmen von „Gender-Mainstreaming“ zu nennen.

Vieles von dem, was die neue Frauenbewegung an Themen und Problemlagen in die Öffentlichkeit getragen hat, ist oben angekommen und wird allmählich umgesetzt.

Trotzdem müssen viele Dinge auch wieder herunter gebrochen werden, um in das alltägliche Bewusstsein von Männern und auch von Frauen zu gelangen.

Zum Beispiel, dass Erziehung auch Väter Sache ist: Erziehungsurlaub wird zu über 98% von Frauen in Anspruch genommen; Männer mit Kindern haben die höchste Vollzeitwerbsquote.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist noch immer ein hochbrisantes Thema

Familie und Kinder sind weitgehend ganz überwiegend Frauensache. Frauen sind im Durchschnitt dreimal so lange mit Haushalt und Kindern beschäftigt wie Männer. Noch immer dominiert die Erwerbsarbeit im männlichen Lebensentwurf auf Kosten der Familie. Teilzeitarbeit ist noch immer eine reine Frauendomäne. Rund 90% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Hier gilt es neben Rahmenbedingungen für mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze und flexible Arbeitszeitmodelle vor allem im Bewusstsein der Männer etwas zu verändern: Wenn ich mich für Kinder entscheide, bedeutet das immer auch Verzicht und gleichzeitig Veränderung und Bereicherung des eigenen Lebens. Frauen erfahren das ständig und stellen sich darauf ein, gehen mit der neuen Situation um. Männer verhalten sich dazu mehr oder weniger passiv.

Es besteht eine große Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Bei Männern ist eine „verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ (Ulrich Beck) festzustellen.

Frauenbilder 2

„Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“



Der großformatige Band stellt die Ergebnisse eines Fotowettbewerbs dar, der 1999 vom Förderverein Kulturetage Neuruppin, der Fontanestadt Neuruppin und dem DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg unter Schirmherrschaft von Regine Hildebrand durchgeführt wurde und auf große Resonanz stieß. Inspiriert wurde er durch einen 1985 von den Berliner Jusos veranstalteten Fotowettbewerb „Frauenbilder - Die weibliche Wirklichkeit ist anders!“. Die besten der von einer prominenten Jury prämierten und für die Ausstellung ausgewählten Fotografien sind in diesem Katalog zusammengestellt. Sie zeigen ein vielfältiges und zum Nachdenken anregendes Bild der weiblichen Wirklichkeit im Übergang zum neuen Jahrhundert.

Die Ausstellung wird ab dem 8. März 2000 zunächst in Neuruppin und anschließend in vielen Städten Deutschlands gezeigt. Ansprechpartner dafür ist der Förderverein Kulturetage Neuruppin e.V., Am Schulplatz, 16816 Neuruppin, Tel. 03391-655725.

Der Katalog im Format A 4 hat 68 Seiten, kartoniert, und kostet 19,90 DM.

Bestellungen versandkostenfrei beim:
spw-Verlag, Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Tel. 0231-402410, Fax 0231-402416, eMail: verlag@spw.de

Frauen haben in den letzten 30 Jahren vieles auf den Weg gebracht und vieles im Bewusstsein verändert, aber die männlichen Standards sind geblieben, Hierarchien immer noch vorhanden, rein männlich besetzte Expertenrunden noch immer keine Seltenheit. Es hat kein Durchbrechen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung stattgefunden. Strukturen sind zwar neu gedacht und auch ausprobiert worden, aber möglichst viele Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Lebensführung haben sich bisher noch nicht durchgesetzt.

Ehe und Familie stehen weiterhin unter dem besonderen Schutz des Staates und der Verfassung. D.h. alle anderen Lebensgemeinschaften sind nachrangig. Es findet auch hier die Ausrichtung an einem Standard statt, der nicht hinterfragt wird, damit aber einen höheren Wert erhält. Welche Auswirkungen hat das im Denken der Menschen? Und welchen besonderen Schutz genießen denn Ehe und Familie? Schutz- und Schonraum für prägeln Männer; Privatsphäre, in die nicht so ohne weiteres eingegriffen

werden darf, selbst wenn dort Straftaten begangen werden: Frauen werden geschlagen, vergewaltigt, Kinder sexuell mißbraucht.

Ein bürgerlicher Wert wird von Staats wegen geschützt. Das ist Ideologie und verkehrt Forderungen der Frauenbewegung in ihr Gegenteil.

Die traditionellen Geschlechterrollen bleiben weiterhin bestehen und werden nur selten hinterfragt und diese verhindern die Selbstverwirklichung. Das Festhalten an alten Werten verhindert auch die erfolgreiche Umsetzung vieler Projekte für Mädchen und Frauen überall auf der Welt. „Die ihnen traditionell zugedachten Geschlechterrollen begrenzen die Wahlmöglichkeiten der Frauen bei Bildung und Karriere und zwingen sie, die Last der Verantwortung für den Haushalt auf sich zu nehmen.“ (so nachzulesen im Bericht der Vereinten Nationen vom Juni 2000).

Es bleibt eben noch viel zu tun bis alle Frauen (und auch Männer) wirklich die Möglichkeit haben, herauszufinden, „wer wir sind und das zu leben“ – wie es eine Frau im Ausstellungskatalog formuliert hat. spw

Reise in die Vergangenheit

von Horst Grabert

Tagebuchnotizen zu: Klaus Harpprecht, Im Kanzleramt – Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt. Januar 1973 – Mai 1974, 592 S., Rowohlt Verlag

23. Juni 2000

Ein Brief vom spw-Verlag kommt, ich solle zum Buch von Klaus Harpprecht etwas schreiben. Anruf bei Ralf Krämer: „Wie kommt Ihr da auf mich?“ – „Weil Du dabei warst“ – „Aber ich kenne das Buch nicht, habe nur davon gehört.“ – „Wir schicken eins“ – „Also gut.“ Die Neugier hatte gesiegt. Aufzeichnungen, so wie vor 25 Jahren diktiert, das kann spannend sein. So begann die Reise in die Vergangenheit.

29. Juni 2000

Das Buch kommt. Über 500 Seiten! War denn so viel los in den 17 Monaten der zweiten Amtszeit von Willy Brandt? Wir werden sehen – erst einmal lesen.

(21.01.1973) Ja, wir haben damals viel gelacht bei der Erarbeitung der Regierungserklärung. Klaus Harpprecht schreibt, dass er dabei gelernt habe wie sehr Verwaltungssprache der Vernebelung von Sachverhalten und klaren Meinungen diene: eine Tarnsprache (S. 36).

Abends im TV den Auftritt von Herrn Dr. Kohl, früher Bundeskanzler, verfolgt. Was würde denn Klaus Harpprecht heute dazu sagen? Tarnsprache wäre geradezu eine Verneidlichung.

Natürlich steht nicht im Tagebuch von Klaus Harpprecht, dass

die Fröhlichkeit der Runde im Kanzleramt mehr einem Tanz auf dem Vulkan glich. Jedenfalls für die Teilnehmer, die wussten, welche Spannung unter der Oberfläche einer Entladung harnten. Nicht nur dass Willy Brandt nach den übermenschlichen Anstrengungen des Wahlkampfs 1972 eine Stimmbandoperation über sich ergehen lassen musste, die mit einem unbedingten Rauchverbot begleitet war, unter dem er sichtlich litt. (Klaus Harpprecht hätte ein anderes Titelbild nehmen sollen). Viel stärker wirkte der Vertrauensbruch von Herbert Wehner, der aus dem Krankenhaus schriftliche Anweisungen für die Koalitionsverhandlungen mitgenommen, sie dann in seiner Aktentasche „vergessen“ hatte. Auch die von Helmut Schmidt im Juli 72 an Willy Brandt gestellte Forderung, den erfolgreichen Chef des Kanzleramtes der ersten Amtsperiode, Horst Ehmke, abzulösen, machte den Start in die zweite Amtszeit nicht einfacher. (Klaus Harpprecht hörte davon erst am 14.06.1973 von Helmut Schmidt davon).

01. Juli 2000

Reise nach Bratislava. Präsident Schuster ist schwer erkrankt. Hoffentlich stirbt er nicht, dann ginge das ganze „Meciar-Theater“ wieder von vorne los.

Trotzdem Fußballsieg der Franzosen gesehen. Weltmeister – Europameister – Präsidentschaft der EU – jetzt kann nichts mehr schief gehen. Zumal Privatmann Fischer als Außenminister den Präsidenten Chirac wohl richtig verstanden hat, dass der Traum vom gewählten Präsidenten Europas vorerst einer bleiben wird. Dem heutige Präsidenten wird es wohl recht sein.

04. Juli 2000

Weiter gelesen:

(16.09.1973) Egon Bahr lange krank, Günter Gaus hat nichts Vernünftiges zu tun. Er war angestellt worden um die Leitung der Vertretung in Ostberlin zu übernehmen. Deren Eröffnung war noch nicht abzusehen. Klaus Harpprecht hat im Tagebuch (September 1973) die schlechte Stimmung richtig wiedergegeben. Die Intrigen von Günter Gaus werden immer toller. Als es mir eines Tages zu bunt wird, werfe ich ihn aus meinem Dinestzimmer hinaus. Wenn alle hart arbeiten

müssen, darf man keinen Müßiggänger dabei haben. Leider hat Günter Gaus das in seiner Eitelkeit nicht verstanden.

Aber die Entwicklung des Problems Herbert Wehner sieht Klaus Harpprecht wohl zu harmlos (S. 345f.). Jedenfalls im Tagebuch. Im Vorwort (S. 14/15) sagt er es deutlicher. Erst am 11.05.1974 hört Klaus Harpprecht von den „vergessenen“ Papieren, die Herbert Wehner im Dezember 1972 in seiner Aktentasche hatte, und nun ist er sich auch sicher, dass nach Wehners Eskapaden in Kiev und Moskau im Herbst 1973 die Ablösung fällig gewesen wäre. Ich hatte damals schon die Flugbereitschaft alarmiert um nach Moskau zu fliegen und Wehner zurückzuholen, damit er bei Eintreffen in Köln/Wahn zurücktreten würde. Aber diesem Vorschlag widersprachen viele von denen, die dann im Mai 1974 einen solchen Schritt für richtig gehalten haben.

Nur Rut Brandt hatte wohl recht, dass Willy Brandt nicht (mehr) die Kraft hatte, diesen Konflikt durchzustehen (S. 552).

05. Juli 2000

Ja, so eine Reise in die Vergangenheit hat auch ihre Tücken, denn die wohltuende Heilung durch die Zeit wird gestört. Viele Vorkommnisse, Personen, Probleme und natürlich auch schöne Dinge kommen wieder zum Vorschein.

Klaus Harpprecht erinnert die Leser an die damalige Debatte um die „Neue Mitte“. Gerhard Schröder sollte mal da nachlesen lassen (z. B. S. 324f.): „Die Neue Mitte nimmt den Auftrag des Grundgesetzes, die Bundesrepublik als sozialen Rechtsstaat zu bauen, ernst. Ihr Ziel ist es, mehr Sicherheit, Wohlstand und mehr Gerechtigkeit für die Vielen zu schaffen. Die Partner fühlen sich verpflichtet, die Leistungen des Volksganzen in den Dienst an den sozial Schwachen und Hilflosen zu nehmen.“

Aber das liegt ein Viertel-Jahrhundert zurück und heute meinen nicht nur die heutigen Redenschreiber, dass das wohl alte Kamellen seien. Nur wird, so hoffe ich, das nach dem kommenden Viertel-Jahrhundert wieder so sein.

Ich denke, Klaus Harpprecht hat den sensibel politisch Denkenden im Lande mit seinem Buch einen Dienst erwiesen.

spw

Aber die Entwicklung des Problems Herbert Wehner sieht Klaus Harpprecht zu harmlos

Horst Grabert war Anfang der 70er Jahre leitender Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, später u. a. Botschafter in Jugoslawien, heute lebt er in Kleinmachnow bei Berlin

Frauenarbeit aufwerten“ ist, die bereits aktuell läuft, um eine (tarifliche) Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen im Dienstleistungssektor zu erreichen. In der Debatte um neue Dienstleistungen geht es neben dem Bereich der sozialen Dienstleistungen auch um einen Bereich, der leicht in Vergessenheit gerät: so liegt in der Industrie der Anteil der gewerblich produzierenden Beschäftigten in vielen Betrieben bereits heute schon deutlich unter 50 %. Damit sind Veränderungen der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeitregelungen und der Qualifikationsprofile verbunden. Und damit stellt auch im industriellen Bereich, im gleichen Maße wie in den sozialen Dienstleistungen, die Qualifikation der Arbeitskräfte neue Anforderungen an die berufliche Aus- und auch Weiterbildung. Michael Ehrke führt die Auswirkungen der IT-Technologisierung auf den industriellen Sektor in einem Interview mit der spw aus und entwickelt die veränderten Erfordernisse für das System der dualen Ausbildung

An dieser Stelle ist ein weiteres für den spw-Zusammenhang zentrales Arbeitsfeld mit der Diskussion um neue Dienstleistungsberufe verzahnt: Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Unseren ursprünglichen Plan, diesen Themenkomplex im Rahmen dieses spw-Heftes mitzubearbeiten, haben wir aufgegeben, weil es die Möglichkeiten eines Schwerpunktes trotz der inhaltlichen Verwobenheit gesprengt hätte. Ein Schwerpunkt zu diesem Thema ist für eines der kommenden Hefte geplant. Den unbestritten positiven Entwicklungspotenzialen der neuen Dienstleistungsberufe wird häufig eine eher düstere Prognose für die Folgewirkungen auf den Sozialstaat entgegengestellt. „Wer soll das bezahlen?“ ist die oft gestellte Frage vieler Menschen, die fest im Bild einer Arbeitsgesellschaft verhaftet sind, deren Werte durch Produktion geschaffen werden. Thomas Ebert tritt der These des Zusammenbruchs der sozialen Sicherungssysteme durch einen wachsenden Anteil an Dienstleistungen mit einer differenzierten Betrachtungsweise der neuen Berufsfelder und ihrer unterschiedlichen ökonomischen Potenziale entgegen.

Eine nahezu ausschließlich positive Perspektive entwickeln Lothar Beyer, Josef Hilbert und Brigitte Micheel vom Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik. Sie sehen große Chancen für den Sozialstaat im weiteren Ausbau seiner Dienstleistungen, schlagen allerdings politisch keineswegs unumstrittene Wege zu seiner Finanzierung vor.

Einen etwas anderen Blick auf die wachsende Bedeutung sozialstaatlicher Dienstleistungen werfen Hildegard Kaluza und Dirk Meyer in ihrem Artikel „Sozialstaat, soziale Dienstleistungen und ihre Qualität – Sozialmanagement professionalisieren“. Nach ihrer Auffassung ist die Finanzierungsfrage eine wichtige, aber nicht die einzig bedeutende Frage bei der gesellschaftspolitisch notwendigen Weiterentwicklung sozialer Dienste. Vielmehr fordern sie eine umfassende Debatte über das Profil und die Qualität der angebotenen Leistungen ein, um über kontinuierliche Qualitätsverbesserungen die Angebote passgenauer ausrichten zu können. Dazu bedürfte es des beschleunigten Ausbaus der sozialpolitischen Instrumente. Hilfreich dabei könne ein sozialpolitisches Controlling sein, an dessen Anfang eine alle Akteure des Sozialstaates einschließende Zieldefinition stehen müsse. Voraussetzung für ein erfolgreiches Management dieser Prozesse sei seine Professionalisierung vor allem auf der Ebene der Länder und Kommunen.

Insgesamt möchten wir den Schwerpunkt „Neue Dienstleistungsberufe“ als einen weiteren Baustein in einer noch offenen Debatte um Quantität und Qualität der Erwerbsarbeit in unserer zukünftigen Gesellschaft sehen. Es ist aus unterschiedlichen Perspektiven dargestellt, dass im Dienstleistungssektor der Faktor Arbeit alles andere als mehr oder minder qualifizierte „Hilfstätigkeiten“ sind, die ohne Not in einen Niedriglohnsektor abgedrängt werden können! Es kommt entscheidend darauf an, die Ansprüche an Arbeit – sei es aus Sicht derer, die sie leisten oder für die sie geleistet wird – hoch zu halten.

spw

Personenbezogene Dienstleistung für Frauen

Aktuelle Tendenzen und Entwicklungserfordernisse

von Maria-Eleonora Karsten

Frauenforschung, gender-mainstreaming und Frauenpolitik: ein Weg, personenbezogene Dienstleistung neu zu denken

In der Perspektive von Frauenforschung, gender-mainstreaming und Frauenpolitik ist die Entwicklung und Politik zur und in der Dienstleistungsgesellschaft neu zu ordnen. Unbestritten ist mittlerweile, dass die Modernisierung der europäischen Gesellschaft mindestens folgende Großtrends vereint:

- Globalisierung mit tiefgreifenden Folgen für die Organisation von Märkten, Geldflüssen und den Lebensformen der Menschen, die sich internationalisieren (müssen)
- Umbau der Gesellschaften von standortgebundenen Industriegesellschaften zu flexiblen Dienstleistungsgesellschaften mit einer grundlegend neuen Basis der Bildung von Wissen, der Zugänglichkeit von Wissen über Internet und andere Technologien bis zur virtuellen Gestaltung von Lebenswelten
- Nachhaltigkeit als Rahmenkonzept für eine Neubestimmung der Verhältnisse von Ökonomie, Ökologie, Kultur und Sozialem

So vielschichtig Versuche sind, sich aus dem „Industrialismus des Denkens“ (Baethge 1999) zu lösen, so unzureichend werden die Perspektiven von Frauen, die Befunde der Frauenforschung und die Erkenntnisse von Frauen(Förder- und Gleichstellungs-)politik und -praxis berücksichtigt. Dieses fällt bereits deutlich auf, wenn Befunde und Beiträge zum Dienstleistungssektor zusammengetragen werden, die geradezu ein „Neudenken“ herausfordern.

Ganz im Sinne des für den Nachhaltigkeitsdiskurs entwickelten Denkansatzes (Dierkes/Marz 1998) geht es darum, neue Denkangebote zu entwickeln, auf die sich ein praxis- und zukunftsorientiertes Wissensmanagement für die Zukunft von Dienstleistungs- und Kommunikationsbe-

Prof. Maria-Eleonora Karsten ist Professorin an der Fakultät für Sozialpädagogik der Universität Lüneburg.

rufen für Frauen stützen kann. Ein Problem, nämlich die Situation in Dienstleistungsberufen, ist aus vier sich ergänzenden Perspektiven zu durchdenken. Das miteinander verbundene Anders-, Zurück-, Quer- und Neudenken wird als Chance angesehen, zukunftsfähige, trag- und konsensfähige Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Das „Anders-Denken“ dient der Entwicklung oder Erarbeitung alternativer Zukunftsprojektionen, damit neue oder andere Fragehorizonte eröffnet werden können. Mit dem „Reflektiv-Denken“ wird der forschende Blickwinkel erweitert, um über bestehende Erfahrungshorizonte hinauszugelangen. Scheinbare Gewissheiten sind zu überprüfen und auf ihre Entstehung, Stabilität und Verbindlichkeit zu hinterfragen. Durch „Quer-Denken“ werden Wissensarten neu miteinander in Beziehung gesetzt, die nach tradiertem Wissensverständnis miteinander in ihren je disziplinspezifischen Kontext häufig voneinander getrennt werden. Durch deren Verbindung werden Effekte erzeugt, die zu neuen interdisziplinären Erkenntnissen und Entwicklungen führen. Das „Neu-Denken“ zielt schließlich darauf ab, unterschiedliche Denk-, Deutungs- und Wahrnehmungsmuster zu erkennen und transparent zu machen. Dazu bedarf es der Entwicklung einer kritisch-reflektierten Haltung, wie sie für gender-sensibles Denken geboten ist.

Mit dem strukturellen Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft wird deutlich, dass es bei personenbezogener sozialer Dienstleistung um die Bestimmung von alten und neuen Arbeitsformen geht und dabei zu reflektieren ist, wie sich diese Arbeit für Frauen entwickelt.

Frauen stellen in diesem Gesamtentwurf einen Anteil von 42% aller Erwerbstätigen (vgl. BMFSFJ 1999). Rund 75%-85% aller Beschäftigten im personalbezogenen Dienstleistungssektor sind Frauen. Gleichwohl gilt es zu problematisieren, dass gleichzeitig eine extreme Expansion des Dienstleistungssektors festzustellen ist und Tendenzen und Bestrebungen bestehen, einen Niedriglohnsektor zu bilden, in dem hochflexible und zunehmend ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse von Frauen mit immerhin 75% vorherrschen. Dies ist eine ambivalente Situation, da die Rekrutierungspraxis für die gleiche Arbeit, gerade für personenbezogene Dienstleistungsberufe, sich je nach konjunktureller Lage zwischen den Polen qualifizierte Arbeit in geregelten Arbeitsverhältnissen und familiärer oder nachbarschaftlicher, unentgelteter Dienstleistung bewegt.

Werden unter Einbeziehung dieser Erkenntnisse zentrale Entwicklungslinien zur Durchsetzung der Dienstleistungsgesellschaft differenzierter betrachtet, so wird deutlich, dass die ökonomische, wirtschaftswissenschaftliche Modell- und Theorieentwicklung zu dem Punkt gelangt ist, an dem konzediert werden muss, dass sie mit ihren eigenen Vorgehensweisen personenbezogene soziale Dienstleistungsarbeit nicht angemessen erklären kann.

Eine Gleichstellung personenbezogener sozialer Dienstleistungen im Arbeitsmarkt ist noch keineswegs erreicht. Weiterhin gilt die Einschätzung, die auch das EU-gendermainstreaming leitet. Europäische Analysen stellen Hindernisse der Gleichstellung heraus, wie mangelnde Sensibilisierung, mangelnde Ressourcenbereitstellung und fehlendes Fachwissen.

Bezogen auf die Bildung von „gender-Kompetenz“ in mainstreaming-Verfahren bedeutet dies, dass bestehende Erkenntnislücken ausgewiesen werden müssen. Je mehr der kritische Geschlechterblick in allen Bereichen geschärft wird, desto deutlicher kommt auch zum Vorschein, wie wenig detailspezifische Erkenntnisse vorhanden sind. In diesen Fällen müssen neue Erhebungsfragen formuliert,

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Datenanalysen gefordert und vorhandenes Wissen unter veränderten Fragestellungen analysiert werden.

„...Der Ausweis solcher Wissenslücken oder Hinweis auf die fehlenden Daten im mainstreaming-Prozess heißt jedoch nicht, dass die Frauen in den entsprechenden Gremien diese Daten beizubringen haben. Vielmehr ist es Aufgabe der jeweiligen Institutionen, der Abteilungen oder der Verwaltungseinheiten, die das in Frage stehende Projekt zu verantworten haben“ (Stiegler 1999).

Personenbezogene Dienstleistungen als Beschäftigungsperspektive

Personenbezogene Dienstleistungen sind für die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutsamer als das produzierende Gewerbe. Deshalb sollen Dienstleistungsarbeitsplätze im Niedriglohnsektor gefördert werden und damit insbesondere die Integration leistungsschwächerer Arbeitnehmer/innen. Baethge (1999) zufolge wird nur sehr schwer begriffen, daß die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung nicht nur Arbeit frißt, sondern auch Arbeit schafft. Die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, so die zusammengefaßte Einschätzung solcher Expert/innen, ist aber gebunden an eine Verbesserung von Teilzeitmöglichkeiten und zwar nicht nur in niedrigqualifizierten, sondern auch in hoch- und mittelqualifizierten Berufen.

Perspektiven für eine Verbindung der High-Road- mit einer Low-Road-Strategie im Dienstleistungssektor werden in Zusammenhang mit Beschäftigungseffekten gesehen, die in einer dynamischen Potenzialabschätzung auf wenigstens eine halbe Million Erwerbstätige in den nächsten zehn Jahren geschätzt werden. Sie liegen, wie in der BMBF-Initiative „Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert“ ausführlich dargestellt, in wenigstens drei Feldern bzw. Typen von Dienstleistungen:

1. Wissensintensive unternehmensbezogene Dienstleistungen (z.B. Architektur-, Ingenieurbüros, Betriebs-, Steu-

Eine Gleichstellung personenbezogener sozialer Dienstleistungen im Arbeitsmarkt ist noch keineswegs erreicht.

er-, Unternehmensberater), die mit einem Anstieg der Beschäftigung von weit über 100% seit 1980 auch ihren Anteil von 2,2% auf 4,2% an der Gesamtbeschäftigung in etwa verdoppelt haben. Sie machen den größten Teil der Dienstleistungstätigkeiten aus. Überwiegend handelt es sich um hoch qualifizierte und hochentlohnte Dienstleistungen.

2. Dienste des Medien-, Informations- und Kommunikationssektors (z.B. Telearbeit), die sich häufig mit neuen Beschäftigungsformen dezentralisierter Telearbeit und SOHOs (small office/ home office) verbinden. Auch dieses sind vornehmlich hoch qualifizierte Tätigkeiten, bieten aber auch Beschäftigung für mittel- und niedrigqualifizierte Arbeitskräfte.

3. Traditionelle Dienstleistungsfelder des Handels, der Banken und Versicherungen, der Mobilitätsdienste sowie personenbezogene Dienstleistungen (z.B. Mobilitätszentralen).

Dabei stellen personenbezogene Dienstleistungen, weil sie am Standort Deutschland im unmittelbaren Lebensumfeld erbracht werden, das Zentrum zur Sicherung von Lebensqualität dar. Und dies sogar in doppelter Weise: Sie sind zuständig für die Lebensqualität der Adressatinnen, Kinder, Jugendliche bis alte Frauen und alte Männer und sie sichern die Existenz und Lebensqualität derjenigen Frauen und Männer, die diese Dienstleistungen erbringen. Sie sind somit Voraussetzung, Rahmen und Sozialstruktur, sie garantieren auf ihnen aufbauend auch die Zukunftsgestaltung der Informations- und Kommunikationsberufe, weil gerade diese auf gesicherte Dienstleistungen und damit auf eine Lebensorganisationsbasis angewiesen sind, wenn die erwartbaren Flexibilitäten in Arbeits- und Zeitorganisationen, die weltweite Gleichzeitigkeit und die Anforderungen der new economy erfolgreich gestaltet werden sollen.

Personenbezogene Dienstleistungen als Professionen

Wird also für diese neue Situation Wissen entwickelt, so geht es vorrangig um den Charakter der personenbezogenen Dienstleistungen, ihre Verteilung auf Frauen und Männer, ihre gesellschaftliche Bewertung und die Bedarfe, auf die sie sich beziehen. Dienstleistungsarbeit, so betont Rabe-Kleberg, ist besonders charakterisiert durch Ungewissheitsstrukturen. Am Beispiel der Prozessgröße „Wohlbefinden“ skizziert die Autorin die Dimension der Aushandlungsstruktur. Dabei geht die Zielfindung in den Arbeits-

prozess als ungewisse Größe ein. Der Umgang mit dieser Ungewissheit setzt einen „Überschuss“ an Wissen und Qualifikation, also professionelle Autonomie voraus:

„Professionalität kann dann als die Bereitschaft und die Fähigkeit verstanden werden, unter

den Ungewissheitsstrukturen professioneller Arbeit verantwortlich zu handeln“ (Rabe-Kleberg 1996).

Dabei ist nicht zu übersehen, dass mit der Verbreitung von Dienstleistungsarbeit in modernen Gesellschaften die Frage professioneller Selbstkontrolle – und damit einhergehend auch die der professionellen Autonomie – bedeutenden Strukturveränderungen und Kritik unterworfen wurde. Dieses geschah nicht zuletzt durch die Abnehmer/innen professioneller Dienstleistungen:

„Die meisten professionellen Berufe sind heute in Organisationen mit ihren hierarchischen Kontrolltypen einge-

bunden, wodurch die professionelle Zuständigkeit und ihre Kontrolle (zumindest) an den Rändern diffus wird.

Die Differenz zwischen Laien- und professionellem Wissen nimmt mit dem Bildungsgrad der Klienten ab. Auch wenn der Weg der Problemlösung als Interaktion zwischen Professionellem und Laien begriffen wird, steigt der Grad der Diffusion zwischen den Wissenstypen und der Kontroll- und Legitimationsbedarf wächst.

Genährt durch Vorstellungen von ganzheitlich-ökologischem Ansätzen oder Denken in Netzwerkzusammenhängen müssen Professionen im hohen Maße kooperieren. Ungeklärt ist, welches Wissen zur Lösung des Problems führt.

Auf den drei Problemebenen entstehen Sphären von Diffusion: diejenige der Grenzen von Zuständigkeit, diejenige gegenüber anderen Formen des Wissens und diejenige gegenüber anderen Formen der Rationalität und Kontrolle. Diese Tendenzen erschweren die professionelle Monopolisierung von Wissen und Strategien. Professionen haben damit an dem Prozeß der Entdifferenzierung von Arbeit teil, ein Prozess, der moderne Gesellschaften charakterisiert.

Auch hochqualifizierte und privilegierte männliche Arbeit – zumindest dort, wo sie als Dienstleistungsarbeit im weitesten Sinne mit Menschen als „Arbeitsgegenständen“ zu tun hat – gerät damit unter vergleichbare Strukturen, wie sie Frauenarbeit traditionell kennzeichnet. Genau diese Bestimmungen aber sind es, die es heute erschweren, einen klaren positiven Professionalisierungsweg für personenbezogene Dienstleistungsberufe als Frauenberufe zu bestimmen.“ (Rabe-Kleberg 1992).

Personenbezogene Dienstleistungen zeichnen sich aufgrund ihres so beschriebenen Charakters als Modell auch für die Zukunft der Dienstleistungsberufe aus: Ihre Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit, Gleichzeitigkeit und Bewältigung von Ungewissheit sind zentrale Schlüsselqualifikationen auch für die technikbasierten und informationstechnologischen Dienstleistungen der Zukunft. Dennoch bergen sie durch die gleichen Charakteristika die Gefahr von Entstrukturalisierung, Entwertung und Entqualifizierung. Sie sind als Professionen weiterzuentwickeln.

Mit der Berliner Expertise (Entwicklung des Qualifikations- und Arbeitskräftebedarfs in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen/ Karsten u. a. Berlin 2000) auf deren Ergebnisse Rawert/Zauner in diesem Heft besonders Bezug nehmen, ist ein wesentlicher Schritt zur Bereitstellung von Wissen über personenbezogenen Dienstleistungen für Frauen und erste Forderungen für Neuregulierungen in Arbeitsmarkt, Berufsbildung, Gleichstellungs- und Frauenpolitik sowie die Wissenslücken, die es zu füllen gilt, vorgelegt.

Perspektiven

Es besteht für die Zukunftsgestaltung der Dienstleistungsgesellschaft und als Standortfaktor die Notwendigkeit, jeden dieser Regulierungsbereiche in ihren Wechselwirkungen für die Qualitätsentwicklung zu berücksichtigen. Dabei ist zu bedenken, welche enormen, bis heute nicht angemessen anerkannten Synchronisierungsleistungen Frauen in der personenbezogenen Dienstleistungsarbeit erbringen, besonders dann, wenn sie zusätzlich ihre privat-familialen Lebensläufe und die Berufstätigkeit aufeinander abstimmen.

Für die Bestimmung der politisch angestrebten Qualität der personenbezogenen Dienstleistungen sind die Entwicklung der Erbringungs- und Arbeitsverhältnisse in ihrer

Auch hochqualifizierte und privilegierte männliche Arbeit gerät unter vergleichbare Strukturen, wie sie Frauenarbeit traditionell kennzeichnet.

Wechselwirkung mit den Qualitätserwartungen der kooperierenden Adressat/inn/en kontinuierlich zu beobachten.

In den Berufsausbildungs- und -weiterbildungen und in Studiengängen sind Qualitätsentwicklungskompetenzen zu verankern, da diese bis heute ohne Entgelt als sozialhistorisch und biographisch aufgebrachte Kompetenz von Frauen vorausgesetzt werden.

Für die Verallgemeinerung der Dienstleistungsgesellschaft bedeutet dies, die neuen Regelungen, Normierungen und Qualitätsstandards aufbauend auf den Erkenntnissen der personenbezogenen Dienstleistungsarbeit von Frauen zu entwickeln. Es handelt sich politisch-programmatisch darum, die Gesellschaft insgesamt als Dienstleistungsgesellschaft zu denken und durch die dezidierte Frauen-gender-Gleichstellungsperspektive neue Gestaltungsmöglichkeiten zu erschließen.

spw

Literatur

- Baethge, M. u.a. (Hrsg.) 1999: Abschlussbericht der PEM 13 im Rahmen der BMBF-Initiative „Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert“: Dienstleistungen als Chance: Entwicklungspfade für die Beschäftigung. Göttingen.
- Baethge, M. 1999: Lebensbegleitendes Lernen und Perspektiven der Weiterbildung. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) 1999: Rede der Bundesministerin Dr. Christine Bergmann, auf dem Kongress „Chancengleichheit – Leitbegriffe für Politik und Gesellschaft im 21. Jahrhundert“ am 11. November 1999 in Potsdam, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1999: Bilanz des informellen Treffens der EU-Frauenministerinnen und -minister in Berlin. Berlin.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1999: Programm „Frau und Beruf“ Aufbruch in der Gleichstellungspolitik“ Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1999: Bundesministerin Christine Bergmann stellt Jahresprogramm 1999 vor. Bonn, Pressemitteilung. Nr. 24 vom 21.1.99.
- Dierkes, M.; Marz, L. (1998): Wissensmanagement und Zukunft. Orientierungsnote, Erwartungsfallen und ‚4-D‘ Strategie. Forschungsbericht des WZB.
- Bedarf im Kontext von Hilfe, Behandlung, beruflicher Qualifikation. Berlin.
- Karsten, M. E. 1998/99: Keine Qualität ohne Qualifizierung. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit. Schwerpunkt Qualitätsentwicklung und Qualitätsmanagement in der Sozialverwaltung. Doppelheft 4/98 und 1/999, S. 419-429.
- Karsten, M.-E. 1998: Frauen – Berufsausbildungen im Erziehungs- und Sozialbereich: Aufwertung oder Umwertung durch Professionalisierung. In: ÖTV-Report. Stuttgart.
- Karsten, M.-E. 1996: Entwicklung von sozialen Professionen: Professionelle Organisationen in der Zukunft. Lüneburg.
- Karsten, M.-E. 1996: Praxisanalyse KJP – die Bedeutung der Sachberichte zur Qualitätssicherung. In: QS: Materialien zur Qualitätssicherung (Hrsg. BMFSFJ), Heft 2, Lüneburg.
- Rabe-Kleberg U. 1996: Frauen in sozialen Berufen-(k)eine Chance auf Professionalisierung?. TS Halle.
- Rabe-Kleberg, U. 1993: Verantwortlichkeit und Macht. Ein Beitrag zum Verhältnis von Geschlecht und Beruf angesichts der Krise traditioneller Frauenberufe. Bielefeld.
- Stiegler, B. 1999: Mutter, Kind und Vater Staat. Geschlechterpolitische Aspekte des Erziehungsgehalts. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Stiegler, B. 1998: Frauen im Mainstreaming. Politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Personenbezogene Dienstleistungen stellen das Zentrum zur Sicherung von Lebensqualität dar.

In den politischen Debatten um die Zukunft der Frauenbeschäftigung wird häufig auf die Frage der zukunfts-trächtigen Berufe fokussiert – gemeint sind damit dann die Berufs- und Beschäftigungsfelder im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (I&K). Hier sind Frauen unterrepräsentiert – hier wird gutes Geld verdient, hier bestehen gute berufliche Entwicklungschancen. Unbestritten ist: Frauen sollen und müssen in diesen Berufen gleichberechtigte Arbeits- und Karrierechancen haben – wohin die Verschwendung weiblicher Talente führt, zeigt die Diskussion um die Green Card.

Aus dem Blickfeld geraten bei solcherlei Diskussion um die Zukunft aber die personenbezogenen Berufs- und Beschäftigungsfelder, in denen Frauen derzeit überwiegend beschäftigt sind und hohe berufliche Qualifikationen aufgebaut haben – und in denen Frauen(arbeiten) strukturell benachteiligt sind. Gründe dafür sind u.a.:

- die Berufsausbildung für viele Berufe in den personenbezogenen Dienstleistungen erfolgt im Rahmen differenzierter vollzeitschulischer Ausbildungssysteme – statt Ausbildungsvergütung wie im dualen System müssen die Lernenden ihren Lebensunterhalt während der Ausbildung komplett anderweitig sichern und sogar teilweise noch Schulgeld entrichten.
- die Bezahlung als auch die beruflichen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind schlechter als für vergleichbare Tätigkeiten in anderen Branchen – auch hier materialisieren sich die frauendiskriminierenden Grundaxiome der Arbeitswissenschaft, die körperliche Belastungen höher bewerten als psychische, und bei körperlichen Belastungen auch meist zweierlei Maß anlegen. So wird

Personenbezogene Dienstleistungsberufe

Ein konkretes Handlungsfeld von Frauenpolitik und Gender-Mainstreaming

von Mechthild Rawert und Margit Zauner

die körperliche Belastung einer Krankenschwester weit schlechter bewertet als die eines Bauarbeiters. Hier hat die Gewerkschaft ÖTV mit ihrer Kampagne „Maß nehmen - Frauenarbeit aufwerten“ ein wichtiges Handlungsfeld erschlossen, um die nur tarifvertraglich zu lösende Diskriminierung aufzuheben.

Auffällig ist, dass sich derzeit vielfältige ExpertInnenrunden mit gesellschafts- und beschäftigungspolitisch bedeutsamen Zukunftsszenarien zur „Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft im 21. Jahrhundert“

Mechthild Rawert, Jg. 1957, ist Landesvorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und Mitglied der EQUALity-Gruppe der Hans-Böckler-Stiftung zur Begleitung des „Bündnis für Arbeit“; Margit Zauner, Jg. 1961, ist Beisitzerin im AsF-Landesvorstand Berlin und Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Tempelhof

Foto: Thomas Diller (Köln)



beschäftigen, dass aber weder eine durchgängige Differenzierung des Dienstleistungsarbeitsmarktes bezogen auf Frauen und Männer vorgenommen wird noch dass personenbezogene Dienstleistungen eine gleichberechtigte und gleichwertige Rolle in der Diskussion um die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungs-, Wissens- und Informationsgesellschaft einnehmen: wenn schon mal eine Diskussion zum riesigen personenbezogenen Dienstleistungssektor – auch im Rahmen des „Bündnis für Arbeit“ – erfolgte, dann lediglich unter dem Gesichtspunkt „Kostenkrankheit“ und unter vollständiger Negierung der Besonderheiten dieses Sektors. Politisch erzielt wird damit eine strukturelle Diskriminierung sowohl der in diesen Bereichen (mehrheitlich weiblichen) Beschäftigten, die sich auch in der Entlohnung deutlich widerspiegelt, als auch der PatientInnen, KundInnen, Betreuten, die dringend auf professionelle und qualitativ hochwertige Dienstleistungen angewiesen sind.

Soziale Gerechtigkeit konkret gestalten

Personenbezogene Dienstleistungen, Tätigkeiten, die auf den Menschen direkt bezogen sind und von Erziehung und Pflege über Kommunikation bis hin zur Forschung reichen, prägen die Lebensgestaltung, zeigen Wirkungen für die Lebensqualität von Menschen. Sie sind die Verknüpfung von Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-, Berufsbildungs- und Frauenpolitik, den Politikbereichen, die für die Gewährleistung sozial gerechter Lebensbedingungen im Rahmen des derzeitigen Politikgefüges verantwortlich sind.

Im Berufsbildungs- und Arbeitsmarkt der personenbezogenen Dienstleistungen lässt sich bereits jetzt bundesweit statistisch ein Beschäftigungsvolumen von rund 7 Millionen Beschäftigten – davon ca. 5,5 Millionen Frauen – ausmachen, von denen allerdings ca. eine Million kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaftet. Der personenbezogene Dienstleistungssektor ist ein Frauen-Arbeitsmarkt, dem volkswirtschaftlich eine wichtige Rolle zukommt und der bereits jetzt als wachsender Dienstleistungsbereich ausgewiesen ist.

Die Diskriminierung von Frauentätigkeiten endlich aufheben

Für die personenbezogenen Dienstleistungsberufe existiert noch keine klare Berufsbildungs- und Berufspolitik, wie wir sie vom industriellen Facharbeiter- und Ingenieurbereich kennen. Wahrscheinlich aufgrund eines heute überholten, aber dennoch herrschenden industriell-kulturellen „Männererbes“ werden die Rahmenbedingungen und Besonderheiten dieses Berufs(aus)bildungsbereichs auch in den aktuellen Debatten um die notwendige Reform der beruflichen Bildung negiert. Auf diese Weise werden nicht nur ein Drittel der bestehenden Berufsausbildungsverhältnisse aus der Debatte ausgeblendet, sondern auch wichtige Erfahrungen, die aus der Berufsausbildung für den Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen auf die Berufsausbildung im dualen System übertragen werden könn(t)en, nicht nutzbar gemacht.

Aufgrund tradierter, überholter Einschätzungen zum vermeintlichen volkswirtschaftlichen „Nicht-Wert“ sog. Frauentätigkeiten“ und unterstützt durch ein ebenfalls traditionell niedriges Entlohnungsniveau auch für hochqualifizierte Tätigkeiten erfolgt heutzutage in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion vielmehr eine mehr als ärgerliche Verbindung zu einem sog. Niedriglohnssektor. Überblickt bleibt, dass die Bedingungen und Organisationsformen der „Frauenberufe“ und damit der personenbezogenen Dienstleistungsarbeit historisch entstanden sind und bereichsbezogen sehr stark variieren. Gemeinsame Wurzeln der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit häufig widersprechenden Berufs- und Arbeitsstruktur sind dabei u.a.:

- die Hausarbeitsnähe vieler Tätigkeiten und ihre vermeintliche Substituierbarkeit durch private, unentgeltliche, weibliche Laien-Dienste,
- die kirchliche Dominanz im Pflege- und Sozialbereich,
- die Ausgrenzung der Frauen aus der Berufswelt unter dem Nationalsozialismus.

Traditionell ist die deutsche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik so gestaltet, dass sie Frauen – insbesondere Mütter – tendenziell vom Arbeitsmarkt fern hält und sie für Versorgungs- und Betreuungsaufgaben in der Familie verantwortlich macht. Trotz steigender Bildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen ist der deutsche Wohlfahrtsstaat noch weit davon entfernt, Männer und Frauen gleich zu behandeln. Dieses widerspricht sozialdemokratischen Grundsätzen und Zielen als auch dem EU-politischen Programm des gender-mainstreamings. Das politische Programm des gender-mainstreamings fordert von allen politischen AkteurInnen, dass jede politische Intervention das Ziel der Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit zwischen Frauen und Männern aktiv ausgestaltet, dass bisherige Strategien zur Frauenförderung und Gleichberechtigung ergänzt und vorhandene Möglichkeiten zur Herstellung von Chancengleichheit im Recht, durch Finanzmittel und durch angemessene Analysen nachhaltig aktiviert werden.

Bürgerschaftliches Engagement und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten

Zusätzlich zur Schaffung neuer existenzsichernder und karrierefördernder Arbeitsplätze auch im personenbezogenen Dienstleistungsbereich und einer Neu- und Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeitszeit ist der Ausbau eines qualitativ hochwertigen Dienstleistungssektors unverzichtbar, um Frauen von – bisher unentgeltlich geleisteter – Versorgungs- und Betreuungsarbeit zu entlasten und

Die körperliche Belastung einer Krankenschwester wird weit schlechter bewertet als die eines Bauarbeiters.

NEUE DIENSTLEISTUNGSBERUFE

um eine Neuakzentuierung der Solidarität zwischen Männern und Frauen zu gewährleisten. Der Staat muss seine ordnungspolitische Aufgabe ernstnehmen, um verlässliche Rahmenbedingungen sowohl für das Klientel der Dienstleistungen als auch für die in diesem Sektor Tätigen zu garantieren. Derzeit stehen noch relativ willkürlich professionelle Tätigkeiten mit geregelten Aus- und Weiterbildungen neben un- und angelernten Tätigkeiten im stationären und ambulanten Bereich und den privaten Haushalten. Nicht zu vergessen sind auch die Diskussionen zum sog. Ehrenamt und zur „Bürgerarbeit“.

Gefordert sind staatliche berufsbildungs- und arbeitsmarktpolitische Reformen und Erneuerungen, flankiert von sozial- und steuerpolitischen Regelungen, die sowohl zu einer Aufwertung der personenbezogenen Dienstleistungsberufe als auch zu einer neuen Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung von sozialen Dienstleistungen kommen.

Berliner Initiative

Die Berliner AsF begleitet und unterstützt daher die 1999 begonnene Initiative „Personenbezogene Dienstleistungsberufe – Perspektiven für den Frauenbildungs- und -arbeitsmarkt“ von Gabriele Schöttler, Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen (SPD). (Zwischen-)Ergebnisse können auch in der Website www.globalcare.de nachgelesen werden.

In diesem Kontext fanden bereits verschiedene Aktivitäten statt, so eine große Fachtagung „Personenbezogene Dienstleistungsberufe – Perspektiven für den Frauenbildungs- und -arbeitsmarkt“¹ incl. virtueller Pressekonferenz sowie verschiedene Workshops, z.B. „I-Technologisierung der Frauenberufe – Feminisierung der IT-Berufe“ und Round-Table-Gespräche zum Thema „Statistische Datenerfassung für die personenbezogenen Dienstleistungsberufe“ mit dem langfristigen Ziel der Behebung einer der wesentlichen Schwachstellen für politische Weichenstellungen: die unzureichende statistische Datenlage bzw. – sofern in Ansätzen vorhanden – ihre Unübersichtlichkeit und mangelnden Vergleichbarkeit.

Die Arbeit wird durch den Beirat „Personenbezogene Dienstleistungsberufe“ begleitet, dem u.a. VertreterInnen der Wissenschaft, des Bundesinstitut für Berufsbildung, der Gewerkschaften, der Bundesanstalt für Arbeit, von Wohlfahrts- und Fachverbänden sowie Frauenprojekten und verschiedenen Senatsverwaltungen angehören.

Notwendige Maßnahmen

Die bisherigen (Zwischen-)Ergebnisse erfordern weitere Aktivitäten und politische Gestaltung u.a. in folgenden Bereichen:

1. Da die personenbezogenen Dienstleistungen in ihrer Bezeichnung, Beschreibung und statistischen Einordnung in einem hohem Maße uneinheitlich bzw. teilweise noch nicht einmal statistisch erfasst sind, muss für diesen Frauenbildungs- und -arbeitsmarkt ein neues Zusammenhangswissen erarbeitet werden, auf dessen Basis eine angemessene Frauen-, Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik gestaltet werden kann. Entsprechende professionalisierungstheoretisch begründete bundesweite als auch regionalspezifische Statistiken und Berichtswesen, Analysen bzw. Gutachten u.a. zur Berufs- und Arbeitsmarktstruktur, zu ausgewählten Organisationsformen, zu Berufsaus- und -weiterbildungen sowie zu den Qualitätsanforderungen an personenbezogene Dienstleistungsarbeit sind zu initiieren und „gender-sensibel“ zu erstellen. Die wirtschaftliche Be-

deutung des Dienstleistungsbereiches, die Leistungsfähigkeit, die Bedeutung für die Lebensqualität und das dienstleistungsbezogene Wissen für die Entwicklung zukunftsfähiger Politikstrategien müssen vor diesem Hintergrund neu bewertet werden.

2. Eine besondere Verantwortung haben hier die Bundes- und Länderministerien, öffentliche bzw. mit öffentlichen Mitteln geförderte Einrichtungen und Forschungsinstitutionen wie z.B. das Statistische Bundesamt bzw. die Statistischen Landesämter, das IAB, Universitäten und Fachhochschulen, etc. Im Rahmen einer regelmäßigen Berichtspflicht an die Parlamente ist die Erfüllung der „gender-sensiblen“ Anforderungen an eine ausreichende statistische Datenlage zu dokumentieren.

3. Eine oder mehrere neue Institution/en sind für die Dokumentation, Evaluation und ein kontinuierliches Monitoring zu bilden/ zu gründen, die über die statistische Erfassung hinaus qualitatives Zusammenhangswissen in der Perspektive von Frauen organisieren, Forschungen initiieren und Verhandlungsformen auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene gestalten. Im Sinne der institutionalisierten Etablierung eines personenbezogenen Dienstleistungsberichts wesens könnte dies die Kombination einer bundesministeriellen Berichterstattungskommission mit gesetzlichem Auftrag, eines Bundesamtes für personenbezogene Dienstleistungen, einer Forschungsorganisation vom Rang eines Großforschungsinstitutes sowie eines spezifischen Forschungshaushaltes auf Bundesebene sein.

4. Die gewachsene Ausbildungs- und Weiterbildungsstruktur hat zu einer totalen, auch in der Fachöffentlichkeit zumeist nicht mehr überblickbaren „Unübersichtlichkeit“ und mangelnden horizontalen und vertikalen Passung der verschiedenen, zumeist schulischen

Aktuelles Diskussionsforum:

www.globalcare.de

bzw. vollzeitschulischen Aus- und Weiterbildungsstrukturen geführt. Da jede Stufe im Berufs- und Bildungssystem, einschließlich der Hochschulstudiengänge, weitgehend unabhängig zu unterschiedlichen Zeitpunkten entwickelt wurde, existieren auch „Passungsprobleme“ zum jeweiligen Arbeitsmarkt bzw. zum Tarifsystem. Die breite Streuung der formalen und inhaltlichen Qualifikationen im personenbezogenen Dienstleistungssektor verdeutlicht sich z.B. bereits jetzt in rund 1000 nachweislichen Ausbildungsabschlüssen und Tätigkeitsbezeichnungen, in einem uneinheitlichen Niveau der Berufsausbildungen, welches von der Berufsfachschule über die Fachschule, Fachhochschule bis zur Universität für potenziell gleiche Arbeitsaufgaben reicht. Die fachliche und professionelle Qualität der personenbezogenen Dienstleistungserbringung ist durch diese geringe Passung zwischen formal zertifizierten Qualifikationen, Kompetenzen und den Arbeitsvollzügen und Tätigkeiten unsicher. Dies gilt für die beschäftigten Frauen ebenso wie für die LeistungsempfängerInnen. Außerdem hat diese Intransparenz die Ungleichwertigkeit der personenbezogenen, in der Regel von Frauen ausgeübten Dienstleistungsberufe im Berufsbildungssystem gegenüber den dualen Berufsausbildungen noch weiter verfestigt und bisher gemeinsame Strategien behindert.

5. Um zu einheitlichen Berufsbildern und -anerkennungen zu kommen, ist eine Neuordnung bzw. Ordnung der „Frauenberufe“ verbunden mit einer Aufwertung der Berufs-, Arbeitsmarkt- und Karriereperspektiven zwingend geboten. Im Hinblick auf eine Professionalisierungs- und Qualitätsentwicklung sind bundesweite als auch regional-

orientierte Strategien zu entwickeln und beispielhafte Modelle einzuführen. So sind studiengangsbezogene Profile auszuarbeiten, um Konzepte bundesweiter als auch regionaler Berufsbildung in Kooperation mit der Ausbildung der AusbilderInnen an Fachhochschulen und Universitäten implementieren zu können.

6. Mit einem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigungen und einem insgesamt niedrigen Entgeltniveau – in 1,2 Millionen der nachgewiesenen Erwerbsarbeitsverhältnissen wird unter 1000,- DM verdient – sind personenbezogene Dienstleistungen in

Eine Neuordnung der „Frauenberufe“ ist dringend geboten.

der Gefahr, insbesondere für Frauen keine Existenzsicherung zu gewährleisten. In diesem Feld der Teilzeitarbeits-

verhältnisse besteht dringender Forschungs- und Beobachtungsbedarf, zum einen weil vorliegende Materialien äußerst ungenügend tiefenscharf sind und weiterhin zu wenige – auch regionalspezifisch orientierte – Untersuchungen dieses Dienstleistungssektors nach der Einführung des „630,- DM – Gesetzes“ vorliegen. Zu berücksichtigen ist dabei auch der für jeden Berufsbereich in der Realität zu beobachtende „graue Markt“, der sich aus ungeschützten bis illegalen Arbeitsverhältnissen zusammensetzt.

Personenbezogene Dienstleistungen werden vielfach als prinzipiell auch „im Haushalt“ zu erbringende Arbeiten bezeichnet und erscheinen dadurch bis heute als Berufe, die durch private (Frauen-)Leistungen substituierbar sind. Die bis heute ohne Entgelt aufgebrachte „soziale Kompetenz“ von Frauen darf nicht länger als „Naturressource“ vorausgesetzt werden, vielmehr ist sie im Rahmen von Berufsausbildungs- und -weiterbildungen als auch in Studiengängen als Schlüsselqualifikation zu professionalisieren und zu tarifieren.

Um nicht länger den Arbeitsort Privathaushalt als „billige Variante“ zu sehen und um einen entscheidenden Beitrag zu einer reifen gesellschaftlichen Dienstleistungsentwicklung zu leisten, sind Modellprogramme einzurichten, in denen innovative Dienstleistungsberufe für Frauen zusammen mit innovativen Organisations- und Arbeitsformen, incl. neuer Kombinationen und Modelle von Informations- und „sozialer“ Dienstleistungsarbeit thematisiert, entwickelt und nachhaltig abgesichert werden. Für die Verallgemeinerung der Dienstleistungsgesellschaft bedeutet dies, dass die neuen Regelungen, Normierungen und Qualitätsstandards aufbauend auf den Erkenntnissen der personenbezogenen Dienstleistungsarbeit von Frauen zu entwickeln sind.

Die Zeitmodelle der personenbezogenen Dienstleistungen umfassen für die AdressatInnen punktuelle Dienstleistungen (z.B. Nachfrage in einer Beratungsstelle, einem Call-Center) als auch spezifizierte Zeitarangements (z.B. Arztbesuch, lebensgestaltende Begleitung in einem Heim). Entsprechend differenziert sind die Arbeitszeitmodelle und Entgelte für die dienstleistungserbringenden Frauen. Entstanden sind unterschiedliche Zeitbewertungsmaßstäbe und sehr differenzierte Synchronisierungsanforderungen, die sich auf die Qualität der Dienstleistungsarbeit auswirken. Weiterhin greifen die zunehmend flexibilisierten Zeitsynchronisierungserfordernisse oftmals in problematischer Form in die Lebensgestaltung der Frauen und in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Zu initiieren sind Maßnahmen, die diese Regulierungsbereiche in ihren Wechselwirkungen für die Qualitäten der personenbezogenen Dienstleistungsarbeit untersuchen und Beiträge für die Bestimmung der politisch angestrebten Qualitäts- und Qualifizierungsstandards der personenbezogenen Dienstleistungen entwickeln. Kontinuierlich zu beobachten sind dabei die Entwicklung der Qualität der Erbringungs- und Arbeitsverhältnisse in ihrer Wechselwirkung mit den Qualitätserwartungen der kooperierenden AdressatInnen. Verstärkt zu unterstützen sind tarifrechtlich wirksame Untersuchungen und Analysen.

Weitere Entwicklungs- und Forschungserfordernisse liegen grundsätzlich im:

- Bereich der Qualitätssicherung, auch als Standortvorteil Deutschlands bzw. der jeweiligen Region,
- Bereich der Qualifikation von Schlüsselpersonen auf Bundes- und Länderebene, in der Trägerlandschaft und bei Gewerkschaften sowie im Kontext der Qualifizierung zu adäquaten Steuerungsinstrumenten,
- Bereich der weiteren Entwicklung einer qualitätsbewussten Fachlichkeit,
- Bereich der Weiterentwicklung eines leistungsfähigen Bildungssystems.

Sowohl für die Arbeitsorte, die Erbringungssituation, die Entwicklung der zukunftsweisenden Fachprofile und Organisationsformen als auch für die entstehenden Berufsbiografien von Frauen sind Dauerbeobachtungen sowie Querschnitts- und Längsschnittsstudien vorzusehen, um politische Weichenstellungen in ihren Wirkungen angemessen analysieren zu können.

s pw

¹ Landenberger, Margarete, u.a.; 1999; *Pflegeberufe im europäischen Vergleich, Expertise der Berufs- und Ausbildungssituation in der Alten-, Kranken- und Behindertenpflege*; Bd. 37; und Maria-Eleonora Karsten, u.a.; 1999; *Entwicklungen des Qualifikations- und Arbeitskräftebedarfs in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen*; Bd. 40; beide in der Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen



Foto: Christian Kiel (Berlin)

spw: Schon seit geraumer Zeit verändern sich Berufsstrukturen: Dienstleistungsberufe treten zunehmend an die Stelle klassischer Handwerksberufe und anderer produzierender Tätigkeiten. Wie macht sich dieser Trend bei den der IG Metall zugeordneten Arbeitsbereichen bemerkbar?

Wachsende Ansprüche

Ehrke: Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft hat schon längst die Industrie selbst erfasst, ist also keineswegs, wie oft missverstanden eine Entwicklung hin zu McJobs in Gastronomie und Einzelhandel. In der Metall- und Elektroindustrie arbeitet bereits jeder Zweite außerhalb der Fertigung. Bei einem Konzern wie Siemens ist der Anteil gewerblicher Arbeitnehmer zwischenzeitlich auf 28 Prozent gesunken. Herausragendes Thema in diesem Zusammenhang ist aktuell der Boom der IT-Branche. In den Computer-, Software und Telekommunikationsformen arbeiten bereits fast 800.000 Menschen, im IT-Fachhandel fast 200.000. Die produzierende Industrie selber wandelt sich zur Informationsindustrie, denn Hardware spielt in der Industrie vom Volumen her kaum eine Rolle. In der Hardwareproduktion ist die Beschäftigung in den letzten Jahren zurückgegangen. Das Beschäftigungswachstum erfolgt hauptsächlich in den IT-Dienstleistungen, worunter z.B. Installation und Konfiguration von Systemen, Softwareanpassungen, Wartung und Support, Schulung und Beratung zu verstehen sind.

Was aber im Dienstleistungstrend bisher nicht eingetreten ist, ist eine Polarisierung des Qualifikationsniveaus, im Gegenteil: Die Anforderungen sind eher gestiegen, was u.a. aber bedeutet, dass es für HauptschülerInnen immer schwieriger wird, moderne Facharbeiterberufe in der Industrie zu erlernen. Zweijährige Berufe, Modularisierung der Ausbildung wie in Großbritannien und andere Billigkonzepte im Sinne der vom reaktionären Arbeitgeberflügel aggressiv geführten Kostendiskussion („Hongkong vor der Tür“) haben sich nicht durchgesetzt. Die ganze Diskussion um den Aufbau eines Niedriglohnssektors bringt in der Industrie nichts und passt nicht in den Wandel zur Dienstleistungsindustrie. Das gilt übrigens auch für das Handwerk, wo in den letzten Jahren wegen der angeblich unfähigen Schulabgänger viel nach unterwertigen Teilberufen gerufen wurde, de facto aber der Anteil von Un- und Angelernten in der Regel 5 Prozent der Beschäftigten nicht übersteigt. Auch hier wachsen eher die Ansprüche an qualifizierte Facharbeit.

Wie gesagt, ein Problem für HauptschülerInnen, was deutlich macht, wie stark das allgemeinbildende Schulwesen hinter der beruflichen Entwicklung zurückbleibt. Das Grundproblem im Übergang zur Informationsgesellschaft ist nicht Dequalifizierung und Auflösung des dualen Systems der Berufsausbildung, sondern dass der sogenannte Standortvorteil Bildung insgesamt wegzuschmelzen droht. Die neue OECD-Studie hat es uns vor wenigen Wochen bestätigt: Deutschland steht im Ranking der Bildungsnationen auf dem 15. Platz. Peinlich und eigentlich eine Bankrotterklärung der Politik, die uns in den letzten Jahren immer wieder eingetrichtert hat, dass Bildung der Standortfaktor Nr. 1 und die wichtigste Ressource unserer Volkswirtschaft sei. In der Praxis nur Mängelverwaltung: die Schulen müssen bei der Industrie für ihre Computer betteln gehen.

Erfolgreiche IT-Ausbildungsberufe

spw: Mit der Verschiebung hin zu Dienstleistungsberufen geht sicherlich eine Veränderung eurer Klientel einher. Wie stellt sich die IG Metall darauf ein? Wie wollt ihr auch zukünftig hegemoniefähig bleiben?

„Von Gewerkschaftsfeindlichkeit in den neuen Beschäftigungsgruppen kann keine Rede sein.“

Ein Interview mit Michael Ehrke

Ehrke: In der Mitgliedschaft der Gewerkschaften schlägt sich der Beschäftigungswandel noch nicht wieder. Der Organisationsgrad im Angestelltenbereich und in der IT-Branche ist gering. Andererseits kann von Gewerkschaftsfeindlichkeit in den neuen Beschäftigtengruppen keine Rede sein. Die Maßstäbe, die an Gewerkschaftsinhalte und –stile angelegt werden, verändern sich lediglich. Da die IT-Branche derzeit boomt und Fachkräftemangel herrscht, empfinden viele Kolleginnen und Kollegen keinen existenziellen Druck, der sie in eine Schutzorganisation treibt, vielmehr beurteilt man die Gewerkschaft nach ihrer gesellschafts-, branchen- und berufspolitischen Kompetenz, schätzt sie durchaus als Forum und als Netzwerk nicht-affirmativer Diskussionen, bewertet ihre Dienstleistungen nüchtern und vergleicht die Einzelgewerkschaften wie in einem Benchmarking.

Die IG Metall steht in diesem Wettbewerb gar nicht schlecht da. Mit unserer IT-Bildungs- und Berufspolitik haben wir in den Betrieben ein durchaus gutes Ansehen. Es wird sehr wohl auch in den neuen Arbeitgeberverbänden bemerkt, dass wir über die reine Tarifpolitik hinaus regelungsmächtig sind. Es stimmt übrigens auch gar nicht, dass wir keinen tarifpolitischen Einfluss oder keinen Einfluss in den Betriebsräten der IT-Branche haben. In den größten Unternehmen, auf die ca. 50 der Beschäftigten entfallen dürften, gelten Tarifverträge der IG Metall, der DPG oder der DAG. Dadurch, dass diese Unternehmen indirekt Standards für die gesamte Branche setzen, strahlen die Tarifinhalte über die reine Tarifbindungsquote hinaus. Der Trend zu „Einzelfalllösungen“ (Firmentarifverträge oder spezifische Ergänzungsverträge) ist allerdings deutlich. Deshalb gibt es in der IG Metall eine Diskussion über Dienstleistungstarife. Auf der monetären Seite leiden die Tarifverträge darunter, dass sie für IT-Branche den aktuellen Einkommensstandards nicht gerecht werden können, weil die IT-Einkommen nach oben herauswachsen und auch IT-spezifische Entlohnungsformen (wie Vorzugsaktien, Ergebnisbeteiligungen usw.) nicht berücksichtigt sind. Daher spüren die Beschäftigten in der Regel oft nicht viel vom Tarifvertrag, es sei denn in der Arbeitszeitfrage.

In diesem Zusammenhang muss auch die Einführung der IT-Ausbildungsberufe als ein organisationspolitischer Er-

Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft hat schon längst die Industrie selbst erfasst

Michael Ehrke arbeitet beim IG-Metall Hauptvorstand im Bereich Berufsbildung. Das Interview führte für spw Dr. Uta Biermann

folg gewertet werden. Der Organisationsgrad der deutschen Gewerkschaften war schon immer gerade deshalb höher als in anderen Ländern – so meine persönliche These, weil wir Auszubildende in den Betrieben organisieren, die sogar in die Interessenvertretungsarbeit integriert werden. Diese Strukturen entstehen nun auch in den neuen Dienstleistungsbranchen. Daher sollte der Mitgliederzuwachs trotz Wertewandel in der Jugend und Spaßkultur auch bei den Auszubildenden der neuen Branchen möglich sein, denn objektive Berührungspunkte sind ausreichend vorhanden. Was 60.000 IT-Ausbildungsplätze vor diesem Hintergrund bedeuten, kann man sich leicht ausmalen. Es wächst eine neue Gruppe von Fachkräften heran, die auf anderem Wege in die IT-Branche hineinkommen als bisher und die in spätestens zwanzig Jahren bereits 40 Prozent der Beschäftigten stellen werden (ähnliches ließe sich von den Medienberufen sagen).. Die Gewerkschaften müssen also organisationspolitisch keineswegs pessimistisch in die Zukunft schauen.

spw: Unmittelbar verbunden mit neuen Aufgabenbereichen auf dem Arbeitsmarkt ist eine Neustrukturierung der Ausbildungsberufe und Ausbildungswege. Wie und wo werden Neuerungen in diesem Feld diskutiert, geplant und umgesetzt?

Ehrke: Tatsache ist, dass das duale System der Berufsausbildung dem Dienstleistungstrend hinterherhinkt. Von rund 350 Berufen sind nicht einmal ein Drittel als kaufmännische oder Dienstleistungsberufe einzuordnen. Im Beschäftigtensystem ist es umgekehrt. Zwei Drittel der ArbeitnehmerInnen arbeiten in Dienstleistungstätigkeiten, nur noch ein Drittel in der Produktion. Insoweit sind neue Berufe durchaus sinnvoll, auch wenn man sich vor Zersplitterung und zu starker Spezialisierung in der Ausbildung hüten muss, weil sie Modernität und Mobilität behindern.

Der Strukturwandel muss folglich zu Veränderungen in der Berufelandschaft führen, allerdings ohne – wie oft behauptet wird – das Berufsprinzip selbst obsolet zu machen oder das Prinzip qualifizierter Facharbeit infragezustellen – zwei Konzepte, die für die IG Metall nicht nur Besitzstand von gestern, sondern durchaus eine Zukunftsstrategie darstellen. In der Tradition einer Metallarbeitergewerkschaft

sind die Metall- und Elektroberufe immer mehr gewesen als nur eine Frage des betrieblichen Qualifikationsbedarfs. Es war und ist ein mit Emotionen besetztes Thema, es sind Ausbildungswege, die Generationen

geprägt haben – auch Generationen von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären. Deshalb ist es oft gar nicht so einfach, in der Gewerkschaft und in den Betrieben über den Berufswandel zu reden. Franz Steinkühler fragte neu einstellende Gewerkschaftssekretäre immer: „Was hast Du gelernt?“ Und dann mussten die BewerberInnen antworten: „Werkzeugmacher“. Da war er zufrieden. Als wir ihm eines Tages sagten: „Franz, es gibt keine Werkzeugmacher mehr, der Beruf heißt jetzt Zerspanungsmechaniker“, da antwortete er: „Dann habt Ihr bei der Neuordnung der Metallberufe aber schönen Mist gebaut.“ Das war natürlich Koketterie, denn er war ja jemand, der in der IG Metall Ende der 80er Jahre die Zukunftsdebatte forcierte. Der Zerspanungsmechaniker übrigens ist heute – 15 Jahre später – dermaßen ausgedünnt, dass wir ihn in der jetzt anlaufenden zweiten Neuordnungswelle für die Metallberufe gar nicht mehr aufrecht erhalten werden. Man sagt es als Metaller nicht immer gerne, aber der größte Ausbildungsberuf der M+E-Industrie ist schon seit einigen Jahren der Beruf Industriekaufmann/

Industriekauffrau, er wird von uns gemeinsam mit den Arbeitgebern derzeit neu geordnet. Auch dabei spielt das Thema Dienstleistungen eine große Rolle, denn die Industriekaufleute wurden in der Vergangenheit als reine Produktionskaufleute gesehen, während sie heute oft in Industrieunternehmen arbeiten, die gar keine Fertigung mehr haben.

Die wichtigste Neuentwicklung waren zweifellos die vier neuen IT-Ausbildungsberufe, die 1997 eingeführt wurden und bereits in den ersten drei Jahren auf ein Volumen von knapp 40.000 Ausbildungsverhältnissen angestiegen sind. Bis 2003 soll eine Kapazität von 60.000 Plätzen erreicht werden. Dann stehen auch sie als industrielle Dienstleistungsberufe neuen Typs zahlenmäßig völlig gleichwertig neben den Metall- und Elektroberufen. Früher oder später werden sie sie wahrscheinlich überflügeln, wie es jetzt schon in einigen Dienstleistungszentren wie z.B. in Frankfurt am Main der Fall ist. Dort stehen rund 800 M+E-Auszubildende neben 3.000 IT-Auszubildenden. Andere neue Dienstleistungsberufe könnten im Facility Management und in der Gebäudetechnik erforderlich werden. Dies wird zur Zeit geprüft. Auch die Medienberufe werden an Bedeutung gewinnen; derzeit entwickeln sie sich nur langsam.

Andere industrielle Bedarfe kann ich gegenwärtig nicht erkennen. Einer Inflation von neuen Berufen werden wir sicher nicht das Wort reden. Sie sind insbesondere kein Allheilmittel gegen den strukturellen Mangel an Ausbildungsplätzen, wie das Arbeitgeberfunktionäre gerne glauben machen wollen. Das hat sich in den letzten Jahren deutlich gezeigt. Denn auch der rasante Zuwachs der IT-Berufe ist gesamtwirtschaftlich betrachtet nur ein Substitutionseffekt. Gleichzeitig hat nämlich das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen weiter abgenommen. Die Ausbildungsgarantie der Arbeitgeber im Bündnis für Arbeit von 1999 ist kläglich in sich zusammengebrochen. Statt wie versprochen 16.000 Plätze mehr, gab es bisher 13.000 Plätze weniger. Eine Lösung dieses Problems wäre am ehesten von einer gesetzlichen Ausbildungsabgabe zu erwarten, wie von der SPD vor der Bundestagswahl gefordert, nach dem Regierungswechsel aber sofort auf Eis gelegt. Solange die Finanzierungsreform Tabu bleibt, wird man auch mit noch so viel neuen Berufen das Recht auf Ausbildung für alle nicht gewährleisten können.

Verzahnung beruflicher und allgemeiner Bildung

spw: In vielen neuen Berufen ist eine stärkere Verzahnung zwischen schulischer, universitärer und betrieblicher Ausbildung denkbar. Findest du solche „Gedankenspiele“ aus gewerkschaftlicher Sicht sinnvoll, treibt die IG Metall solche Planungen mit voran?

Ehrke: Für die IG Metall bleibt die Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung eines der Hauptübel unseres Bildungssystems, deshalb sind Durchlässigkeit und Chancengleichheit bei der Modernisierung des Berufesystems in der Tat ein wichtiger Aspekt. In der IT-Welt liegen die verschiedenen Ausbildungswege dichter beieinander als in der klassischen Fabrik; wer jetzt als Fachinformatiker ausgebildet wird, macht Tätigkeiten, die bisher oft von Studienabbrechern oder auch Studienabsolventen gemacht wurden. Das ist auch richtig so, denn die Informatiker sollten eigentlich auf der Entwicklerebene tätig sein. Diese Situation gibt uns bessere Möglichkeiten der Verzahnung von Ausbildung, Weiterbildung und Studium. Wir arbeiten gegenwärtig gemeinsam mit der Arbeitgeberseite und dem Bundesinstitut für Berufsbildung an einem neuen und brancheneinheitlichen System der beruflichen Weiterbildung, bei dem wir die Gleichwertigkeit von beruflicher Weiterbildung und Studium anstreben. Dazu werden wir das europäische Credit Point System der Hochschulen übernehmen, so dass

Die ganze Diskussion um den Aufbau eines Niedriglohnssektors bringt in der Industrie nichts

künftig betriebliche Weiterbildungsleistungen mit Punkten bewertet werden, die in Bachelor- und Master-Studiengängen als Studienleistungen voll eingebracht werden können. Unsere Grundforderung bleibt die Gleichstellung der dualen Berufsabschlüsse mit dem Abitur. Denn es ist nicht einzusehen, weshalb ein Industrieelektroniker nicht Elektrotechnik studieren kann, während ein Abiturient, der vom altsprachlichen Gymnasium kommt, das ohne weiteres darf. Die Praxis gibt uns recht: 70 Prozent der Studierenden an Fachhochschulen haben eine duale Berufsausbildung abgeschlossen. Aber sie kamen eben nur auf unseres Erachtens unnötigen Umwegen weiter.

spw: Wie schätzt du in diesem Zusammenhang die Bedeutung von ausländischen Experten ein, welche Rolle spielt internationaler Austausch für neue Ausbildungsstrukturen?

Positive Impulse der „Green Card“- Diskussion

Ehrke: Von unseren Hochschulen kommen bisher zu wenig Informatiker/innen. Das hat eine ganze Reihe von Gründen, die nicht nur in Fehlverhalten von Unternehmen liegen, sondern größtenteils im Bildungswesen selber. So studieren gegenwärtig in den IT-Fächern 75.000 junge Leute, aber jährlich kommen nur rund 6.000 Absolventen auf den Arbeitsmarkt. Die Abbrecherquote liegt bei schätzungsweise 50 Prozent und mehr. 1999 hatte die Arbeitsvermittlung für Fach- und Führungskräfte 16.000 Stellenangebote aber nur 1.800 BewerberInnen. Bezweifelt werden darf auch das Innovationspotential an unseren Hochschulen. Viele Studierende brechen wahrscheinlich auch deshalb ab, weil sie merken, dass das Studium sie nicht ausreichend auf den IT-Bedarf vorbereitet. Die Fachkräftelücke im Hochschulbereich lässt sich auch nur langsam schließen.

Insoweit gibt es gute Gründe für die Anwerbung ausländischer IT-Spezialisten. Gegen die Greencard ist aus dieser Sicht nichts zu sagen, zumal in der IT-Branche der internationale Austausch und multikulturelle Belegschaften eine Selbstverständlichkeit sind. Für die deutschen Ressentiments in der Zuwanderungspolitik und für die schlechte Behandlungsweise der Ausländer durch unsere Gesetze und Bürokratien hat in der IT-Branche kaum einer Verständnis. Die These „die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ ist ohnehin falsch. Ausländer machen bei uns vor allem zwei Sorten von Arbeit, nämlich solche, die Deutsche nicht machen wollen oder nicht machen können. Deshalb können wir nur dankbar sein, wenn sich tatsächlich indische Computerexperten bereit erklären, uns zu helfen. Denn jeder zusätzliche Spezialist, der anspruchsvolle Projekte sichert, zieht weitere Arbeitsplätze im Mittelbau nach sich („Huckepackeffekt“). Dass Inder als Entwicklungshelfer manchem Deutschen einen Schock versetzen, sollte uns nicht abschrecken. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das auch verstanden, deshalb war die Rüttgers – Kampagne „Kinder statt Inder“ glücklicherweise ein Flop. Sehr gut finde ich, dass durch die Greencard die Diskussion über ein Einwanderungsgesetz wieder auf die Tagesordnung gekommen ist. Das war ohnehin überfällig.

Zuwanderung ja und möglichst komfortabel und ohne Befristung. Aber natürlich nicht als Ersatz für eine Reform des eigenen Ausbildungswesens und für mehr Eigenausbildung. Das versteht sich für die IG Metall von selbst, deshalb haben wir schon 1999 im Bündnis für Arbeit eine IT-Fachkräfteoffensive vorgeschlagen und auch vereinbart. Mit einem großangelegten Aktionsprogramm werden bis 2005 insgesamt 250.000 neue Fachkräfte durch Aus- und Weiterbildung für den IT-Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Darunter werden allein 120.000 Arbeitslose sein.

spw: Die neuen Dienstleistungsberufe eröffnen Möglich-

Foto: Thomas Diller (Köln)



keiten für andere, flexiblere Arbeitszeitmodelle, das „Normalarbeitszeitverhältnis“ mit 5 Tagen die Woche 7,5 Stunden malochen verliert an Notwendigkeit. Welche Strategien hat die IG Metall, um dieses Potential für einen neuen Schub der Arbeitszeitverkürzung und damit einer gerechteren Aufteilung der bezahlten Beschäftigung zu nutzen?

Ehrke: Ich erwähnte schon die Tarifsituation in der IT-Branche. Die meisten Beschäftigten arbeiten 40 Stunden und mehr, haben aber oft kein Problem damit. Hier setzt die IG Metall-Kampagne „Arbeiten ohne Ende?“ an, die ein gutes Beispiel dafür ist, wie wir den beruflichen Leitbildern und Widersprüchen der „WissensarbeiterInnen“ versuchen gerecht zu werden, indem wir die natürlichen Grenzen einer Identifikation mit dem Job aufzeigen. IT verändert in der Tat auch die Arbeitsformen, vor allem bieten sich Möglichkeiten für standortverteilte Telearbeit und Telekooperation. Generelle Arbeitszeitverkürzung ist und bleibt in einer Wachstumsbranche ein schwieriges Thema, anders als in stagnierenden Branchen. Diese Unterschiede müssen in der Tarifpolitik beachtet werden. Sinnvoll scheint die Diskussion über Arbeitszeitkonten und über Weiterbildungszeiten. In allen neuen Dienstleistungsbereichen leben die Unternehmen ausschließlich vom Humankapital, also vom Know how ihrer MitarbeiterInnen. Deshalb sind Aus- und Weiterbildung die wichtigste Investition im Dienstleistungssektor. Fixes Kapital ist vergleichsweise unwichtig. Mir sagte ein BR-Vorsitzender eines Consulting-Unternehmens zu diesem Thema, ein IT-Unternehmen müsse heute 10 Prozent des Umsatzes in Bildung investieren, um auf Dauer bestehen zu können. Die meisten kommen kaum auf 3 Prozent. Hier ließe sich ansetzen, um über geregelte Weiterbildungszeiten für die Beschäftigten letztlich mehr Stress aus der Arbeit zu nehmen und die drei Grundkomponenten einer zukunftsorientierten Arbeitswelt: Produzieren, Lernen, Mitbestimmen in ein persönlichkeitsförderliches Verhältnis zueinander zu bringen.

spw: Vielen Dank für das Gespräch.

spw

Unsere Grundforderung bleibt die Gleichstellung der dualen Berufsabschlüsse mit dem Abitur.

Die neuen Dienstleistungsberufe und der Sozialstaat

von Thomas Ebert

Es ist üblich zwar geworden, aus dem Zukunftsbild einer neuen Dienstleistungsgesellschaft den Zusammenbruch des herkömmlichen sozialen Sicherungssystems abzuleiten. Aber es ist eine differenzierte Betrachtungsweise angebracht, denn der Begriff der „neuen Dienstleistungsberufe“ ist diffus, die empirischen Befunde sind nicht eindeutig und die Zusammenhänge zwischen den (tatsächlich oder mutmaßlich) sich ausbreitenden neuen Dienstleistungsberufen und dem sozialen Sicherungssystem sind komplex.

Was sind „neue Dienstleistungen“?

In diesem unscharfen Begriff spiegelt sich die allgemeine Erwartung, dass die neuen Arbeitsplätze, die beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft entstehen, nicht mehr in das Schema des traditionellen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses passen werden. Entscheidend ist also weniger das Neuartige der beruflichen Inhalte als vielmehr, dass sie sich dem Sozialversicherungsschutz entziehen, weil es sich teils um echte selbstständige Tätigkeit handelt, teils um zwar abhängige, aber sozial ungeschützte Arbeitnehmerbeschäftigung.

Die Empirie gibt allerdings nach den bisherigen Befunden keinen Anlass zur Dramatisierung. Jedenfalls ist die gängige These von „Ende des Normalarbeitsverhältnisses“ bei weitem überzogen. Die Zahl der sozialversicherten Arbeitsverhältnisse ist in Deutschland (alte Länder) heute nicht niedriger, sondern deutlich höher als vor 20 Jahren. Mit den Anti-Missbrauchsgesetzen der rotgrünen Bundesregierung ist, so weit die ersten Erfahrungen zeigen, die explosionsartige Ausbreitung von geringfügiger Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit gebremst. Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen ist in Deutschland nach wie vor nicht höher als knapp 4%.

Gleichwohl ist es nicht unwahrscheinlich, dass bei Fortsetzung der derzeit erkennbaren Trends die Expansion der

neuen Dienstleistungsberufe zu einem Problem für den Sozialstaat werden könnte, die diesen zwar nicht grundsätzlich in Frage stellt, aber doch neue politische Antworten erfordert.

Versuch einer Typologie der „neuen Dienstleistungen“

Die „neuen Dienstleistungen“ sind kein einheitliches Phänomen. Die auf Zeit und auf Honorarbasis für ein Unternehmen arbeitende EDV-Expertin, der Eismann-Verkauffahrer, der selbständige Konstrukteur und die aus dem Stammbetrieb „outgesourcte“ Buchhalterin, haben außer der Tatsache, dass sie nicht sozialversichert sind, wenig gemeinsam und sind nicht über einen Leisten zu schlagen.

Zur Systematisierung ist es zweckmäßig, die „neuen Dienstleistungen“ nach zwei Dimensionen zu differenzieren, nämlich nach der *Qualifikation* der Tätigkeit und nach dem Grad der *Exponiertheit gegenüber dem internationalen Wettbewerb*. Man kommt dann zu einer Typologie der „neuen Dienstleistungen“, die es erlaubt, auch die Folgeprobleme, die sich für das soziale Sicherungssystem ergeben, differenziert darzustellen:

- *Typ A: Gering qualifiziert und nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt* (einfache Dienstleistungen z.B. in Handel, Verkehr, Reinigung, Privathaushalt usw.)
- *Typ : Qualifiziert und nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt* (vor allem personenbezogene Dienstleistungen wie z.B. Lehrer, Ärzte, Anwälte, Pflegeberufe, Erzieher, Betreuer, Journalisten, Teilbereiche der Kulturdienstleistungen)
- *Typ : Qualifiziert und im internationalen Wettbewerb stehend* (vor allem hochqualifizierte produktionsorientierte Wissensdienstleistungen wie z.B. Forschung, Entwicklung, Marketing, Design, Finanzdienstleistungen, IT- Dienstleistungen, Teilbereiche der Kulturdienstleistungen).

Dies ist natürlich nur ein grobes Raster, das auch nicht beansprucht, das gesamte Feld der „neuen Dienstleistungen“ abzubilden. Selbstverständlich gibt es zwischen den einzelnen Typen auch Überschneidungen und Mischformen. So können z.B. gewisse personenbezogenen Dienstleistung auch aus dem Ausland für den inländischen Verbrauch erbracht werden und demnach dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sein, während andererseits hochqualifizierte und produktionsorientierte Wissensdienstleistungen nicht unbegrenzt globalisierbar sind, sondern in bestimmtem Umfang immer der Nähe zum inländischen Markt bedürfen.

Wechselwirkungen zwischen Ausbreitung der neuen Dienstleistungen und Sozialsystem

Generell gibt es bei den neuen Dienstleistungen zwei parallele Trends, die zum gleichen Ergebnis führen, nämlich zur Auswanderung aus dem Sozialstaat: Einerseits der *Lohnkostendruck* und das *Überangebot an Arbeitskräften* bei den gering qualifizierten Dienstleistungen, andererseits der *Innovations- und Flexibilitätsdruck* bei den hochqualifizierten Dienstleistungen. Im übrigen aber sind die Zusammenhänge zwischen den neuen Dienstleistungsberufen und dem sozialen Sicherungssystem uneinheitlich. Dabei sind drei Teilaspekte gesondert zu beachten, nämlich der *Finanzierungseffekt*, der *Sozialschutzaspekt* und der *Beschäftigungsaspekt*.

Zunächst einmal schmälert die Ausbreitung der neuen Dienstleistungen die *Finanzierungsbasis* der Sozialversicherung, wenn sie sich in der Form von Selbstständigkeit oder nicht von der Sozialversicherungspflicht erfasster abhängi-

Dipl. Volkswirt Dr. phil. Thomas Ebert, geb. 1941, war von 1973 bis 1998 Referent der SPD-Bundestagsfraktion und von November 1998 bis Mai 2000 Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, lebt in Bonn.

ger Beschäftigung vollzieht. Das ergibt sich aus der Wirkungsweise des Umlageverfahrens und des Generationenausgleichs, die in der Rentenversicherung, aber auch im erheblichen Umfang in der Krankenversicherung stattfinden: Die Verringerung der Sozialversicherungspflichtquote (d.h. des Anteils der Sozialversicherungspflichtigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen) führt zu steigenden Beitragssätzen oder zu Leistungskürzungen. Denn in den jeweiligen Leistungsansprüchen an das System spiegelt sich die (höhere) Sozialversicherungspflichtquote der Vergangenheit, während die Finanzierbasis des System durch die gegenwärtige (niedrigere) Sozialversicherungspflichtquote bestimmt ist. Erst mit der Verzögerung von einer Generation führt die Senkung der Sozialversicherungspflichtquote dann auch auf der Leistungsseite zu Entlastungen, so dass sich das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben wieder auf dem alten Stand einpendelt.

Zweitens können sich Lücken im *Sozialversicherungsschutz* der Betroffenen in den neuen Dienstleistungsberufen ergeben, wenn sie selbstständig oder in ungeschützter Beschäftigung arbeiten.

Drittens aber setzt das Sozialsystem Rahmenbedingungen, das die Ausbreitung der *Beschäftigung* in den neuen Dienstleistungen hemmen oder fördern kann. Dieser Beschäftigungseffekt umfasst wieder zwei Teilaspekte, nämlich den *Kostenaspekt* und zum anderen den *Nachfrageaspekt*. Zum einen gehen die Sozialversicherungsbeiträge in die Lohnkosten ein und sind insofern ein Faktor (natürlich neben vielen anderen), der darüber bestimmt, in welchem Umfang Dienstleistungen rentabel angeboten werden können bzw. in welchem Umfang ein Anreiz besteht, diese Dienstleistungen unter Umgehung der Sozialversicherungspflicht auf den Markt zu bringen. Zum anderen wird ein wesentlicher Teil der Dienstleistungen über die Sozialversicherung finanziert (vor allem im Gesundheitswesen) oder aber direkt vom Staat produziert (im Bildungswesen); d.h. das Sozialsystem entscheidet wesentlich über die Nachfrage an Sozialleistungen.

Wichtig ist, dass die Beziehungen zwischen Dienstleistungsexpansion und Sozialstaat zum Teil differenziert zu sehen sind, je nach dem, um welche Kategorie von neuen Dienstleistungen es sich handelt: Während unter dem Finanzierungsaspekt alle 3 Typen ähnliche Effekte hervorrufen (d.h. die Expansion nicht sozialversicherungspflichtiger Dienstleistungsberufe verschlechtert für mehrere Jahrzehnte das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben), unterscheiden sich unter den beiden anderen Aspekten (Sozialschutzaspekt und Beschäftigungsaspekt) die 3 Typen erheblich.

Geringqualifizierte Dienstleistungen (Typ A)

Unter dem *Sozialschutzaspekt* ist klar, dass empfindliche Lücken im Sozialversicherungsschutz auftreten, die auf lange Sicht die öffentlichen Kassen durch zusätzliche Sozialhilfeausgaben belasten, wenn sich gering qualifizierte Dienstleistungen in Form von nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ausbreiten. Die neue rotgrüne Regierungskoalition hat versucht, dem durch die Neuregelung der Geringfügigkeitsgrenze einen Regel vorzuschieben; ob dies Erfolg hatte, wird sich erst weisen müssen.

Unter dem *Beschäftigungsaspekt* ist die Beurteilung bei den geringqualifizierten Dienstleistungen nicht so eindeutig. Es ist klar, dass die Sozialversicherungsbeiträge wegen der geringen Produktivität hier als gewichtiger Lohnkostenbestandteil besonders ins Gewicht fallen. Obwohl es kaum internationalen Wettbewerbsdruck gibt, sind die

Foto: Thomas Diller (Köln)



Lohnkosten nur schwer auf die Verbraucher abzuwälzen, denn die Nachfrage ist besonders preisempfindlich, weil gering qualifizierte Dienstleistungen der Konkurrenz von Schwarzarbeit und Eigenarbeit ausgesetzt sind. Daher kann bei den einfachen Dienstleistungen der Versuch, Lücken im Sozialschutz und negative Folgen für die Finanzierung der Sozialversicherung zu vermeiden, in Konflikt mit beschäftigungspolitischen Zielen geraten. Ob diese Grenze mit den Gesetzen des Jahres 1999 zur Geringfügigkeit und Scheinselbstständigkeit bereits erreicht oder überschritten worden ist, wird erst die Erfahrung zeigen.

Qualifizierte personenbezogene Dienstleistungen (Typ B)

Qualifizierten personenbezogene Dienstleistungen sind natürlich nicht neu, aber im Zusammenhang mit dem Wandel der Arbeitswelt von besonderem Interesse, weil hier ein besonderes dynamisches Entwicklungspotenzial für die künftige Dienstleistungsgesellschaft liegt. Es ist z.B. zu vermuten, dass in den Bereichen Gesundheit und Bildung tendenziell ein allmählich immer größer werdender Anteil des Sozialprodukts verwendet werden wird und auch verwendet werden muss.

Unter dem *Beschäftigungsaspekt* weisen die qualifizierten personenbezogenen Dienstleistungen zwei Besonderheiten auf: Zum einen ist die Nachfrage längst nicht so preisreagibel wie bei den einfachen Dienstleistungen, weil es keine Konkurrenz von Eigenarbeit gibt und es sich zum Teil auch –z.B. bei Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen – um superiore Güter handelt, die auch dann nachgefragt werden, wenn dafür Einschränkungen an anderer Stelle notwendig sind. Weil die Arbeitskosten leichter in den Preisen weiter gegeben werden können, spielen auch die Lohnnebenkosten durch etwaige Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber bei diesem Typ von Dienstleistung nicht eine so gravierende Rolle wie bei den gering qualifizierten Dienstleistungen.

Noch wichtiger ist, dass ein großer Teil dieser Dienstleistungen nur mit Hilfe der Sozialversicherung oder anderer staatlicher Institutionen nachgefragt werden kann (z.B. im Gesundheits-, Bildungs- oder Kulturbereich). Der Sozialstaat schafft also die Nachfragebedingungen für diesen Sektor, und der Trend zum Rückbau des Sozialstaates wirkt

Bei einfachen Dienstleistungen kann der Versuch, Lücken im Sozialschutz zu vermeiden in Konflikt mit beschäftigungspolitischen Zielen geraten.

hier tendenziell als Expansionshemmnis für neue Tätigkeitsfelder.

Deshalb stellt sich hier der Zusammenhang zwischen der neuen Dienstleistungsgesellschaft und dem sozialen Sicherungssystem ganz anders als bei den gering qualifizierten Dienstleistungen. Während bei den einfachen Dienstleistungen eine negative Korrelation von Sozialstaat und Beschäftigung immerhin ernsthaft zu diskutieren ist, ist bei den personenbezogenen qualifizierten Dienstleistungen die Korrelation eher positiv.

Unter dem *Sozialschutzaspekt* ist die Situation bei den qualifizierten personenbezogenen Dienstleistungen wie bei den Niedriglohndienstleistungen: Auch hier gibt es einen Trend zur Selbstständigkeit, vor allem im Kultur- und Medienbereich, aber auch bei nichtärztlichen Gesundheitsberufen. Zumindest teilweise liegen die Ursachen in der Sparpolitik der öffentlichen Hand und in der Verschärfung

des Wettbewerbs im Medien-sektor. Allerdings sind die nachteiligen Folgen des Trends zur Selbstständigkeit für die soziale Sicherung der betroffenen Erwerbstätigen nicht ganz so eindeutig wie bei den einfachen Dienstleistungen, weil es sich zum Teil um klassische freie Berufe mit berufsständi-

schen Sicherungssystemen handelt und weil im Übrigen wegen der höheren Einkommen die private Vorsorgefähigkeit höher ist.

Hochqualifizierte Wissensdienstleistungen (Typ C)

Hier kann man wirklich von etwas Neuem sprechen, zwar nicht eigentlich dem Prinzip nach, aber im quantitativen Gewicht, das einem Qualitätssprung gleich kommt. Die dynamische Entwicklung dieses Sektors ergibt sich aus einer Reihe von Trends, wie z.B. aus der wachsenden Differenzierung und Flexibilisierung der Produktion, aus dem beschleunigten Innovationstempo, aus der Anwendung der neuen Informationstechniken, aus der Verschärfung des Wettbewerbs, aus der Liberalisierung der Finanzmärkte usw..

Die Besonderheiten dieser Dienstleistungen liegt darin, dass sie unter dem Druck ständig sich beschleunigender Innovationen von den Einzelnen ein hohes Maß an Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Flexibilität verlangen. Dazu kommt noch, dass sie der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind, d.h. in erheblichem Umfang auch

vom Ausland aus erbracht und ins Ausland verlagert werden können. Damit sprengen die hochqualifizierten Wissensdienstleistungen tendenziell den Rahmen des abhängigen Arbeitsverhältnisses. Weisungsgebundenheit, Einordnung in Hierarchien und standardisierte Betriebsabläufe, unbefristete feste Anstellung und geregelte Arbeitszeit passen nicht in diese Arbeitslandschaft. Weder von den beruflichen Anforderungen her noch von der mentalen Befindlichkeit der betreffenden Erwerbstätigen lassen sich diese Dienstleistung, so könnte man zugespitzt sagen, auf Dauer noch im Rahmen des herkömmlichen Arbeitsverhältnisses und seines sozial- und arbeitsrechtlichen Regimes organisieren. Es ist jedenfalls zu prognostizieren, dass umso mehr mit einer Erosion der Sozialversicherungspflicht zu rechnen ist, je mehr dieser Sektor gesamtwirtschaftlich an Bedeutung gewinnen wird.

Die *Finanzierungseffekte* für die Sozialversicherung sind nicht anders als bei den beiden zuvor besprochenen Typen von Dienstleistungen. Unter dem Aspekt der möglichen *Sicherungsdefizite* ist jedoch eine etwas andere Betrachtungsweise angebracht, denn man kann angesichts der in diesem Sektor erzielten hohen Einkommen in aller Regel von ausreichender Fähigkeit und wohl auch Bereitschaft zu individueller Vorsorge ausgehen.

Was den *Beschäftigungsaspekt* betrifft, so ist die Frage, ob die Dienstleistungen dieses Typs mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet werden oder nicht, unter dem Kostenaspekt angesichts der hohen Wertschöpfung in der Regel unerheblich. Die Hypothese, dass eine Sozialversicherungspflicht allein schon deshalb kontraproduktiv sei, weil sie als unangemessene Gängelung und Bürokratisierung empfunden würde, mag nicht völlig aus der Luft gegriffen sein, ist aber schwerlich zu belegen.

Gemeinsamkeiten und Differenzen – Schlussfolgerungen

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, dass die Zusammenhänge zwischen der Expansion der Dienstleistung und dem sozialen Sicherungssystem komplex sind. Die folgende Übersicht fasst die verschiedenen Aspekte noch einmal – selbstverständlich stark vereinfacht – zusammen:

- Typ A: Gering qualifizierte einfache Dienstleistungen
- Typ B: Qualifizierte personenbezogene Dienstleistungen
- Typ C: Hochqualifizierte produktionsorientierte Wissensdienstleistungen

Angesichts der Vielgestaltigkeit der Phänomene ist eine konsistente politische Antwort schwierig, und es besteht die Gefahr, dass Maßnahmen, die für den einen Sektor sinnvoll sind, in einem anderen ungewollt kontraproduktive Wirkungen haben können.

Zusammenfassend müssten die politischen Überlegungen in folgende Richtung gehen:

1. Auch wenn man eine weitgehende Expansion neuer Dienstleistungsberufe erwartet, ist dies *kein Anlass*, das System der sozialen Sicherung generell in Frage zu stellen, weder in seiner Grundstruktur, noch in seinem Leistungsniveau. Allerdings sind einige wichtige Korrekturen notwendig.
2. Sinnvoll und notwendig ist die *Einbeziehung aller Selbstständigen in die Sozialversicherung*, besonders in die Rentenversicherung, um der Erosion der Finanzbasis vorzubeugen. Über die politischen Schwierigkeiten dieses Projektes sollte es nach den Erfahrungen mit dem Gesetz zur Scheinselbstständigkeit keine Illusionen mehr geben. Es empfehlen sich lange Übergangsfristen, d.h. es sollten

Qualifizierte personenbezogene Dienstleistungen haben ein besonders dynamisches Entwicklungspotenzial für die künftige Dienstleistungsgesellschaft.

	Typ A: Gering qualifizierte einfache Dienstleistungen	Typ B: Qualifizierte personenbezogene Dienstleistungen	Typ C: Hochqualifizierte produktionsorientierte Wissensdienstleistungen
Finanzierungseffekt	Negative Wirkung für Finanzierung der SV		
Sozialschutzaspekt	Sicherungsdefizite mit Sicherheit zu erwarten	Sicherungsdefizite teilweise möglich	Sicherungsdefizite unwahrscheinlich wegen ausreichender Eigenvorsorgefähigkeit
Beschäftigungsaspekt (Zusammenhang zwischen Sozialsystem und Entwicklung der Dienstleistungen)	Eher negativer Zusammenhang: SV-Pflicht hemmt tendenziell die Beschäftigung (wegen der Belastung mit Lohnnebenkosten)	Eher positiver Zusammenhang: Dienstleistungen werden zum Teil aus dem Sozialsystem finanziert	Kein eindeutiger Zusammenhang: SV-Pflicht kostenmäßig unerheblich, trifft aber auf starke mentale Ablehnung

nur Selbständige pflichtversichert werden, die beim Inkrafttreten der Reform unter 30 Jahre alt sind. Das ist auch zweckmäßig, damit die finanziellen Überschüssen, die in der Aufbauphase der Pflichtversicherung der Selbständigen zwangsläufig entstehen, zeitlich gestreckt und auf eine längere Periode verteilt werden; auf diese Weise reicht die damit erzielbare Entlastungswirkung über den Höhepunkt der demografischen Belastung hinaus.

3. Wenn die Dienstleistungsberufe, gleich in welchem der aufgezeigten Varianten, weiter expandieren, dann werden größere Diskontinuitäten in den Erwerbsbiographien entstehen. Die richtige Antwort darauf ist der Einbau einer ergänzenden steuerfinanzierten und bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung in das Sozialversicherungssystem.

4. Die öffentliche und soziale Subventionierung gering qualifizierter Dienstleistungen sollte auf der politischen Tagesordnung bleiben. Ob dabei generelle Einkommenshilfen, Subventionierung von Sozialversicherungsbeiträgen

oder gezielte und selektive Programme für spezielle Personengruppen oder Tätigkeitsfelder (z.B. Haushaltsdienstleistungen) vorzuziehen sind, kann hier nicht erörtert werden.

5. Der Zusammenhang zwischen der Entwicklung qualifizierter personenbezogener Dienstleistung (Typ B in der obigen Klassifikation) und dem Sozialsystem sollte stärker berücksichtigt werden. Es liegt auf der Hand, dass eine permanente Kostendämpfungs- und Sparpolitik im Gesundheits- und Bildungswesen arbeitsmarkt- und strukturpolitisch verfehlt sein muss. Andererseits kann ein expandierendes Gesundheits- und Bildungswesen auf die Dauer nicht ausschließlich über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern finanziert werden, weil zusätzlicher Abgabenbelastungen nur begrenzt durchgesetzt werden können. Für die Zukunft der Dienstleistungsgesellschaft wird es deshalb entscheidend sein, ob es gelingt, eine sozial verträgliche Form der öffentlich-privaten Mischfinanzierung gefunden wird.

spw

1. Auf dem Weg in die Dienstleistungsgesellschaft – sind wir denn immer noch nicht da?

Das sich Industriegesellschaften heute zu Dienstleistungsgesellschaften wandeln, dies klingt nicht gerade wie eine neue Botschaft. Hält man sich an die Zahlen, so kommt man zu dem Ergebnis, dass dieser Wandel sich selbst in Deutschland – dem Land mit der oft beklagten „Dienstleistungslücke“ – bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vollzogen hat. Schon damals hatte der Anteil der statistisch erfassten Beschäftigten, die im Dienstleistungssektor tätig waren, die Schwelle zu einer absoluten Mehrheit von 50 % aller Arbeitnehmer überschritten.

Aber mit dem Begriff der Dienstleistungsgesellschaft war immer mehr gemeint, als nur eine quantitative Größe. An ihn knüpfen sich, seit Jean Fourastié vor mehr als fünfzig Jahren die Dienstleistungen als die „Große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete, vielfältige Erwartungen im Hinblick auf Veränderungen der Arbeitsorganisation, ja der gesellschaftlichen Organisation überhaupt. Heute mischen sich neue Motive hinein: Das deutsche Modell wird von vielen als überholungsbedürftig bezeichnet und die Dienstleistungen sollen als Kronzeuge für eine „Modernisierung“ herhalten, die keineswegs nur Hoffnungen weckt. Ob erhofft oder befürchtet – eine strukturell neue „Dienstleistungsgesellschaft“ ist bisher jedenfalls noch kaum festzustellen, sondern vielmehr ein erstaunlich langes Überdauern „industrialistischer“ Strukturen. Deren Transformation ist noch lange nicht abgeschlossen; einige entscheidende Triebkräfte der Entwicklung kommen jetzt erst richtig zur Wirkung.

2. Motoren der Entwicklung

1. *Der soziale Wandel läßt den Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen steigen.* Der Anteil der über 60jährigen wird im Jahre 2030 auf über 30 % zunehmen; die individuelle Altersphase hat sich etwa durch medizinische Fortschritte oder durch die Vorverlegung des Eintritts in den Ruhestand erheblich verlängert. Das familiäre Unterstützungspotential allerdings nimmt ab. Zukünftig werden darum zunehmend solche Dienstleistungen gefragt sein, die die selbständige Lebensführung der Senioren stärken und verlängern können.

Neue Bedürfnisse – neue Dienstleistungen – neue Arbeit?

Steht uns die Dienstleistungsgesellschaft erst noch bevor?

von Lothar Beyer, Josef Hilbert, Brigitte Micheel*

Im Wandel der Familienstrukturen und Geschlechterrollen wird Dienstleistungsarbeit heute zunehmend professionell erbracht, während sie traditionell von Frauen in Eigenarbeit geleistet wurde. Es findet ein „Outsourcing“ von Haushaltstätigkeiten infolge einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit statt, das Arbeitsplätze schafft.

2. *Viele Produkte lassen sich nur noch im Paket mit (anderen) Dienstleistungen absetzen:* Sach- und Dienstleistungen wachsen immer weiter zu einem komplexen Produkt mit einem „systemischen Nutzwert“ für den Kunden zusammen. Dieser Trend setzt sich fort. Mittlerweile werden auch bislang separat erbrachte Dienstleistungen zu ganz neuen Dienstleistungsbündeln zusammengefasst, und die sich daraus ergebenden Potentiale sind bei weitem nicht ausgeschöpft.

3. *Neue Techniken und Organisationskonzepte ermöglichen bessere, aber auch neue Dienstleistungsangebote:* Lange Zeit galten Dienstleistungen als kaum rationalisierbar. Heute zeigt sich, dass neue (IuK-) Techniken, zusammen mit der Anwendung neuer Organisations- und Managementkonzepte dazu beitragen können, die Wertschöpfungsketten vieler (Dienstleistungs-) Branchen

Lothar Beyer, Josef Hilbert und Brigitte Micheel arbeiten im Institut „Arbeit und Technik“ in Gelsenkirchen



grundlegend neu zu gestalten. Dies eröffnet Chancen, vorhandene Dienstleistungen billiger und besser anzubieten und innovative Dienstleistungsangebote zu entwickeln und umzusetzen.

4. *Konkurrenz belebt das Geschäft:* Der Abbau von Wettbewerbschranken schafft auch neue Marktpotentiale. Aus dem Post- und Fernmeldewesen etwa entstanden in den letzten Jahren die Branchen Telekommunikation und Logistik. Vergleichbare Entwicklungen werden vermutlich in den kommenden Jahren auch im Gesundheits- und Sozialwesen stattfinden, denn die geänderten Rahmenbedingungen fordern die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen im Sinne einer verbesserten Kundenorientierung heraus.

5. *Öffentliche Dienstleistungen geraten unter Kosten- und Qualitätsdruck:* Wichtige Teilbereiche der Dienstleistungen, wie etwa Gesundheit und Soziales, sind bislang in sehr starkem Maße von staatlichen Mitteln oder den Sozialversicherungen abhängig und von den Ressourcenkrisen dieser Systeme betroffen. Viele Nachfrager bewerten diese öffentliche Infrastruktur heute als unzureichend und wenden sich an private Anbieter.

3. Gesundheit und Soziales: ein Wachstumsfeld der Zukunft

Wenngleich die erregten politischen Diskussionen über die Gesundheitsreform den Eindruck vermitteln, dass in Zukunft mit Einschränkungen des Leistungsangebots zu rechnen ist, geht dennoch die überwiegende Mehrheit der Wirtschaft-, Sozial- und Gesundheitsforscher davon aus, dass das Gesundheits- und Sozialwesen in den nächsten Dekaden in beachtlicher Größenordnung weiter wachsen kann. Dabei ist es durchaus möglich, dass in dieser Branche, in der heute rund vier Millionen Menschen arbeiten, im Jahre 2015 mehr als fünf Millionen Beschäftigte tätig sein werden. Das Ausschöpfen dieses Potentials ist aber an eine Reihe von Erfolgsbedingungen geknüpft:

- Der steigende Bedarf nach Sozial- und Gesundheitsdiensten läßt sich nur dann in marktfähige Angebote umsetzen, wenn die Bedürfnisse der Verbraucher ernst genommen werden. Bessere und neue Angebote müssen darum kundenorientiert gestaltet sein. Nicht Massenproduktion, sondern maßgeschneiderte Dienstleistungsbündel sind gefragt.

Der soziale Wandel läßt den Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen steigen.

- Dazu wird ein neuer Branchenmix benötigt. Erfolgversprechende Suchfelder sind vor allem die Schnittstellen zwischen den Branchen Gesundheit und Soziales selbst sowie die Grenzbereiche Freizeit, Sport, Ernährung, Wohnen und Kommunikation. In immer mehr Nachbarbranchen wird schon heute versucht, die eigenen Dienstleistungen um Gesundheitskompetenzen zu erweitern (z. B. Gesundheitstourismus). Es entstehen so neue integrierte Angebote für mehr Lebensqualität, die den bisherigen Gesundheits- und Sozialdienstleistern interessante Innovations-, Diversifizierungs- und damit Beschäftigungschancen bieten.

- Der Staat allein ist auf Dauer nicht mehr in der Lage, den wachsenden Ansprüchen an Dienstleistungen für Gesundheit und Lebensqualität gerecht zu werden. Für viele Menschen haben diese Bedürfnisfelder aber eine so hohe Bedeutung, dass sie in wachsendem Maße offen dafür sind, für qualitativ anspruchsvolle und klar zurechenbare Leistungen mehr als bisher zu investieren – sei es im Rahmen transparenterer oder ergänzter Sozialversicherungskonstruktionen oder sogar aus der privaten Tasche. Erforderlich ist darum ein neuer Wohlfahrtsmix, der den Kunden auch differenzierte und an die persönlichen Lebensumstände anpassungsfähige Finanzierungsmöglichkeiten anbietet.

Eine solche Öffnung des Gesundheits- und Sozialwesens für den privaten Markt birgt allerdings die Gefahr, dass medizinisch-technische Fortschritte oder gar die schon heute vorhandenen medizinischen Leistungen nicht mehr allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zugute kommen werden. Um in Zukunft nicht große Teile der Bevölkerung von einer anspruchsvollen Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen auszuschließen, muss die Politik dafür sorgen, Mindestansprüche für eine medizinische Grundversorgung zu formulieren und durchzusetzen.

4 Konsequenzen für die Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft

Die Wirtschaft verändert sich von der Industrie- hin zur Dienstleistungswirtschaft, und die Einheitlichkeit der Fabrikorganisation der Industriegesellschaft löst sich im Zuge dieser Entwicklung zunehmend auf: Anfang der 70er Jahre kamen auf einen Nicht-Normbeschäftigten noch fünf Arbeitnehmer im Normalarbeitsverhältnis (unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit durchschnittlichem Einkommen); Mitte der 90er Jahre betrug dieses Verhältnis, mit weiter abnehmender Tendenz, nur noch eins zu zwei. In großen Teilbereichen des Dienstleistungssektors – etwa bei vielen personenbezogenen Diensten – können wir schon heute eine erhebliche Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen, wie geringfügiger Beschäftigung und zeitlicher Befristung, vor allem für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer feststellen. Gleichzeitig liegt das Einkommen in diesen Branchen unter dem Durchschnitt. Eine Politik der Lohnspreizung könnte dieser Entwicklung weiteren Auftrieb geben. Darüber hinaus gibt es Formen von Arbeit, die zwar in bescheidenem Maße materiell entlohnt werden, aber nicht als Arbeitsverhältnis zählen (u. a. Zivildienst und zu Hause pflegende Angehörige). Durch neue Wege der Unterstützung und Aufwertung unentgeltlich erbrachter Leistungen im Haushalts-, Sozial-, Kultur- und Umweltbereich werden zusätzliche Alternativen zur Erwerbsarbeit geschaffen. In einigen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes – wie etwa bei den Neuen Medien – erleben „neue Selbständige“ einen Boom.

Das Aufkommen dieser unkonventionellen Arbeitsformen bedeutet keineswegs ein „Ende der Arbeitsgesell-

schaft“, wie es manche vorschnell prophezeit haben. In den Diskussionen über die Zukunft der Arbeit sind es aber insbesondere diese Abweichungen vom Normalstandard eines Arbeitsverhältnisses, die Aufmerksamkeit erregen, sei es, weil sie den Arbeitsmarkt entlasten und Dienstleistungsbedarfe der Menschen abdecken, sei es, weil hier neue Probleme für die soziale Sicherheit entstehen können.

Sicherlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass etwa das Internet hochqualifizierten Personen vielfältige neue Chancen bietet, dass einfache Dienstleistungen von einer Verbilligung der Arbeit durch eine Reduzierung von Lohnnebenkosten profitieren können und dass auch in Zukunft Eigenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt für die Integration des gesellschaftlichen Zusammenlebens eine entscheidende Rolle spielen werden. Wer sich jedoch nur auf diese Entwicklungen und Perspektiven fixiert, die derzeit in der öffentlichen Diskussion stark betont werden, vernachlässigt wesentliche Chancen: Erfolgversprechender erscheinen solche Strategien, die auf Qualitätssteigerungen, Kostensenkungen und Professionalisierung in der Dienstleistungsarbeit setzen. Erforderlich ist darum eine Dienstleistungspolitik, die dazu beiträgt, Wachstumspotentiale im Dienstleistungssektor zu aktivieren. In den letzten Jahren sind z. B. Konzepte entwickelt worden, wie die Produktivität und Innovationsfähigkeit einzelner Branchen im Dienstleistungssektor erhöht werden können. Im Bereich der Medizinwirtschaft etwa sind Erfolge bereits erkennbar. Für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft bleibt zu hoffen, dass die in mehreren Regionen begonnenen Initiativen bald erfolgreich durchstarten werden.

Die Kritik am Sozialstaat arbeitet vorzugsweise mit dem Klischee, hier handelte es sich im wesentlichen um eine gigantische Geldumverteilungsmaschine, in die zwangsweise erbrachte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge eingefüllt würden, um nach kompliziertem Verfahren als Einkommensersatzleistung wieder ausgeschüttet zu werden. Dabei verbliebe viel Geld im Wasserkopf eines vormundschaftlichen Systems, das längst nicht mehr in die Zeit mündiger Bürgerinnen und Bürger passte.

Dieser Blick auf den Sozialstaat, meist mit allerhand Zahlen illustriert, zwingt zur Konzentration auf die Finanzierungsfrage und die Frage individuellen Mißbrauchs sozialer Transferleistungen. Auch wenn diese Sichtweise nicht in Bausch und Bogen von der Hand gewiesen werden kann – denn wer kennt nicht Fälle von Ressourcenverschwendung beispielsweise im Gesundheitswesen, wer wüßte nicht von vormundschaftlichem Verhalten sozialstaatlicher Einrichtungen oder wer weiß nicht vom Sozialleistungsmissbrauch Einzelner – trägt sie dazu bei, den Blick auf die Komplexität des Sozialstaates zu verengen.

So richtig es ist, Einnahme- und Ausgabeseiten korrekt zu analysieren und darzustellen, so falsch ist es, die Diskussion zur Zukunft des Sozialstaates auf diese Frage zu beschränken. Der Sozialstaat ist weit mehr als eine Transferverteilungsmaschine. Zunächst einmal sichert er mit Einkommensersatzleistungen die großen Risiken des Lebens ab, hilft große individuelle und kollektive Notlagen zu vermeiden und befriedet darüber Gesellschaft und Politik.

Des weiteren konkretisiert sich der Sozialstaat in wachsendem Maße in der Erbringung sozialer Dienstleistungen, die die Lebensverhältnisse der Einzelnen durch konkrete Hilfestellungen (Pflege, Beratung etc.) verbessern helfen und dabei u. a. auch versuchen, das Geschlechterverhältnis

In diesem Zusammenhang muss gerade die Bildungs- und hier insbesondere die Berufsbildungspolitik – zu einem der wichtigsten Teilbereiche der Dienstleistungspolitik ausgebaut werden: Nicht erst seit heute ist es notwendig für sehr viele wachstumsträchtige Bereiche des Dienstleistungssektors (Sport, Freizeit, Sicherheit, Gesundheit und Soziales) neue Berufsbilder zu entwickeln und sie flexibel – auch in Form des berufsbegleitenden Lernens – in der Praxis zu implementieren.

Nur so können die Versäumnisse der letzten Jahre zügig korrigiert werden. Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Ministerien fühlten sich lange Zeit nicht zuständig, und die Berufsbildungsforschung wirkte eher orientierungslos. Die erforderliche Modernisierung innerhalb der bisherigen institutionellen Strukturen zu bewirken, bereitet aber einige Schwierigkeiten, da – nicht nur – das Berufsbildungswesen noch sehr stark durch die Bedingungen und Bedürfnisse der Industrie geprägt ist.

Die Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen wurde für den Dienstleistungssektor – der zu lange nur als eine Restgröße in der Gesamtwirtschaft betrachtet wurde – systematisch vernachlässigt. Erforderlich ist es darum auch hier, die „industrialistischen“ Strukturen endlich abzulösen und durch leistungsfähige neue Institutionen für die Dienstleistungsgesellschaft zu ersetzen.

spw

Das Gesundheits- und Sozialwesen kann in den nächsten Dekaden in beachtlicher Größenordnung weiter wachsen.

Sozialstaat, soziale Dienstleistungen und ihre Qualität

Sozialmanagement professionalisieren

von Dr. Hildegard Kaluza und Dirk Meyer

emanzipatorisch auszurichten (Betreuungseinrichtungen für Kinder, Beratungsstellen etc.).

An diese sozialen Dienstleistungen werden deutlich mehr Anforderungen gestellt als die Frage ihrer Finanzierung, vielmehr geht es nicht zuletzt auch um ihre Qualität, die Zufriedenheit ihrer Nutzerinnen und Nutzer und ihre Wirksamkeit etc.

Dieser Tatsache muß die Sozialstaatsdiskussion verstärkt Rechnung tragen – und sich damit zusammenhängend auch auf die Frage konzentrieren, von welchem Profil und welcher Qualität die Dienstleistungen sind bzw. künftig sein sollten.

Dr. Hildegard Kaluza ist Gruppenleiterin im Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW; Dirk Meyer, Historiker, ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Bünde

Zahlen und Fakten

Wie sehen die quantitativen Dimensionen der sozialen Dienstleistungen aus?

Zu den großen Aggregaten des Sozialstaates in Deutschland gehören die Arbeitslosen-, die Gesetzliche Renten-, die Gesetzliche Kranken-, die Unfall- und die Pflegeversicherung. Nahezu zwei Drittel des Sozialbudgets Deutschlands, das 1997 rund 1,25 Milliarden DM umfaßte, entfällt auf die Sozialversicherungen.

In zwei dieser umlagefinanzierten Typen dominieren soziale Dienstleistungen anstelle von Transferzahlungen: In der Pflege- und in der Gesetzlichen Krankenversicherung erbringen qualifizierte Fachkräfte soziale Dienste für kranke und/oder pflegebedürftige Menschen.

Beide Bereiche vereinen rund ein Drittel der Gesamtmittel der sozialen Sicherungssysteme auf sich. Eine Dienstleistungsorientierung haben ferner die Mittel für berufliche Qualifizierung und Beschäftigungssicherung aus dem Spektrum der Arbeitslosenversicherung, sowie Leistungen der Renten- und Unfallversicherungsträger für Rehabilitationsmaßnahmen.

Neben den Sozialversicherungen müssen weitere sozial- und gesellschaftspolitisch zentrale Bereiche vom Grundsatz her in die Betrachtung miteinbezogen werden. Dazu gehören etwa die Institutionen der Kinderbetreuung, eine flächendeckende Beratungsinfrastruktur, Frauenhäuser, Hospize oder Einrichtungen der Selbsthilfe. Miteinbezogen werden müßten eigentlich auch die Schulen und Hochschulen, wie das etwa in Großbritannien geschieht, schließlich gehören sie zum Fundament des Wohlfahrtsstaates.

Die quantitative Bedeutung der dienstleistungsorientierten zweiten Seite des Sozialstaats wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur unterschiedlich bewertet. Während Bäcker, Bispinck, Hofemann und Naeglele in ihrem Standardwerk „Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland“ von einem Anteil von 20% ausgehen, kommen andere Autoren wie z.B. Blanke

zum Ergebnis, dass dieser Sektor unter Berücksichtigung auch freiwilliger Landes- und kommunaler Aktivitäten bereits

50% aller sozialstaatlichen Leistungen ausmache. Unabhängig von der quantitativen Einschätzung ist festzustellen, dass es sich um einen dynamisch wachsenden Bereich handelt, der in der sozialwissenschaftlichen Debatte bisher unterbelichtet blieb.

Dies mag damit zusammenhängen, dass die institutionelle Zuständigkeit für die Ausgestaltung und Finanzierung sozialstaatlicher Dienstleistungen im wesentlichen auf Länder- und kommunaler Ebene angesiedelt ist, die – im Rahmen von z.T. relativ offener bundesstaatlicher gesetzlicher Regelungen – den jeweiligen Angeboten ihren spezifischen Stempel aufdrücken. Entstanden ist eine bunte Landschaft sozialer Dienstleistungsangebote, die keiner einheitlichen nationalen Steuerung und Bewertung unterliegen. Demgegenüber sind die monetären Transferleistungen im Sozialversicherungsrecht und im BSHG einheitlich geregelt und Gegenstand einer geschlossenen nationalen Debatte.

Ursachen

Der Zuwachs sozialer Dienstleistungen, der sich zu großen Teilen in den letzten 20 Jahren vollzogen hat, geht auf viele Ursachen zurück:

- Das insgesamt gestiegene Volkseinkommen hat den Ausbau des Sozialstaates begünstigt.

- Der medizinische Fortschritt hat zum rasanten Ausbau des Gesundheitswesens beigetragen.
- Der demographische Wandel und die großen Erfolge in der Medizin haben den Bedarf an Pflegedienstleistungen ansteigen lassen – und werden ihn weiter steigen lassen.
- Das Geschlechterverhältnis hat sich verändert. Dazu beigetragen hat die Frauenbewegung der 70er und 80er Jahre ebenso wie der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit im Gefolge der Bildungsrevolution. Damit ist die Notwendigkeit gewachsen, soziale Dienste zu professionalisieren, das heißt zu verberuflichen, die bis dato weitgehend informell von Frauen erbracht worden sind. Dazu zählt in besonderer Weise die Frage der Kinderbetreuung, zunehmend mehr aber auch die Frage der Betreuung pflegebedürftiger Älterer. Diese Herausforderung gewinnt noch an Schärfe, wenn man die Pluralisierung der Familienstrukturen in einer kontinuierlich älter werdenden Gesellschaft mitbedenkt.

Neben den familiären Strukturen haben auch Nachbarschaften und klassische Milieus einen rasanten Wandel bis hin zu ihrer Auflösung erfahren. Verlässliche soziale Netze sind somit brüchiger geworden.

Die Standards an öffentliche Dienstleistungen sind in den letzten Jahrzehnten gestiegen, etwa wenn man an die Versorgung in den Krankenhäusern oder an den fundamentalen Wandel der Psychiatrie hin zu wohnortnahen, ambulanten und emanzipatorisch ausgerichteten Konzepten denkt.

Von der Stärke zur Schwäche

Der Ausbau des Sozialstaates – und damit seiner Dienstleistungen – war lange Zeit ökonomisch funktional und damit auch politisch quer durch alle Lager gewünscht. Nicht umsonst war die Große Koalition in der Sozialpolitik geradezu sprichwörtlich. Diese Stärke der Sozialpolitik resultierte vor allem aus der Tatsache, dass sie unmittelbar im Wirtschaftsleben selbst verankert war – und ergo vor allem denjenigen nützte, die als Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben stehen. Brüchig ist die Koalition dort geworden, wo es um Menschen geht, die nicht oder nicht mehr im Arbeitsleben stehen, wie Behinderte, Ältere, Pflegebedürftige, Kinder etc.

Spätestens die Diskussion um die Einführung und vor allem Finanzierung der Pflegeversicherung hat dies deutlich gemacht. Die Abschaffung eines gesetzlichen Feiertages zu ihrer Finanzierung stellte insofern einen historischen Einschnitt dar, als es ein erster Schritt raus aus der paritätischen Lastenverteilung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern war.

Die aktuellen Rentenreformpläne knüpfen hier an und heben die Parität erstmals auch bei einer bestehenden Sozialversicherung zuungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf. Die Sicherung einer erwerbsorientierten Rente wird, so ist zu befürchten, tendenziell zu einem In-sich-Geschäft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen, die überdies schon heute als Lohnsteuerzahler staatliche Leistungen zu weiten Teilen allein tragen und künftig noch mehr an der alleinigen Finanzierung der Sozialabgaben und Sozialleistungen beteiligt werden sollen.

Dass der schleichende Ausstieg der Arbeitgeber aus dem Sozialstaat von der Sozialdemokratie exekutiert wird, kann als Treppenwitz der Geschichte abgebucht werden – oder als Bestätigung von Thesen, die manche in der Linken allzu früh zu den Akten gelegt haben.

Diese Entwicklung wird die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter belasten, da der Bedarf an sozialen Dienstleistungen noch wachsen wird:

Der Sozialstaat ist weit mehr als eine
Transferverteilungsmaschine.

- Im Gesundheitswesen schreitet der medizinische Fortschritt voran.
- Der demographische Wandel steht erst am Anfang, und es ist noch nicht ausgemacht, ob etwa durch Multimorbidität der Bedarf nicht nur an Pflege- sondern auch an Gesundheitsdienstleistungen wachsen wird.
- Gleichzeitig verlangt die Veränderung der Familienstrukturen gerade auch im Alter nach neuen Dienstleistungen, die ehemals „naturwüchsig“ hergestellte soziale Netze ersetzen können.
- Das Geschlechterverhältnis wird sich weiter wandeln, damit wächst der Bedarf nach stabilen und kalkulierbaren Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Eine hochindustrialisierte Gesellschaft wie die unsere braucht mehr und bessere Schulen und Hochschulen. Sie braucht mehr und verlässliche, vor allem gut fördernde Betreuungseinrichtungen nicht nur für Kinder sondern auch für Jugendliche. Wir brauchen zunehmend mehr haushaltsbezogene Dienstleistungen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, vor allem solche mit Kindern entlasten.
- Wir brauchen qualitativ gute und flächendeckende Pflegeinfrastrukturen, die es den Älteren ermöglicht, ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu führen. Und wir brauchen ein Gesundheitswesen, in dem der Präventionsgedanke viel stärker verankert ist als bisher.

Finanzierung

Kurzum, alles deutet darauf hin, dass Dienstleistungen des Sozialstaates gefragter sind denn je, ohne dass derzeit klar ist, wie dieser Bedarf befriedigt werden kann, vor allem aber, wie dieser Bedarf künftig finanziert werden soll.

Denn: Das Sozialbudget kann und wird nicht weiter aufwachsen. Zugleich sinkt die Zahl der Beitragszahler zu den Sozialversicherungen durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses tendenziell weiter ab.

Zurecht fordern viele, die Verteilungsfrage erneut auf die Tagesordnung zu setzen, d.h. zum Beispiel, Selbständige und Beamte in die Versicherungen aufzunehmen, die Bemessungsgrenzen zu verändern, größere Steuergerechtigkeit herzustellen, neue Einkommensarten, wie Aktiengewinne abzuschöpfen – bei realistischer Betrachtung ist aber derzeit keine politische Kraft erkennbar, die in der Lage wäre, einen solchen Katalog realpolitisch durchzusetzen. -Dessen ungeachtet gewinnt die Frage an Bedeutung, was mit den Mitteln aus Steuern und Sozialversicherungsabgaben passiert, wie sie zu paßgenauen und lebenslängenspezifischen Angebotsstrukturen werden und von welcher Qualität die sozialen Dienstleistungen sind.

Diese Fragen sind sozialpolitisch eminent wichtig. Denn dort, wo die Qualitätsdiskussion nicht stattfindet, wo notwendige Leistungen nicht erbracht werden und sich die Wohlhabenderen privat Lösungen zukaufen (können), bleiben in der Regel diejenigen auf der Strecke, die soziale Dienstleistungen besonders dringend benötigen.

Qualitätsentwicklung sozialer Dienstleistungen

Am Anfang der Qualitätsdiskussion muß erstens die Frage der Bedarfsorientierung stehen. Es geht um ein Profil, das die gesellschaftlichen Veränderungen differenzierter als bisher aufgreift und den Bürgerinnen und Bürgern ein zeitgemäßes Unterstützungs- und Hilfesystem bietet.

Zweitens geht es darum, die bis heute zum Teil übliche Gleichsetzung der mit sozialen Dienstleistungen verfolgten guten Absicht mit ihrem (guten) Ergebnis durch eine in vielen anderen Bereichen bereits erprobte und praktizierte professionelle Qualitätsbewertung zu ersetzen.

Sie ist zugleich Voraussetzung für ein Controlling sozialer Förderungen, das sowohl die Wirkung als auch die Wirtschaftlichkeit einbezieht und damit eine dritte Anforderung bei der Weiterentwicklung sozialer Dienstleistungen bildet.

Zum Profil sozialer Dienstleistungen

Die zentralen Trends der sozioökonomischen Entwicklung und die daraus ableitbaren zukünftigen Gestaltungsfelder in der Sozialpolitik sind bereits skizziert worden. Einige wenige sollen hier noch einmal näher illustriert werden:

Beispiel Ganztagsbetreuung und Jugendhilfe

Sie ist in Deutschland nirgendwo zufriedenstellend gelöst, im Gegenteil. Ein Blick nach Skandinavien zeigt, wie sehr unser Land hier Entwicklungsland ist. Gleichzeitig belegt eine soziale Jugendstudie nach der anderen, wie dringend der Bedarf nach Förderung gerade für bestimmte Kinder und Jugendliche ist, etwa aus Migrantenfamilien und/oder aus problematischen sozialen Lagen.

In zahlreichen Ballungsräumen deutet sich die Gefahr der Verfestigung von sozialer Randständigkeit an. Ghettos, wie sie aus Frankreich oder aus den USA bekannt sind, sind sozialräumlich betrachtet auch in Deutschland längst Realität. Die hier aufwachsenden Jugendlichen bleiben mangels elterlicher und schulischer Unterstützung etwa in puncto Medien- oder Sozialkompetenz zurück und verpassen so den Anschluß an die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung.

Demgegenüber sind wohlhabendere Familie in der Lage, sich Ganztagsbetreuung zuzukaufen. Der boomende Markt an Tageseltern, aber auch an privater Nachhilfe belegt, wie hoch der Bedarf ist – und dass er befriedigt werden kann, wo die privaten Mittel vorhanden sind.

Geht diese Entwicklung ungebremst so weiter, vermeidet die Sozialpolitik, im Auf- und Ausbau eines adäquat fördernden Ganztagsschulsystems für alle Kinder und Jugendlichen einen neuen Schwerpunkt zu erkennen, dann wird die Quittung eines Tages von denjenigen präsentiert, die dauerhaft ausgegrenzt aufwachsen müssen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, insbesondere für Jugendliche

Die gesellschaftliche Ausgrenzung von Jugendlichen ist ein bereits benanntes herausragendes gesellschaftliches Problem, das nur über ihre systematische Einbeziehung in arbeitsmarktliche Zusammenhänge langfristig gelöst werden kann. Hier bedarf es spezifischer sozialpolitischer Angebote, die den Förderkatalog des SGB III sinnvoll ergänzen, etwa durch spezifische Beratungs- und Begleitungsangebote. Vielfältige Erfahrungen liegen aus europäischen Nachbarländern wie die Niederlande oder Dänemark vor bzw. sind in ähnliche Vorhaben einzelner Bundesländer bereits eingeflossen. Ein Beispiel ist das NRW-Landesprogramm „Jugend in Arbeit“, das sich an langzeitarbeitslose Jugendliche wendet. Ihnen wird ein Arbeitsplatzangebot unterbreitet, das eingebettet ist in einen persönlichen Entwicklungsplan, der gemeinsam mit dem Berater Schritt für Schritt umgesetzt werden soll. Die Erfolge des Programms geben dem Ansatz recht. Bereits 60% der Jugendlichen haben einen Arbeitsplatz gefunden, d.h. der größte Teil von ihnen ist nach der zunächst einjährigen Arbeitsphase

Wo die Qualitätsdebatte unterbleibt und sich Wohlhabendere Lösungen zukaufen, bleiben die auf der Strecke, die soziale Dienstleistungen dringend benötigen.

von dem betroffenen Betrieb auf Dauer übernommen worden.

Integrierte Beratungsstruktur

Für die letzten 20 Jahre war ein additiver Ausbau von sozialen Beratungsangeboten typisch. Orientiert an verschiedenen Zielgruppen und deren jeweils spezifischen Beratungsbedarfen ist ein breites Netz von Beratungsstellen in den Bundesländern entstanden. Allein in NRW gibt es über 1000 Beratungsstellen, so zur Ehe- und Lebensberatung, zur Erziehungsberatung, Beratungsstellen für Ausländer/innen, für Frauen, für Ältere, für Schwulen und Lesben, zum Thema „Sucht“ zum Thema „Aids“, bei Schwangerschaftskonflikten, zur Förderung der Berufstätigkeit der Frauen usw. Es liegt auf der Hand, dass es zwischen den einzelnen Beratungsangeboten Überschneidungen gibt, die aus der Perspektive der Nutzer/innen oft schwer durchschaubar sind. Vor diesem Hintergrund sind integrierte Beratungskonzepte sinnvoll, die z.B. zwischen einer allgemeinen Grundberatung und spezifischen Beratungsangeboten unterscheiden.

Soziale Angebote für Ältere

Der Bedeutungszuwachs älterer Menschen in unserer Gesellschaft steht derzeit im Mittelpunkt der sozialpolitischen Debatte. Vielfach dominieren leider die finanziellen Implikationen des demographischen Wandels, während soziale Fragestellungen unterbelichtet bleiben. Dabei existieren bereits vielfältige Projekte, in denen versucht wird, die gesellschaftliche Integration der Älteren, ihr Selbsthilfepotential

und ihre Bereitschaft zum sozialen Engagement produktiv aufzugreifen. Nach der Devise, dass die Vorbereitung auf das Alter bereits in den Lebensphasen vorher beginnen muss, werden „junge Senioren“ z.B. in Düsseldorf angeregt, in

stadtteilbezogenen Netzwerken gezielt persönliche Kontakte aufzubauen, die ähnlich wie Nachbarschaften funktionieren. Über gemeinsame Aktivitäten, aber auch die gezielte gegenseitige Unterstützung soll das Leben im Alter attraktiver gemacht und sozialer Vereinsamung entgegen gewirkt werden.

Solche und ähnliche Projekt gilt es zu verbreitern und durch entsprechende sozialpolitische Rahmenbedingungen sinnvoll abzustützen. Weitere Ansatzpunkte in diesem Zusammenhang sind ambulante Dienste und Wohnprojekte, die den Älteren ermöglichen, möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden zu leben, Sport- und Rehabilitationsangebote sowie generationsübergreifende Projekte, die ähnlich wie im familiären Kontext die Übernahme von Verantwortung für die jeweils andere Generation zu fördern.

Letztlich ist in diesem Zusammenhang auch eine Professionalisierung der Sterbebegleitung zu nennen, die wegen des zunehmend brüchiger werdenden familiären Kontextes mehr und mehr zu einer gesellschaftlichen Aufgabe wird. Hier sollten in einer sinnvollen Verbindung freiwillige und professionelle Helfer im Interesse der Betroffenen zusammenwirken. Die Hospizbewegung in NRW ist hier beispielgebend.

Professionelle Qualitätsbewertung sozialer Dienstleistungen

Im Vergleich zum privatwirtschaftlichen Sektor hat die Qualitätsdiskussion im Bereich der sozialen Dienstleistungen

gen verspätet begonnen, und bezogen auf die einzelnen Bereiche sozialer Dienste zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild.

So gibt es Felder, in denen die Implementation von Qualitätsinstrumenten bereits weit fortgeschritten ist, wie etwa im Krankenhaussektor. In anderen Bereichen hat die Diskussion gerade erst begonnen (z.B. im Beratungsreich, Kindergärten).

Lange Zeit galt die Professionalisierung der Arbeitskräfte als ausreichender Ausweis für die Qualität der erbrachten Dienstleistung, und lange Zeit wurde von einem Großteil der Beschäftigten geglaubt, die Qualitätsdiskussion sei lediglich ein Mittel, um Einsparungen im sozialen Bereich durchzusetzen.

Auch wenn diese Sorge nicht ganz von der Hand zu weisen ist, so ist doch zu konstatieren, dass sich letztlich jeder Leistungsbereich einer Qualitätsdiskussion stellen muss. So selbstverständlich z.B. Verbraucher/innen Qualitätserwartungen an Medikamente, Nahrungsmittel oder Reiseangebote haben, so selbstverständlich muss es für die Nutzerinnen/Nutzer und die Finanziers sozialer Dienstleistungen sein, Qualitätsanforderungen an die Leistungen zu formulieren und nachzuhalten.

Qualitätsmessung setzt im gewissen Grade die Definition „quantitativ auswertbarer Kriterien“ voraus, eine Anforderung, die gerade im sozialen Dienstleistungsbereich nicht einfach einzulösen ist. Dennoch gibt es bereits Erfahrungen, wie solche Messungen erfolgen können, ohne dass qualitative Gesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt werden. Ein probates Mittel können Befragungen der Nutzer/innen sein, etwa Elternbefragungen im Kindergartenbereich. Weitere Indikatoren sind z.B. Wartezeiten etwa für Beratungsstellen, die Ausgabe von Informationsmaterialien und deren Qualität sowie die fachliche Qualifikation der Beschäftigten und/oder Freiwilligen.

Ein zentraler Punkt der Qualitätsdiskussion, der bereits zur Frage der Wirtschaftlichkeit überleitet, ist die Wirkung sozialer Dienstleistungen. Von ihrem Selbstverständnis her sollen sie den Nutzer/innen eine Hilfe bzw. Unterstützung in einer bestimmten Lebenslage anbieten. Inwieweit dies tatsächlich eingelöst werden kann, bleibt jedoch in der Regel unbeantwortet. Durch spezifische Controllinginstrumente soll dieser Fragestellung ein stärkeres Gewicht zugemessen werden.

Controlling sozialer Dienstleistungen

Jede Einführung von Controllinginstrumenten im sozialen Bereich muss berücksichtigen, dass es sich hierbei um besonders sensible Programme handelt, bei denen es unmittelbar um Menschen und deren Schicksal geht. Die daraus resultierende besondere Verantwortung muss konstituierend für die Entwicklung von Controllingssystemen sein. Dazu gehört:

- Dieser Prozess muß konsensual ausgestaltet werden, d.h. die Akteure (Finanziers, Träger usw.) werden beteiligt und die einzelnen Schritte und ihre Ergebnisse transparent gemacht.
- An den Anfang des Prozesses gehört eine Zielbestimmung für die sozialpolitischen Programme, die im Sinne eines strategischen Controllings zunächst die Frage aufwirft, inwieweit die vorhandenen gesetzlichen Regelungen überhaupt geeignet sind, die konstatierte Problemstellung zu beheben bzw. alternative Ansätze durchdenkt.

Erst dann können auf einer operativen Ebene konkrete Ziele vereinbart werden, auf die sich die Beteiligten ver-

So selbstverständlich Qualitätserwartungen an Medikamente sind, so muss es für soziale Dienstleistungen sein.

bindlich verständigen müssen und deren Erreichung über das Controlling nachgehalten wird.

Zum einen geht es um die inhaltliche Bewertung der Wirkung der Maßnahmen. Führt z.B. ein Bundesland eine AIDS-Aufklärungskampagne durch, so ist nachzuhalten, ob sich der Wissensstand der Bevölkerung vor und nach der Kampagne signifikant verändert hat. Bei arbeitsmarktpolitischen Programmen ist danach zu fragen, ob die Integration in den Arbeitsmarkt auch tatsächlich und dauerhaft gelungen ist.

Zum anderen geht es bei der Effizienz sozialer Dienstleistungen um deren Wirtschaftlichkeit. Im Sinne eine Kosten-/Nutzenanalyse wird danach gefragt, ob das öffentliche Geld sinnvoll eingesetzt wurde. Diese Frage lässt sich weit schwerer als die Frage nach der Effektivität der Maßnahme beantworten, weil Vergleichsmaßstäbe häufig fehlen. In einzelnen Bereichen, z.B. bei der Krankenhausversorgung, ist dies möglich. In anderen Bereichen, z.B. bei Beratungsstellen, Projektförderungen etc., ist dies erheblich schwieriger.

Erfahrungen aus dem kommunalen Zusammenhang zeigen, dass ein Vergleich von Leistungen letztlich deren

Standardisierung in verschiedene Bestandteile voraussetzt, was gerade im sozialen Bereich oftmals weder sinnvoll noch möglich ist.

Insofern dürfen an die Frage der Wirtschaftlichkeit nicht zu große Erwartungen geknüpft werden, was umgekehrt nicht heißen soll, dass eine Annäherung an diese Fragestellung nicht stattfinden sollte.

Fazit

Soziale Dienstleistungen stellen ein dynamisches und dynamisch wachsendes Element im Sozialstaat dar. Sie sind von hoher Bedeutung für die Lebensgestaltung und Krisenüberwindung der Einzelnen. Die Verantwortung für ihre Struktur und Qualität liegt vor allem bei den Ländern und den Kommunen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aufgezeigten Finanzierungsprobleme muß daher verstärkt um den Aufbau eines professionellen Sozialmanagements gehen.

Soziale Dienstleistungen stellen ein dynamisches und dynamisch wachsendes Element im Sozialstaat dar.

spw

Terminankündigung

Forum der spw

09. Dezember 2000 10.00 – 18.00 Uhr:

„Umbau statt Abbau“ – Beiträge für eine moderne Sozialpolitik

Hannover, Pavillon Lister Meile 4 (gleich beim Hbf)

Begrüßung: Thomas Westphal
Einleitungsreferat: Prof. Dr. Günter Voß, TU Chemnitz

Arbeitsgruppen

- Wandel der Arbeit und Zukunft des Sozialstaats
Ltg. Ulf-Birger Franz/ Benjamin Mikfeld
mit Axel Gerntke (IGM), Detlev von Larcher, MdB; Thomas Sauer, MdB, Wolfgang Baasch, MdL, Birgit Zoerner u.a.
- Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung
Ltg. Jürgen Ulber, u.a. mit Olaf Scholz, MdB
- Gesundheitspolitik der Zukunft
Ltg. Horst Peter, u.a. mit René Röspel, MdB
- Zukunft des Generationenausgleichs
Ltg. Felix Welti, u.a. mit Andrea Nahles, MdB, Christel Hanewinkel, MdB

Abschlussplenum

mit Hans-Jürgen Urban (IGM), Andrea Nahles (DL 21), Konrad Gilges, MdB, Prof. Dr. Michael Vester (angefragt), u.a.

Mitveranstalter:

Juso-Landesverband Niedersachsen, HKS 13 - Zukunftsforum für die Sozialdemokratie, ProMS Hannover

Anmeldung und nähere **Informationen** beim Juso-LV Niedersachsen, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover Stichwort „Forum Sozialstaat“ und bei ulf-birger.franz@hks13.de; Informationen im Internet unter www.hks13.de.

Am Sonntag, 10. Dezember, finden in Hannover die Jahreshauptversammlung des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V. und die Gesellschafterversammlung der spw Verlag/ Redaktion GmbH statt.

Human Capital

Menschliche Fähigkeiten im Zentrum der Produktivkraftentwicklung

von Fiete Sass

Menschliche Fähigkeiten haben von je her eine zentrale Bedeutung für wirtschaftliches Handeln. Seit Anfang der 60er Jahre taucht der Ausdruck Human Capital im Schnittpunkt von Volkswirtschaft, Bildungspolitik und Politikberatung regelmäßig auf. Der Toyotismus (lean production) hat Human Capital orientierte Konzepte in die industrielle Fertigung getragen. Auch in noch weniger Human Capital intensiven Branchen sind die Unternehmen und die öffentliche Verwaltung auf eine Anzahl von Bereichen und Mitarbeitern angewiesen, die stark von Human Capital geprägt sind.

Der Ausdruck Human Capital selbst könnte Assoziationen an Sklaverei wecken; es geht aber um „menschliches Kapital“ unter bürgerlichen Verhältnissen. Das Thema ist vielfältig und mehrdeutig und geht an den Kern des „neuen“ Kapitalismus. In einer neueren OECD Studie wird Human Capital definiert als „the knowledge, skills, competences and other attributes embodied in individuals that are relevant to economic activity“. [Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen und andere in Menschen verkörperte Eigenschaften, die von Bedeutung für wirtschaftliches Handeln sind] (OECD 1999, S. 9)

Es handelt sich also um *menschliche Eigenschaften, die wirtschaftlich verwendet bzw. verwertet werden*. Inzwischen hat sich die Diskussion stark verengt auf verwertbare, warenförmige Formen von Human Capital.

Inhaltlich kann Human Capital die unterschiedlichsten Ausprägungen annehmen. Human Capital beschränkt sich auch nicht auf den Bereich von Wissen und handwerklichen Fertigkeiten. Der begriffliche Unterschied zu den verschiedenen erlernbaren oder auch angeborenen menschlichen Fähigkeiten besteht in der Verwendung des Human Capital

zu wirtschaftlichen Zwecken, z.B. zur Erzielung eines Einkommens, das ohne diese Eigenschaften so nicht zu erzielen wäre. Die gleichen Eigenschaften sind wirtschaftlich wertlos und dann auch kein Human Capital, wenn sie keinen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Zugleich handelt es sich um eine *eigenständige Erscheinungsform von Kapital*, die neben ihren Besonderheiten die allgemeinen Eigenschaften des Kapitals teilt – doch dazu später.

Bereits in den 60er Jahren wurde durch die Human Capital Forschung empirisch gezeigt, dass Investitionen einer Gesellschaft in Human Capital – sprich: Staatliche Bildungsausgaben – sich volkswirtschaftlich schnell rechnen. Diese erste Welle der Diskussion setzte Human Capital mit formalen Bildungsabschlüssen gleich. Dies erwies sich insofern als unzureichend, als die Korrelation von Bildungsabschlüssen und späterem Einkommen erstaunlich gering ist. Da der Wert eines Kapitals sich aber aus den (abgezinsten) späteren Erträgen, hier Einkommen, ableiten lässt, folgt, dass sich das von einem Menschen verkörperte Human Capital durch den Bildungsabschluss nur sehr ungenau messen lässt. Ansonsten sind die damaligen Argumente für die Bildungsreform natürlich weiterhin richtig und aktuell.

Seit einigen Jahren gibt es einen eigenständigen Diskussionsstrang unter betriebswirtschaftlichem Blickwinkel, der von praktischen personalwirtschaftlichen Fragen und Erfahrungen ausgeht. Der betriebswirtschaftliche Blick hat den Vorzug, dass er einige Klärungen erfordert. Worin genau besteht das Human Capital? Wie lässt es sich im Unternehmen erfolgreich entwickeln und nutzen? Wer verfügt über das Human Capital? Wer kümmert sich um seine Akquisition und Pflege? Welche Rolle spielen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dabei? Diese Fragen stellen sich für die personalwirtschaftliche Praxis.

Drei große Rätsel Wie entsteht Human Capital?

Darüber wie Wissen und Fähigkeiten entstehen und vermittelt werden hat man in den letzten Jahrzehnten viel gelernt und einiges davon wird auch praktisch angewandt. Was aber genau die entscheidenden Ingredienzien sind, die daraus später in vorhersehbarer Weise verwertbares Kapital machen – darüber ist so gut wie nichts Allgemeingültiges bekannt. Am leicht-

esten lässt sich noch feststellen, dass über alle Branchen hinweg bestimmte Softskills („weiche Fähigkeiten“): Kommunikation, Kooperation, Kundenorientierung gefragt sind.

Wie entsteht der Marktpreis für Human Capital?

Human Capital wird als abhängige Lohnarbeit oder als Beratungsleistung von Angestellten und von selbständigen Beratern auf entsprechenden Märkten angeboten. Diese Märkte sind meist sehr intransparent und dynamisch. Ein genereller Zusammenhang zwischen dem Aufwand, der Anstrengung und der Intelligenzleistung, die zur Aneignung der entsprechenden Human Capital Eigenschaften erforderlich sind, und dem erzielbaren Marktpreis ist nicht erkennbar.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Human Capital und dem zu erwartendem Output bei seiner Anwendung?

So wie im materiellen Produktionsprozess Reihenfolge und Art der Maschinen an der Produktionsstraße keineswegs beliebig sind sondern exakt geplant werden, so ist auch der Einsatz von jeweils spezifischem Human Capital bei Vorgängen der immateriellen Produktion erforderlich. Im Unterschied zur materiellen Produktion haben wir es hier aber oft mit wenig oder nur von den unmittelbar Beteiligten verstandenen und sich schnell wandelnden spezifischen Anforderungen an das eingesetzte Human Capital zu tun. Die Vorgehensweisen bei der Bedarfsanalyse, Akquisition und Pflege des Human Capitals sind meistens mehr oder weniger informell und zwar um so mehr, je spezifischer die Qualifikationsanforderungen sind. Sehr wenige Unternehmen wissen um das ihnen verfügbare und das heute und morgen erforderliche Human Capital im Detail Bescheid und das gilt gerade für diejenigen Unternehmen, deren Erfolg entscheidend vom erfolgreichen Einsatz von Human Capital abhängt.

Diese Fragen sind auch deswegen so *rätselhaft*, weil man sie in Bezug auf herkömmliche Lohnarbeit und die entsprechenden Qualifikationen ganz gut beantworten konnte. Sie sind *misslich* für Verantwortliche in Politik und Wirtschaft, weil sie ein Versagen herkömmlicher Steuerungsinstrumente anzeigen. Wie soll man da wissen, was zu tun ist, um im Wettbewerb der „Standorte“ und Unternehmen Human Capital mit den heute

Der Ausdruck Human Capital könnte Assoziationen an Sklaverei wecken

Fiete Sass, Geschäftsführer einer mittelständischen Software-Firma, war in den 1980er Jahren Juso-Bezirksvorsitzender Mittelrhein und von 1990-1995 Jahre Mitglied der spw-Redaktion, er lebt in Köln

und morgen erforderlichen Gebrauchswerteigenschaften aufzubauen? Denjenigen aber, die das Rätsel lösen und lernen, diese *mächtigste aller Produktivkräfte* gekonnt einzusetzen, *winkt reiche Beute*.

Die Investitionsrechnung des Human Capital nach Davenport

Übliche Sonntagsreden enthalten die Behauptung, die Mitarbeiter seien das wichtigste Kapital des Unternehmens. Diese Sprechweise ist ungenau. Das Kapital eines Unternehmens wird in der Bilanz ausgewiesen und dort kommen die Mitarbeiter nicht vor (höchstens als Kostenpunkt). In bürgerlichen Rechtsverhältnissen lebende Menschen sind keine Vermögensgegenstände ihrer Arbeitgeber. Auch der wertvollste Mitarbeiter kann morgen kündigen und dann ist das von ihm verkörperte Human Capital über alle Berge. Ein so unsicherer und flüchtiger zukünftiger Nutzen des Unternehmens wird aus guten Gründen nicht bilanziert. (Allenfalls im Profifußball mit seiner Praxis, bei vorzeitiger Kündigung Ablösesummen zu erstatten, könnte man davon sprechen, dass der Verein das Human Capital auf Zeit besitzt) Trotzdem spricht die zitierte Redeweise einen relevanten Sachverhalt an, der aber begrifflich anscheinend nicht so leicht zu fassen ist.

Thomas O. Davenport, ein Unternehmensberater aus San Francisco, bringt es auf den Punkt: Das Human Capital ist und bleibt Eigentum seiner Träger und sie *investieren* es im Arbeitsprozess – oder auch nicht. Der Wert der Investition ist allerdings nicht linear abhängig von der aufgewandten Zeit, sondern wird nach Davenport (Davenport 1999, S. 19) durch folgende Formel beschrieben: $\text{Total Human Capital Investment} = (\text{KÖNNEN} + \text{VERHALTEN}) \times \text{ANSTRENGUNG} \times \text{ZEIT}$, wobei KÖNNEN

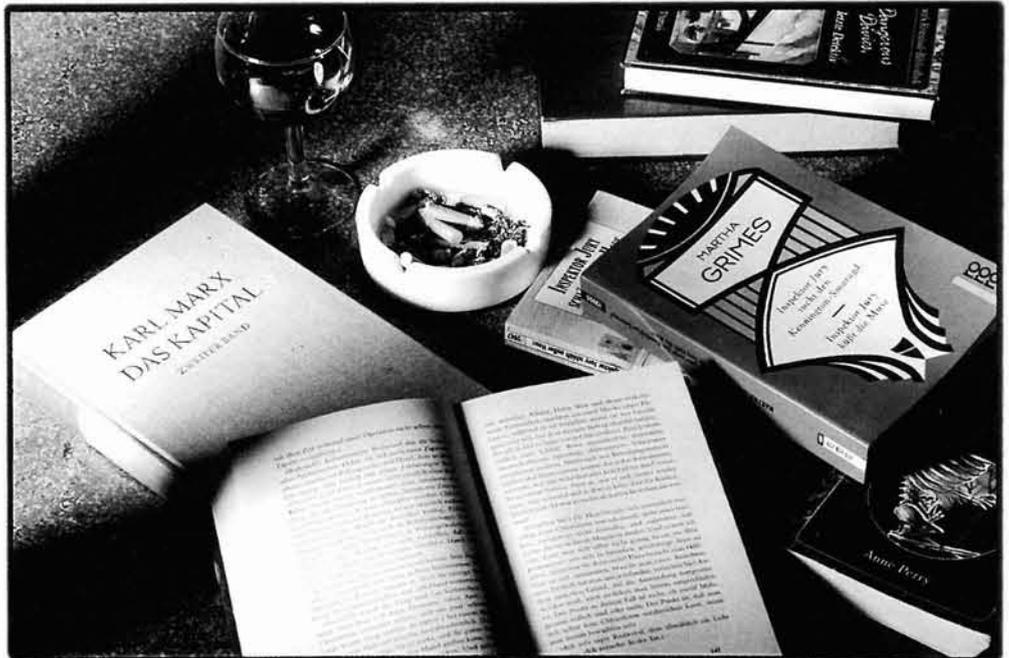
= Wissen + Fähigkeiten + Talent

Können, das sich aus Wissen, Fähigkeiten und Talenten zusammensetzt, ist ein Faktor, der durch geeignete Verhaltensweisen (Kommunikation, Kooperation, Kundenorientierung sind die Standardanforderungen) ergänzt wird.

Wollen ist genauso wichtig wie Können

Davenport geht aber weiter. Die Summe aus Können und Verhalten („Hardskills“ und „Softskills“) multipliziert er mit der angewandten An-

Foto: Thomas Diller (Köln)



strengung. „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ heißt es. Das erforderliche Können lässt sich dann zur Not noch kurzfristig nachbessern. Umgekehrt helfen weder Können noch Erfahrung, wo die Motivation und der Wille zum Erfolg fehlen.

Deshalb sind viele Unternehmen bemüht, die Träger des Human Capitals in eine wirtschaftliche Mitverantwortung für die von ihnen erbrachte Leistung und die dabei erzielten Erfolge zu nehmen. Die Sprechweise vom „Mitarbeiter als Unternehmer im Unternehmen“ ist überzogen, weist aber dennoch in die Richtung. Üblich sind ergänzende, oft individuelle vertragliche Regelungen wie erfolgsabhängige Gehaltsanteile oder spezielle Arbeitszeitregelungen. Wichtig hierbei ist, dass dieser Trend keine Einbahnstraße sein kann. Wenn Mitarbeiter die Bürde der Verantwortung für den wirtschaftlichen Erfolg in kleinen Päckchen mittragen sollen, dann müssen sie auch für diese Aufgabe gerüstet und darin angemessen unterstützt werden.

Die Rolle der Zeit

Wenden wir uns nun der Rolle der Zeit in Davenports Formel zu. Die aufgewandte Arbeitszeit ist nicht nur Zeit, in der Human Capital angewandt wird, sie ist auch Zeit, in der Human Capital durch Erfahrung und informelles Lernen weiter entwickelt wird. Und Übung macht den Meister. Mit anderen Worten, intensive und extensive Arbeitserfahrung fördert die Entwicklung erstklassigen Human Capitals.

Mit der Zeit ist es aber noch komplizierter. Unter den Bedingungen immaterieller Produktion zeitigen kleine Ursachen oft außerordentlich große Wirkungen: Programmierfehler, die Produktionslinien für Tage zum Stillstand bringen oder Raumfahrtmissionen scheitern lassen.

Für Programmierer gibt es empirische Untersuchungen. Die individuelle Leistungsfähigkeit professioneller Programmierer schwankt mit dem Faktor 1:10! Und auch die Leistungsfähigkeit Software produzierender Organisationen schwankt ebenfalls mit etwa dem Faktor 1:10! (DeMarco/Lister 1999, S. 50)

Generell sind die zeitlichen Anforderungen der Human Capital Jobs meist nicht mit Regelarbeitszeit von 9-bis-5 vereinbar. Nach Davenport sind in „autonom“ gestalteten Jobs (sein Beispiel: Amerikanische Broker) auch professionelle Zeitallokationsstrategien für die Produktivität mit ausschlaggebend. Die neue Zeitformel heißt: Vorfahrt für Jobanforderungen (Erfolgsprinzip), und in dem verbleibenden Spielraum weitgehende Zeitautonomie für die Knowledge Worker. Manche Unternehmen schaffen selbst Instrumente von Zeitautonomie wie Sabbat-Jahre oder Lebensarbeitszeitmodelle. Die heute anzutreffenden Arbeitszeitkompromisse sind wohl Zwischenschritte, in denen die radikale Erfolgslogik der immateriellen Produktion noch durch Tradition und vorhandene Kräfteverhältnisse in den Arbeitsbeziehungen gebremst wird.

In bürgerlichen Rechtsverhältnissen lebende Menschen sind keine Vermögensgegenstände ihrer Arbeitgeber

Pflege des Human Capitals und informeller Arbeitsvertrag

Human Capital induziert Interessenstrukturen, die mit den herkömmlichen Arbeitsbeziehungen unzureichend bedient werden. Die Kapitaleigenschaft der eigenen Fähigkeiten verpflichtet die Träger des Human Capital im eigenen wirtschaftlichen (Selbstaussbeutungs-)Interesse zu Pflege und Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten. Daraus resultieren Ansprüche an die Arbeitsumgebung: Interessante Projekte, Weiterbildung, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch. Dies sind die „weichen“ Themen für den „informellen Arbeitsvertrag“. Darüberhinaus sind viele weitere Aspekte im informellen Arbeitsvertrag geregelt, der Erwartungen und Anerkennung, Herausforderungen und Chancen auf Entwicklung, Beförderung und Weiterbildung umspannt. Der informelle Arbeitsvertrag ist beständigen Veränderungen ausgesetzt, je nach dem wie die betriebliche und die persönliche Situation sich wandelt und muss von beiden Seiten aktiv weiterentwickelt werden, wenn er Bestand haben soll.

Unternehmen, die nicht darauf eingestellt sind, sich auf informelle Arbeitsverträge einzulassen, bekommen Probleme. Bei Kündigung oder dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben verflüchtigt sich mit dem Träger auch das Human Capital aus dem Unternehmen. Das kann zum nächsten Kündigungstermin sein oder erst in 30 Jahren. Es liegt in der Entscheidung eines Unternehmens, Maßnahmen zu ergreifen, die das Human Capital im Hause halten. Forschungsergebnisse zeigen, dass Human Capital gerne dort bleibt, wo es wertschöpfend eingesetzt und pfleglich behandelt wird.

Die relative Autonomie (z.B. relative Zeitautonomie) wird von den Trägern des Human Capitals im allgemeinen als angenehm empfunden. Mit Herrschaftsfreiheit hat sie allerdings nichts zu tun. Umgekehrt sind die linken Sorgen um die grenzenlose Herrschaft des Kapitals mit der Arbeitserfahrung der professionellen Knowledge Worker nur begrenzt vereinbar. Im allgemeinen stellt sich die Arbeitswelt dieser Gruppen in Bezug auf Machtaspekte als ein zerklüftetes und unübersichtliches Gelände dar, in dem die Knowledge Worker über schwer gegen ihren Willen einnehmbare Bastionen verfügen. In jedem Fall gibt die Verfügung über kurzfristig verwertbares Human Capital eine

wesentlich höhere wirtschaftliche Sicherheit als die Vermarktung einfacher Arbeitskraft.

Human Capital als Kapital

Wenden wir uns nun den Kapitaleigenschaften des Human Capital zu. Human Capital ist eine Erscheinungsform *immateriellen Kapitals*.

„Vielleicht ist der Ausdruck „materiell“ (tangible) mißverständlich. Die Tatsache, dass man eine Maschine sehen und mit den Händen anfassen kann, macht aus der Maschine kein Anlagekapital. Was wir sehen und berühren ist eine Oberfläche aus Stahl, Kupfer, Plastik oder anderem Material, aber nicht Kapital. Es ist Kapital nur dank seiner angenommenen Fähigkeit, zukünftige Einnahmen zu produzieren, und diese Eigenschaft ist nicht materiell; sie ist noch nicht einmal beobachtbar, denn bestenfalls können wir die Maschine dabei beobachten, irgend etwas zu produzieren, aber diese Produkte mögen wertlos sein oder nicht wertvoll genug, um ausreichende Netto-Einnahmen zu produzieren einschließlich eines Netto-Ergebnisses der Investition. Also ist, obwohl die Fähigkeit zu nützlicher Tätigkeit sowohl in physischen Objekten (Maschinen) wie in Menschen (Arbeitern) verkörpert sein kann, diese Fähigkeit selber doch niemals materiell. Die Kosten, diese Fähigkeiten zu schaffen, zu verbessern und zu pflegen sind Investitionen in Anlagekapital oder in Human Capital“ (Machlup 1984, S.428, Übersetzung d. Zitats a.d. Amerikan. von mir).

Fritz Machlup gehörte zur ersten Generation der Analytiker des modernen Human Capital. Wie man sieht, war es ihm ernst mit der Anwendung des Kapitalbegriffs. Auch für ihn endete die Analogie zwischen Human Capital und anderen Formen fixen Kapitals allerdings bei der Verfügungsmacht über diese Produktivkraft.

Was nun den Kapitalbegriff angeht, gibt es ein gleichnamiges Standardwerk, dessen Autor sich ebenfalls zum Thema geäußert hat: „Die wirkliche Ökonomie – Ersparung – besteht in Ersparung von Arbeitszeit (...). Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. Sie kann vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus betrachtet werden als Produktion von *capital fixe*; dies *capital fixe* being man hims-

elf. (...) Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß.“ (Marx 1974, S. 599, Hervorhebungen durch Marx)

„Die Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben (d.h. Raum für die Entwicklung der vollen Produktivkräfte der Einzelnen, daher auch der Gesellschaft), diese Schöpfung von Nicht-Arbeitszeit erscheint auf dem Standpunkt des Kapitals, wie aller früheren Stufen, als Nicht-Arbeitszeit, freie Zeit für einige. Das Kapital fügt hinzu, daß es die Surplusarbeitszeit der Masse durch alle Mittel der Kunst und Wissenschaft vermehrt, weil sein Reichtum direkt in der Aneignung von Surplusarbeitszeit besteht, da sein *Zweck direkt der Wert*, nicht der Gebrauchswert. Es ist so, malgre' lui, instrumental in creating the means of social disposable time, um die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, und so die Zeit aller frei für ihre eigene Entwicklung zu machen. Seine Tendenz aber immer, einerseits *disposable time zu schaffen*, andererseits *to convert it into surplus labour*.“ (ebenda, S. 595f, Hervorhebungen durch Marx)

In diesen und umliegenden Textstellen der „Grundrisse“ seziert Marx Widersprüche des Spätkapitalismus: Einerseits reduziert das Kapital die gesellschaftlich notwendige Arbeit, vermehrt damit den wahren Reichtum, die verfügbare Zeit und die Entwicklung des Individuums, die größte Produktivkraft. Vom Standpunkt der Kapitalverwertung erscheinen diese Produktivkräfte als fixes Kapital und werden unverzüglich dem Kapitalverwertungsprozeß zugeführt. Dies verändert allerdings den Kapitalismus selber in ganz rasanter Weise.

Widersprüchliche Warenform des Human Capitals

Human Capital entzieht sich tendenziell der Warenform, insofern

- es sich der Bewertung in Abhängigkeit der aufgewandten Zeit entzieht. Die Gebrauchswerteigenschaften des Human Capitals stehen in unsystematischer Beziehung zur aufgewandten Zeit. Eine Aufgabe ist zufriedenstellend erledigt oder nicht. Fertig. Wie lange die Vorbereitung war? Bei Profis sicher nicht lange, bei Anfän-

Die relative Autonomie wird von Trägern des Human Capitals als angenehm empfunden. Mit Herrschaftsfreiheit hat sie nichts zu tun.

gern schon etwas länger. Aber wen interessiert das?

- die vielfältigen Ausprägungen des Human Capitals unvergleichlich und die Märkte intransparent sind und ein „objektiver“ Tauschwert auf dem Markt nicht ermittelt werden kann.
- die zu lösenden Aufgaben eine hohen Anteil kreativer Fähigkeiten enthalten, die sich einer Standardisierung durch den Markt per Definition entziehen.

Human Capital wird zugleich in fortschreitendem Maße der Warenform unterworfen durch

- Standardisierung und Zertifizierung von professionellen Wissensbereichen
- Aktives Skillmanagement der Unternehmen
- Verfügbarkeit von Wissen und Skills in Form von Consultingangeboten
- wachsende Präsenz und Effektivität der Human Capital Märkte

Diese widersprüchlichen Tendenzen durchdringen und verstärken sich gegenseitig.

Die ganze Firma als Ware: Human Capital Start ups

In der Software- und Computerbranche und in der Bio-Technologie hat sich eine bestimmte Rollenteilung von kleinen, innovativen Start-up Firmen und den großen Branchen-Monopolisten eingebürgert. Die kleinen Firmen führen riskante und Human Capital intensive Entwicklungen mit Risikokapital durch und verkaufen im Erfolgsfall das Produkt und die ganze Firma an die Börse oder einen Branchenriesen, der dann seine Marktmacht für eine effektive Vermarktung nutzt. Im Bio-Tech Sektor werden häufig bezahlte Auftragsforschungen für Großunternehmen durchgeführt. In beiden Fällen wird das Human Capital mit seinen Fähigkeiten und Erzeugnissen als komplette Teamleistung eines kleinen Unternehmens vermarktet.

Eine Begleiterscheinung von Start ups ist die großzügige Verwendung von Optionen auf (noch) relativ wertlose Aktien als Ersatz für ein angemessenes Gehalt einschließlich Entgelt für Überstunden und Wochenendarbeit. Schon mancher Workoholic ist so in ein paar Jahren 70-80 Stundenwoche Millionär geworden. Mancher aber auch nicht. Silicon Valley, das Mekka hiesiger Technologieanbieter, ist auch gepflastert mit „burn outs“, die alle ihre Energie in gescheiterten „Todesmarschprojekten“ (Yourdon 1999) gelassen haben.

Jagdlück statt „gerechtem“ Gehalt

Gesellschaftliche Produktion – und immaterielle Produktion ist meist hochgradig gesellschaftlich – schließt objektive Messung des individuellen Leistungsbeitrags aus. Maßgeblich für die Einkommen der Knowledge Worker sind die Human Capital Märkte, mit ihrer zunehmenden Dynamik und Winner-take-all Effekten. Winner-take-all Effekte honorieren nicht Leistung, sondern proaktiv-marktkonformes Verhalten und manchmal auch nur Glück. Für das Einkommen auch von Normalsterblichen wird „Jagdlück“ tendenziell wichtiger als werktätige Tüchtigkeit. Die Dynamik der Human Capital Märkte trägt wesentlich zu den wachsenden Einkommensungleichheiten und den davon ausgehenden gesellschaftlichen Spannungen bei.

Winner-take-all Effekte und Turbokonkurrenz

Die Informationsökonomie kennt viele Winner-take-all Effekte. Auf der Spiegel Bestseller Top 10 Liste haben eben nur zehn Autoren Platz. Pech für die anderen. Wenn ich für 9,50 DM eine Scheibe von Carlos Santana bekomme, warum sollte ich Geld dafür bezahlen, irgendeinen zweitklassigen Gitarristen zuhören? Wenn alle Computerprogramme auf Windows laufen, warum sollte ich ein anderes Betriebssystem kaufen? In der Informationsökonomie ist das Beste für alle gerade gut genug – jedenfalls soweit es um immaterielle Güter geht.

„Wenn nur kaum wahrnehmbare Qualitätsunterschiede über Erfolg und Scheitern entscheiden, mag die Kundschaft in diesen Kämpfen zwar wenig zu gewinnen oder zu verlieren haben. Für die Hersteller dagegen ist das Wagnis oft enorm – Geschäftsaufgabe oder weitere Jahreseinkünfte in Milliardenhöhe. Diese hohen Einsätze haben eine neue Klasse erzeugt: die „unbekannten Berühmtheiten“. Diese Schlüsselfiguren entscheiden über Erfolg oder Scheitern eines Unternehmens. Ihre Leistung gibt den Ausschlag, und die moderne Informationstechnologie hat zum Konsens darüber beigetragen, wer sie sind. Daher müssen konkurrierende Unternehmen wie verrückt miteinander wetzeln, die „unbekannten Berühmtheiten“ einzukaufen und zu halten. (Frank/Cook 1996, S. 91)

Im Bereich immaterieller Investitionsgüter gibt es weitere Winner-take-all Effekte, die sich auf angelagerte Human Capital Märkte auswirken. Heranreifende High Tech Investitions-

gütermärkte wählen sich ihren Marktführer mit dem per Definition „besten“ Produkt, um die für die Käufer erforderliche Investitionssicherheit zu schaffen (Moore 1996). Wer dabei nicht auf Platz 1 oder 2 landet, sollte sich schleunigst nach neuen Weidengründen umschauen – winner takes all! Durch solche Entwicklungen werden abhängige Märkte für Human Capital gestaltet, auf denen die Winner-take-all Effekte des Primärmarktes ein abgeschwächtes Echo finden.

Konvertibilität und Äquivalenz verschiedener Formen immateriellen Kapitals

Verschiedene Formen immateriellen Kapitals können in einander überführt werden. Unter Einsatz von Human Capital und codifiziertem Wissen lässt sich neues codifiziertes Wissen entwickeln. Unter Verwendung von Human Capital und codifiziertem Wissen lässt sich auch neues Human Capital erzeugen bzw. vorhandenes anreichern. Unter Verwendung von Human Capital und codifiziertem Wissen lässt sich organisatorisches Kapital entwickeln. Unter Verwendung von Human Capital und organisatorischem Kapital lassen sich immaterielle Güter erzeugen. So wie bei Marx die Produkte vergegenständlichte Arbeit sind, sind auf höherer Stufe immaterielle Güter (immateriell) vergegenständlichtes Human Capital.

Der Einsatz unterschiedlicher Formen immateriellen Kapitals kann vom Standpunkt der Kapitalverwertung äquivalent sein. Eine gut organisierte Firma (= viel organisatorisches Kapital) kann möglicherweise mit schlecht ausgebildeten Mitarbeitern erfolgreich sein. Eine Firma mit sehr fähigen Mitarbeitern (= viel Human Capital) kann möglicherweise auch mit zweitklassigen organisatorischen Fähigkeiten erfolgreich sein. Schließlich kann man auch unter Einsatz immaterieller Investitionsgüter ganze Arbeitsabläufe automatisieren.

Wenn ich für 9,50 DM eine Scheibe von Carlos Santana bekomme, warum sollte ich irgendeinen zweitklassigen Gitarristen zuhören?



**Zu welcher Art
politischer Initiative
sind die Knowledge
Worker fähig?**

Unter Machtgesichtspunkten sind die eingesetzten Formen immateriellen Kapitals nicht äquivalent. Eine Firma, die auf automatisierte oder straff organisierte Abläufe baut, ist nach innen vom Management leicht steuerbar. Die in die automatisierten bzw. hoch organisierten Prozesse erfolgten Investitionen sind allerdings gebunden und wären bei schnellen, flexiblen Änderungen verloren. Eine auf Human Capital gebaute Unternehmensstrategie stellt zwar höhere Ansprüche an das Management, bietet aber auch eine höhere Qualität an Flexibilität und Gestaltungsmacht im Außenverhältnis.

In Winner-take-all Märkten überlebt nur die Organisation, die in einer Art Wirtschaftskrieg praktisch permanent alle Kräfte dafür mobilisiert, einen der begehrten, profitablen „No.1“ Plätze zu belegen. Tayloristische Organisationen sind dazu in der Regel nicht in der Lage; sie binden zuviel Energie im betriebsinternen Klassenkampf. Die „Bewaffnung“ der Produzenten mit Human Capital multipliziert die Kräfte im Wirtschaftskrieg. Da die Konkurrenz nicht schläft, schaukelt sich so ein aggressiver Wirtschaftsstil hoch, bei dem es jederzeit für alle Akteure um alles oder nichts geht.

**Superprofit durch immaterielle
Produktion: Der Raubzug der
Hochstirnfirmer durch die Welt
des Industriekapitalismus**

Die Informationsökonomie hat einigen Unternehmen zu extremen und weiter schnell wachsenden Monopolprofiten verholfen (z.B. Microsoft: 45% Umsatzrendite). Diese Profite werden vor allem zu Lasten der Profite anderer Unternehmen gewonnen. Das ganze ist ein beispielloser Raubzug, mit dem eine neue Art von globalem, auf immaterielle Produktion spezialisierten Kapitals sich formiert unter faktisch schleichender relativer Enteignung älterer Kapitalformationen. Dabei sind zugleich die Profite insgesamt gestiegen, d.h. auch weni-

ger Human Capital intensive Branchen haben unter verstärkter Nutzung immaterieller Produkte und Produktion ihre Profite steigern können.

Politische Konsequenzen

Es ist klar, dass sich neue Imperative für die Bildungspolitik stellen. Die teilweise unzureichende Verteilung von Grundqualifikationen unserer Zivilisation wird wachsende wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme nach sich ziehen und sollte nicht länger hingenommen werden. Zugleich ist erkennbar, dass die enge Orientierung des deutschen Schulwesens auf reine Wissensvermittlung unter Verwendung anachronistischer Kommunikationsstile an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen vorbeigeht. Die ungleiche Verteilung von Human Capital und die damit verbundene, wachsende Einkommensungleichheit wird zur einem den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergrabenden Faktor. Eine neue Bildungsreform ist erforderlich, die diese Probleme angeht.

Green Cards sind Aktionismus nach dem Sankt-Floriansprinzip. Sollen doch andere sehen, wie sie mit der Knappheit an Human Capital zu recht kommen! Gegen Knappheit an Human Capital gibt es nachhaltige Mittel: Schulbildung, Hochschulbildung, Weiterbildung.

Es wird aber auch erkennbar, dass selbst im sozialdemokratischen Paradies ein paar schwerwiegende gesellschaftliche Probleme übrigbleiben, sofern das Human Capital ungesteuerten Marktkräften überlassen wird. Ja, je mehr Human Capital das wirtschaftliche Geschehen bestimmt, umso radikaler setzt die Winner-take-all Logik ein und umso rascher geht das gute alte Leistungsprinzip verloren. Darin liegt eine erst seit kurzem sichtbare gesellschaftliche Sprengkraft und Mittel zur Abhilfe müssen noch erdacht werden.

Zu welcher Art politischer Initiative sind die Knowledge Worker, die zahlreichsten Träger des Human Capital fähig? Die meisten nach-proletarischen Linken (68er und folgende Jahrgänge) sind diesen Krisen zuzurechnen. Andererseits sind viele jüngere Knowledge Worker in neo-liberale ideologische Sichtweisen eingebunden und in politischen Aktionen unerfahren. Gerhard Schröders „neue Mitte“ ist der bisher relativ erfolgreiche Versuch, gerade die politisch unerfahrenen Teile dieses Potentials wahltaktisch einzubinden. Auch die CDU ist an diesen Wählergruppen außerordentlich interessiert.

Ihre professionellen Aufgaben schulen die Träger von Human Capital in praktischer Vernunft, Tatkraft und eigenem Urteil. Allerdings: „Die Autonomie in der Arbeit bewirkt wenig ohne eine sie fortsetzende kulturelle, moralische und politische Autonomie.“ (Gorz 2000) Soviel ist wohl gewiss, dass eine linke gesellschaftliche Perspektive, die die Erfahrungen und Vorstellungen dieser Schichten nicht erfolgreich einbezieht, wenig Erfolgchancen haben wird. Der teilweise erfolgreiche Versuch der 70er Jahre, diesen Schichten eine gewerkschaftliche Orientierung anzutragen, in dem Sinne, sich an die real existierenden Organisationen der Arbeiterbewegung anzulehnen oder sich dort einzureihen, hat sich bereits im Lauf der 80er erschöpft. Heute stellt sich eher umgekehrt die praktische Frage einer „Knowledge Worker Orientierung“ für die Gewerkschaften.

Während angeblich anonyme Technologierevolutionen und Neue Märkte die Welt auf den Kopf stellen, bietet der Begriff des Human Capital analytische Zugänge zu der alten Schlüsselfrage: „Wem nutzt es?“, zu den neuen und alten Akteuren und ihren widersprüchlichen Interessen. Das ist nicht wenig inmitten einer kleinen kapitalistischen Revolution, deren innere Widersprüche noch kaum verstanden sind.

spw

Literatur:

- Davenport, Thomas O.: Human Capital, What it is and why people invest it, San Francisco 1999
- DeMarco, Tom und Lister, Timothy: Wien wartet auf Dich! (Original: „Peopeware“), Der Faktor Mensch im DV-Management, 2. Aufl., München 1999
- Frank, Robert H. und Cook, Philip J.: The Winner-take-all Society, New York 1996, zitiert aus der übersetzten Zusammenfassung in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1 '97, Bonn, S. 91 ff.
- Friedman, Hatch, Walker: Mehr-Wert durch Mitarbeiter, Wie sich Human Capital gewinnen, steigern und halten lässt, Luchterhand Verlag, Neuwied 1999
- Gorz, Andre: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Suhrkamp 2000
- Machlup, Fritz, Knowledge: It's Creation, Distribution, and Economic Significance, Vol. III, The Economics of Information and Human Capital, Princeton NJ, 1984
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974
- Moore, Geoffrey A., Das Tornado Phänomen, Wiesbaden 1996.
- OECD, Centre for Educational Research and Innovation, HUMAN CAPITAL INVESTMENT, An International Comparison, OECD 1999
- Yourdon, Ed, Death March: The Complete Software Developer's Guide to Surviving 'Mission Impossible' Projects, Peachbit Press 1999



Foto: Stephan Hoppe (Köln)



1. Notwendigkeit und Optionen von Familienpolitik in kapitalistischen Industriegesellschaften

Mittlerweile herrscht in Wissenschaft und Politik ein Begriff von Familie vor, der die früher übliche Diskriminierung von Ein-Eltern-Familien und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften vermeidet; zugleich ist er damit vereinbar, daß allen soziologischen Modernisierungssprechblasen zum Trotz die Kernfamilie nach wie vor die dominierende Lebensform darstellt: Familie ist da, wo Kinder von ihren Eltern betreut werden (und wo kranke, behinderte und alte Eltern von ihren Kindern gepflegt werden – was aber hier nicht mein Thema sein soll). Nach wie vor gilt die Familie als Grundelement eines erfüllten Lebens (Bäcker u.a., S. 151 ff.).

Kein Gemeinwesen, das an seiner Fortexistenz interessiert ist, kann auf die generativen, Sozialisations- und Betreuungsleistungen der Familie verzichten. Allerdings können Kinder und diejenigen, die sie zu Hause im Rahmen unbezahlter Hausarbeit versorgen, ihre Existenz nicht aus eigener Kraft sichern. Sie bedürfen familiärer und kollektiver gesellschaftlicher Einkommenstransfers. Kinder werden deshalb in keiner kapitalistischen Industriegesellschaft als reine Privatsache bewertet bzw. rein privat finanziert (auch in rudimentären oder wirtschaftsliberalen Sozialstaatsregimen nicht).

Bei der Ausgestaltung der Familienpolitik spielen – abgesehen vom Umverteilungsvolumen – vor allem Verteilungsgesichtspunkte eine Rolle:

- Umverteilung zwischen Nicht-Familien und Familien, was die Problematik des Familienbegriffs einschließt.

Hier stellt sich vor allem die Frage, ob nur Familien mit Kindern oder auch Ehepaare gefördert werden und welcher Anteil der tatsächlich entstehenden Kosten (direkte und Opportunitätskosten) kollektiv finanziert wird.

- Umverteilung zwischen sozialen Schichten: hier stellt sich die Frage, ob eher der vertikale Lastenausgleich im Vordergrund steht, also vor allem die Verhinderung von Kinderarmut und das Ziel, gleiche Chancen für alle Kinder, unabhängig vom Familieneinkommen, zu gewährleisten, oder ob die Förderung der Kinder soziale Ungleichheit reproduziert oder gar verstärkt.

- Familienpolitik ist Geschlechterpolitik. Sie fixiert Verteilungspositionen der Geschlechter, indem sie die Existenzsicherung der Hausfrau und ihre Chancen, parallel zur Hausarbeit erwerbstätig zu sein, reguliert. Dabei variiert das Maß der wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ganz erheblich mit nationalen familien- und geschlechterpolitischen Arrangements. Weniger Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weisen die Länder auf, in denen wirtschaftliche Gleichberechtigung, Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung (Nebeneinander der zwei Arbeitsbereiche) und außerhäusliche Kinderbetreuung familienpolitische Essentials bilden. Die Kehrseite dieser familienpolitischen Medaille ist die beschäftigungspolitische: Jegliche Familienpolitik, die die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen neben der Hausarbeit fördert, muß eine aktive Beschäftigungspolitik zur Umsetzung eines neu zu definierenden Vollbeschäftigungsziels und die Gleichstellung von Frauen hinsichtlich Lohnhöhe und Aufstiegschancen einschließen.

Sozialstaat, Kinder und Familie

von Ulla Knapp*

Davon abgesehen spielen weitere Verteilungsdimensionen (z.B. nach Lebensalter der Kinder, Einkommensverteilung über den Lebenszyklus), organisatorische (z.B. Zuständigkeiten) und finanzielle (z.B. Art der Finanzierung) Aspekte für die Ausgestaltung von Familienpolitik eine Rolle. Nur auf einen – sozialpolitisch relevanten Punkt – möchte ich hier hinweisen: Die Ausgestaltung der Familienpolitik hängt auch mit der Höhe der Geburtenrate zusammen, so etwa wenn mit ihr – wie in Frankreich – u.a. pronatalistische Ziele verfolgt werden. Vor allem aber muß heute ein negativer Zusammenhang zwischen der Förderung des Versorgermodells und der Höhe der Geburtenraten beachtet werden: So etwa liegen die Geburtenraten in den skandinavischen Ländern deutlich über den westdeutschen; extrem niedrige Kinderzahlen weisen neben Ostdeutschland auch Spanien und Italien auf (Dingeldey, S. 39 ff.).

2. Familienpolitik in Deutschland – Bestandsaufnahme und Probleme

In der feministischen soziologischen Literatur heißt das traditionelle westdeutsche Modell der Sozialpolitik, insbesondere der Familien- und Geschlechterpolitik, „ständestaatlich-patriarchalisches Modell“ oder – wenn die geschlechterpolitische Komponente im Vordergrund steht – „starke Versorgerehe“ (vgl. z.B. Langan/Ostner, Rubery u.a.; Dingeldey). Seine familienpolitische Ausgestaltung und

Kein Gemeinwesen, das an seiner Fortexistenz interessiert ist, kann auf die generativen, Sozialisations- und Betreuungsleistungen der Familie verzichten.

* Ulla Knapp ist Professorin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Der Text ist die gekürzte Fassung eines Vortrags vom 6. Mai 2000 bei ProMS Nord in Geesthacht.

seine Probleme lassen sich wie folgt charakterisieren:

2.1 Ehe- und Familienförderung durch Finanztransfers und steuerliche Entlastungen

Das finanzielle Volumen der Familienpolitik in Deutschland belief sich 1996 auf ca. 211 Mrd. DM (Bäcker u.a., S. 200). Knapp 70% dieser Summe wurden für das Kindergeld bzw. die Kinderfreibeträge mit gut 44 Mrd. DM, das Ehegattensplitting mit gut 41 Mrd. DM und die Familienhilfe in der Kranken- und Pflegeversicherung mit knapp 60 Mrd. DM verausgabt. Hinzugerechnet werden müßten DM 150 Mrd. für das Bildungswesen (einschl. Kindergärten). (Nicht erfaßt sind insbesondere die Witwen-/Witwernversorgung und die rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten, auf die ich auch nicht weiter eingehen werde). Insgesamt kommt man somit auf ca. 360 Mrd. DM (oder ca. 10% des Bruttoinlandsprodukts). Dies ist – auch im internationalen Vergleich – ein recht stattliches Volumen (Rubery et al., Kap. 6). Da es im wesentlichen aus der Einkommensteuer finanziert wird, tragen allerdings auch die Familien selbst wiederum zu seiner Finanzierung bei.

Unter „familienpolitische Leistungen“ firmieren in der BRD auch Transfers/Steuerentlastungen, die an die

Ehe geknüpft sind. Dies umfaßt neben der hier nicht zur Diskussion stehenden Hinterbliebenenversorgung die Familienhilfe in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie das Ehegattensplitting. Beim Ehegattensplitting werden dabei 10 Mrd. DM für Paare aufgewendet, die keine Kinder (mehr) zu versorgen haben (Bäcker u.a., S. 200).

Innerhalb der bundesdeutschen Familienpolitik spielt der Konflikt zwischen horizontalem und vertikalem Lastenausgleich traditionell eine große Rolle. Im Unterschied zu anderen, eher egalitären Fördersystemen (z.B. Schweden, Niederlande) steigen in der BRD viele familienpolitische Transfers mit zunehmendem Einkommen („ständisches“ Prinzip). Es sind dies alle über Steuerfreibeträge geregelte Maßnahmen (z.B. Ausbildungsfreibetrag, Haushaltsfreibetrag, Kinderfreibetrag) sowie das Ehegattensplitting. (Die Freistellung der Existenzminima von der Besteuerung wird allerdings von vielen AutorInnen nicht als Familienfördermaßnahme eingestuft).

Diese ständische Komponente der Familienpolitik wird durch das Bildungssystem verstärkt: Erstens steigen die die Pro-Kopf-Ausgaben mit dem Alter des Kindes und Bildungswege, die über die Gymnasien zu Hochschulabschlüssen führen, sind gegenüber denen, die über die Hauptschulen zu Abschlüssen im Dualen Berufsbildungssystem leiten, bessergestellt. Zweitens werden (Ganztags-)einrichtungen für Vor- und Grundschulkindern kaum gefördert, die gerade für Kinder aus sozial schwächeren Familien wichtig wären. Wenn man die Länge der unterschiedlichen Ausbildungsgänge in die Betrachtung einbezieht, dürfte sich als Fazit ergeben, daß die hohen Qualifizierungskosten von Mittel- und Oberschichtkindern zu einem guten Teil von Unterschichtkindern getragen werden (Sachverständigenrat).

Trotz des relativ hohen Volumens der Familienförderung werden die Kosten, die den Familien durch die Kinder entstehen, bei weitem nicht ausgeglichen. So liegen die verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen von Haushalten mit Kindern durchweg unter denen von Haushalten ohne Kinder. Besonders gut standen sich dabei – wie zu erwarten – Zwei-Verdiener-Haushalte ohne Kinder (Pro-Kopf-Haushaltseinkommen/Äquivalenzeinkommen bei den 25-55-Jährigen im Westen 143% des Durchschnitts), während Paare mit Kindern, bei denen nicht beide erwerbstätig sind, einen Wert von 81%

und Alleinerziehende einen von 68% (= ca. 1700 DM) erreichten (Durchschnitt = DM 2454; Bäcker u.a., S. 174).

Jede dieser Gruppen weist in sich wiederum eine erhebliche soziale Differenzierung auf. Als problematisch ist dabei vor allem die wachsende Kinderarmut zu werten. Die Sozialhilfempfehlungsquote unter Kindern ist stark angestiegen (auf ca. 9,3% aller unter Dreijährigen und ca. 7% aller unter 18-jährigen). Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit einem geringen Einkommen und vielen Kindern, vor allem Arbeitslose und MigrantInnen, zählen zu den einkommensarmen (unter 50% des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens). Kinder stellen heute ein größeres Armutrisiko dar als das Alter (Bäcker u.a., S. 176 ff).

Angesichts des nicht unbeträchtlichen Volumens der Familienförderung dürften sich die aufgezeigten Verteilungsprobleme aber zumindest teilweise durch eine Umstrukturierung der vorhandenen Mittel lösen lassen. Zum einen halten viele die starke ständische Komponente der Förderung weder familien-, noch teilungs- noch finanzpolitisch für vertretbar. Als familienpolitisch ineffizient wird in der Regel auch die Förderung kinderloser Ehen angesehen, also das Ehegattensplitting und die Mitversicherung der kinderlosen Ehefrau in den Sozialversicherungen. Insbesondere das Ehegattensplitting wird kritisiert, da es abgesehen von einer verfassungsrechtlich bedenklichen Privilegierung der Versorgerehe auch noch nach dem ständischen Prinzip verfährt. Allerdings handelt es sich bei den begünstigten Paaren auch um ältere Menschen, deren Kinder erwachsen sind, so daß Übergangslösungen notwendig sind (s. dazu unten).

2.2 Geschlechterpolitik und Familienpolitik

Eine Ursache dafür, daß Familien finanziell schlechter gestellt sind als kinderlose Lebensformen, ist der Leitbildcharakter der Versorgerehe. Frauenerwerbstätigkeit parallel zur Familienarbeit wird durch das westdeutsche Modell des Geschlechterverhältnisses negativ sanktioniert. Familien, in denen beide Partner erwerbstätig sind, verfügen über ein deutlich höheres Pro-Kopf-Einkommen als Einverdienerfamilien (in Prozent vom Durchschnitt 103% gegenüber 81%) – eine Aussage, die auch im interna-

Es besteht heute ein negativer Zusammenhang zwischen der Förderung des Versorgermodells und der Höhe der Geburtenraten.

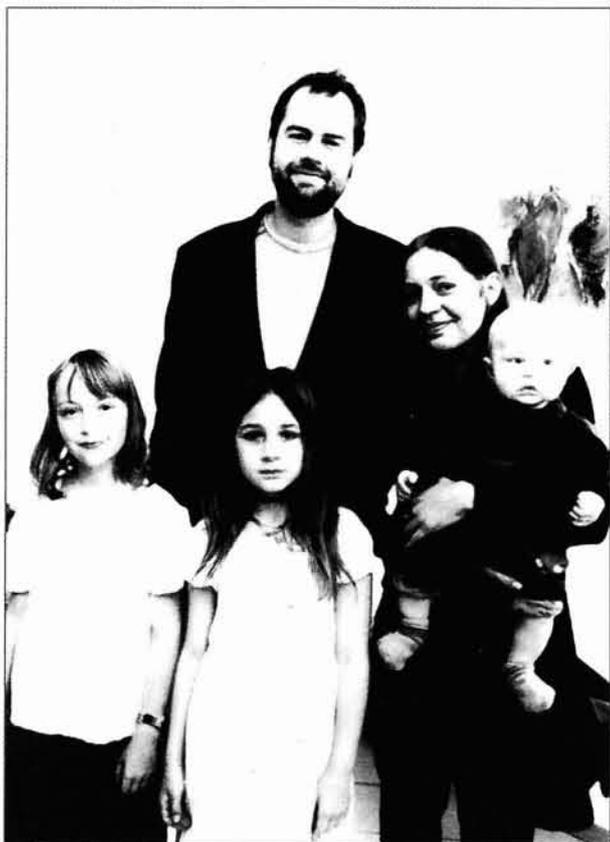


Foto: Christian Kiel (Berlin)

tionalen Vergleich zutrifft (vgl. Anxo u.a.). Solange die Kinder klein sind, müssen aber die meisten Familien mit nur einem Verdienst auskommen. So etwa sind nur 25% aller Mütter mit Kindern unter 3 Jahren und knapp 47% mit Kindern unter sechs Jahren erwerbstätig (beide Gruppen: überwiegend Teilzeit); danach sind sie zwar in gleichem Umfang ins Erwerbsleben einbezogen wie Nicht-Mütter, arbeiten allerdings i.d.R. nur Teilzeit (Bäcker u.a., S. 207 ff).

Der Vorrang der Versorgerehe zeigt sich darin, daß die familienpolitischen Leistungen i.d.R. – bis auf das Erziehungsgeld – das Einkommen des Hauptverdieners mehren. Demgegenüber wird die Erzielung eines eigenen Einkommens – sprich: die Vereinbarung von Beruf und Kindererziehung – Müttern mit Kindern unter 10 Jahren sehr erschwert: Für Kinder unter drei Jahren steht mit dem Erziehungsurlaub zwar eine befristete Ausstiegsoption aus dem Beruf zur Verfügung; solange diese aber nicht mit einem Recht auf Teilzeitarbeit verbunden ist und zugleich Kinder zwischen 3 und 10 Jahren im Kindergarten und in der Schule allenfalls halbtags betreut werden, mündet der Erziehungsurlaub nicht in eine stabile Erwerbslaufbahn. Im übrigen bietet er – von Ausnahmen abgesehen – weder eine finanzielle Absicherung noch Anreize für Männer, sich gleichberechtigt an der Kindererziehung zu beteiligen. Für Alleinerziehende ist das Modell der Versorgerehe mit erheblichen Armutsrisiken verknüpft.

Hinzu kommt, daß durch die Ausgestaltung der Familienförderung (Mitversicherung, steuerliche Förderung) eine bislang nicht-erwerbstätige Ehefrau bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit mit einer ganz erheblichen Grenzabgabenbelastung zu rechnen hat, so daß sich die Aufnahme einer geschützten Beschäftigung oder der Übergang von einer Teilzeit zur Vollzeitbeschäftigung für sie möglicherweise nicht lohnt. Mutterschaft ist in der BRD folglich überwiegend mit finanzieller Abhängigkeit vom Ehemann, erhöhtem Armutsrisiko, falls das ehemännliche Einkommen ausfällt, instabilen Erwerbsverläufen und niedrigeren Renten verbunden; die Versorgerehe ist darüber hinaus grundlegend für geschlechtsspezifische Ungleichheit und Diskriminierung am Arbeitsmarkt.

Das der bundesdeutschen Familienpolitik zugrundeliegende Modell der starken Versorgerehe wird nicht mehr von einem gesellschaftlichen

Konsens getragen; als zukunftsfähiges Leitbild taugt es nicht. Neben den bekannten frauenpolitischen Überlegungen sprechen familienökonomische (Steigerung des Familieneinkommens), wachstumspolitische (Ausschöpfung von Begabungspotentialen), beschäftigungspolitische (Bekämpfung der verdeckten und offenen Arbeitslosigkeit; starker Rückgang des Erwerbspersonenpotentials ab 2015), transformativpolitische (Kompromiß von westdeutschem und ostdeutschem Geschlechterverhältnis) und sozialpolitische (Steigerung der Geburtenrate) Gründe für einen solchen Wandel. Ein zentrales Problem der bundesrepublikanischen Geschlechterordnung ist dabei die Konservierung einer männlichen Erwerbsbiografie, die für Familie keine Zeit läßt, die die aktive Erwerbs- und berufliche Aufstiegsphase immer stärker auf den Lebenszeitraum legt, in dem Menschen normalerweise Kinder großziehen, und die eine Überstundenkultur pflegt, die – auf Kosten der Sozialkassen – zur ständigen Vorverlegung des Ruhestandsalters geführt hat.

2.3 Beschäftigungskrise und Familienpolitik

Die Reformdefizite in der Familien- und Geschlechterpolitik haben die Beschäftigungskrise verstärkt. Obwohl der Wandel des Geschlechterverhältnisses durch die Bildungs-, Gesellschafts- und Rechtspolitik der 60er und 70er Jahre ja gerade mitgefördert wurde, übersah man, daß die zunehmende Erwerbsorientierung von Frauen gleichbedeutend mit einem zunehmenden Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt ist: Seit 1960 hat das Erwerbspersonenpotential in Westdeutschland um gut 6 Mio zugenommen, wobei sich der Anstieg im wesentlichen (+ 5 Mio) auf die letzten zwei Jahrzehnte konzentrierte. Frauen hatten an diesem Anstieg einen Anteil von zwei Drittel (+ 4 Mio) (Kromphardt, MittAB 1/99; Engelen-Kefer, S. 81). Da seit 1980 (1960) die Zahl der Arbeitsplätze in Westdeutschland nur um ca. 1,7 Mio (2 Mio) zugenommen hat, stieg die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit auf eine Rekordhöhe von ca. 4,7 Mio. an. Im Osten wiederholte sich dieser Zusammenhang mit umgekehrtem Vorzeichen: man rechnete nicht mit den beschäftigungspolitischen Folgen des Nicht-Rückzugs der Frauen vom Arbeitsmarkt.

Die aktive Beschäftigungs- und Arbeitszeitpolitik, die die Veränderungen auf der Angebotsseite des Ar-

beitsmarktes erfordert hätten, fand aber nicht statt. Dazu gehören der Ausbau der sozialen Dienste und individuelle und kollektive Arbeitszeitverkürzungen, die das gegenwärtige Tempo deutlich hinter sich lassen.

3. Die Familienpolitik der rot-grünen Koalition

3.1 Ehegattensplitting und Kinderlastenausgleich

Die bisherige Familienpolitik der rot-grünen Koalition ist vor allem als Antwort auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – zuletzt vom 10. 1. 1998 – zu sehen, das einerseits bereits 1992 die Freistellung des Kinderexistenzminimums (ca. DM 7000 p.a.), andererseits die des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs von der Einkommensbesteuerung, unabhängig von der Familienform, angemahnt hat. So hat die rot-grüne Koalition das Kindergeld ab 1.1.1999 für erste und zweite Kinder von DM 220 auf DM 250; ab 1. 1. 2000 auf DM 270 erhöht. Zwischen dem Bezug des Kindergeldes und der Inanspruchnahme des auf DM 6.912 festgelegten Kinderfreibetrags besteht ein Wahlrecht; dabei wirkt sich derzeit der Freibetrag für ca. 5% der Haushalte in oberen Einkommensgruppen besser aus als das Kindergeld (Bäcker u.a., S. 188f.).

Sehr viel ausgeprägter gestaltet sich die soziale Schieflage des Familienlastenausgleichs allerdings, wenn man den ab 2002 eingeplanten Gesamt-Freibetrag in Höhe von DM 12.528 betrachtet. Neben dem Unterhaltsfreibetrag in Höhe von 7.452 werden dann auch für Verheiratete mit Kindern Freibeträge für die Kinderbetreuung (DM 3024) und -erziehung (DM 2052) steuerlich anerkannt werden. Faßt man die drei Freibeträge zusammen, so übertrifft bei Anlegung des aktuellen Steuertarifs die steuerliche Entlastung ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von DM 55.000 das Kindergeld. Diese Differenz steigt mit dem Einkommen, sie beträgt z.B. DM 1.320 bei einem Einkommen von DM 90.000 und DM 5.680 bei einem Einkommen von DM 215.000 (Schratzenstaller S. 272).

Während durchaus gute beschäftigungs- und familienpolitische Gründe für die Erhöhung des Kindergeldes angeführt werden können, so muß die Beibehaltung der steuerlichen Förderung bzw. ihr Ausbau über Betreuungs- und Erziehungsbeiträge als Rückschritt gewertet werden. Ob das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes

Beim Ehegattensplitting werden 10 Mrd DM für Paare aufgewendet, die keine Kinder (mehr) zu versorgen haben.

tatsächlich keine Alternativen eröffnet hat, vermag ich nicht im einzelnen zu prüfen. Das Bundesfinanzministerium argumentiert, daß man – wäre man in der Umsetzung des Urteils (Freistellung des Existenzminimums und der Kinderbetreuungskosten/Erziehungskosten) den Weg des reinen Kindergeldes gegangen – ein Kindergeld in Höhe von ca. DM 500,— pro Monat und Kind hätte zahlen müssen; dieses aber sei nicht finanzierbar. Das Bundesverfassungsgericht habe die Koalition also zu dieser konservativen Lösung quasi gezwungen.

Am aufrechten sozialdemokratischen Reformwillen der Koalition läßt sich allerdings mit Fug und Recht Zweifel anmelden, wenn man ihren Umgang mit dem Ehegattensplitting betrachtet. Nachdem dieses im Koalitionsvertrag (der laut BK Schröder ja keine Bibel ist) noch zur Disposition gestellt war, ließ man die geplante Neuerung – Begrenzung des maximalen Vorteils auf DM 8000 – klammheimlich unter den Tisch fallen. Perspektiven hinsichtlich einer Neugestaltung wurden nicht eröffnet. In einem Schreiben an den deutschen Frauenrat führt das Finanzministerium dazu aus: Vor allem bei der älteren Generation gebe es „...nicht zu unterschätzende Akzeptanzschwierigkeiten.... Viele Gründe werden ... gegen eine Abschaffung des Ehegattensplittings angeführt, so zum Beispiel, daß (dadurch) die Frauen auf den Arbeitsmarkt gedrängt würden.... An dieser Stelle muß noch sehr viel Aufklärungsarbeit ... geleistet werden“.

Insofern sind die oben unter 2.1. genannten Probleme der Familienförderung nach wie vor ungelöst, nämlich wie auf der einen Seite die verschwenderische Begünstigung von gutverdienenden Familien und kinderlosen Ehepaaren und auf der anderen Seite Kinderarmut verhindert werden kann. Der Eindruck, daß der Koalition primär an einer Förderung des konservativen Modells der Versorgerehe gelegen ist, verstärkt sich, wenn man die relative Verschlechterung der sozialpolitischen Position Alleinerziehender berücksichtigt: Auf Weisung des Verfassungsgericht wurde der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende, der ja auch einen Nachteilsausgleich für das Ehegattensplitting darstellte, ersatzlos gestrichen.

3.2 Familien-, Beschäftigungs- und Geschlechterpolitik

Weder von der SPD und noch viel weniger von den Grünen in der Regie-

rung werden beschäftigungspolitische Alternativen zur alten neoklassisch-angebotsorientierten Ausrichtung geboten. Insofern wird naturgemäß auch eine Integration mit gleichstellungs- und familienpolitischen Konzepten nicht bedacht. Der restriktive Kurs in der Geld- und Fiskalpolitik ist aber nicht bloß beschäftigungs-, sondern auch familien- und gleichstellungspolitisch kontraproduktiv. Faktisch ist der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur etwa – als Lippenbekenntnis im Koalitionsvertrag noch vorhanden – Eichelscher Sparpolitik zum Opfer gefallen. Es verwundert nicht, daß auch im Bündnis für Arbeit bislang nur Maßnahmen diskutiert wurden, die sich negativ auf den Wandel des Geschlechterverhältnisses auswirken (z.B. Rente mit 60, Ausbau eines subventionierten Niedriglohnssektors). Arbeitszeitpolitische Reformen, die auf Beschäftigte, insbesondere männliche, im mittleren Lebensalter zielen, spielten demgegenüber bislang offenbar keine Rolle.

3.3 Reform des Erziehungsurlaubs (Entwurf)

Einen Hühnerschritt voran stellt die Reform des Erziehungsurlaubs (Breil) dar, in der auf dem Papier zumindest eine familien- und gleichstellungspolitische Perspektive – 30 Stunden Erwerbsarbeit zugleich für Mutter und Vater – angedacht wird. Neu ist hier, daß Mütter und Väter einen individuellen Anspruch auf Erziehungsurlaub haben. Sie können dieses Recht gleichzeitig und auch, wenn sie Erwerbsarbeit im Umfang von bis zu 30 Stunden leisten, in Anspruch nehmen. Bis zu 12 Monate des Erziehungsurlaubs können ihnen flexibel bis zum 8. Lebensjahr des Kindes gewährt werden. Allerdings: das Recht auf Arbeitszeitverkürzung im Erziehungsurlaub gilt nicht für Beschäftigte in Betrieben mit bis zu 15 Beschäftigten (weit über ein Viertel aller weiblichen Beschäftigten), und es darf nur mit Zustimmung des Arbeitgebers auf Kinder über drei Jahre ausgeweitet werden. An der – entscheidenden – arbeitszeitrechtlichen Position von Müttern mit über dreijährigen Kindern ändert die Reform also nichts. Die Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme von Erziehungsgeld wurden um ca. 10% angehoben; dies stellt noch nicht einmal einen Inflationsausgleich für die letzten 15 Jahre der Nicht-Erhöhung dar. Insgesamt entstehen durch dieses Gesetz Mehrkosten in Höhe von DM 0,3 Mrd (!).

4. Ausblick

Die familienpolitische Bilanz zeigt, daß zentrale programmatische Ziele von SPD und GRÜNEN von der Mehrheit der Regierenden nicht getragen werden. Ein Wandel des ständestaatlich-patriarchalischen Modells ist nicht angedacht, das herrschende beschäftigungspolitische Paradigma ist ein krudes neoklassisches, das Verbal-Modernisierer à la Beck und Giddens bloß modischer gewanden. In der Verteilungspolitik scheinen die Interessen der KapitalanlegerInnen und Großunternehmen das Rennen gemacht zu haben. Mir jedenfalls ist angesichts dieser Bilanz noch klarer, warum viele aktive Grüne und SozialdemokratInnen mittlerweile politisch heimatlos geworden sind.

Jede Idee zum Umbau des Sozialstaats – wie etwa die Reform des Ehegattensplittings – läuft angesichts dieser Machtkonstellation Gefahr, als Sparschwein – etwa zur Finanzierung der Unternehmenssteuerreform – mißbraucht zu werden. Es wäre deshalb vor alternativen instrumentellen Erwägungen gut zu bedenken, von welchen beschäftigungs-, verteilungs- und geschlechterpolitischen Konzepten und Perspektiven Rot-Grün zukünftig in der Bundespolitik ausgeht.

Familienpolitische Perspektiven jenseits dieses rot-grünen Status Quo müßten auf die Abschaffung der Eheförderung, Chancengleichheit für Kinder und einen geschlechterpolitischen Modellwechsel zielen.

Abschaffung der Eheförderung

Vor allem angesichts des auch in Art.3 GG zum Ausdruck kommenden Wandels des Geschlechterverhältnisses sollten Maßnahmen, die ausschließlich die Institution Ehe fördern, gekappt und mittelfristig abgeschafft werden. Perspektivisch geht es um die Individualisierung der sozialen Sicherung und der Besteuerung. Als kurzfristig umsetzbare Maßnahme käme dabei etwa das kürzlich vom DIW vorgelegte Realsplitting-Konzept in Betracht (Seidel u.a.).

Chancengleichheit für Kinder

Chancengleichheit für alle Kinder heißt vor allem, die bestehende soziale Schiefelage des Familienlastenausgleichs zu korrigieren, d.h. die Förderung insgesamt nicht progressiv, sondern degressiv oder egalitär auszugestalten. Dies schließt die Verhinderung von Kinderarmut ein. Ein möglicher Weg dazu ist ein für alle einheitliches Kinder- oder Familiengeld (falls eine

Die hohen Qualifikationskosten von Mittel- und Oberschichtkindern werden zu einem guten Teil von Unterschichtkindern getragen.

degressive Staffelung nach den Familienurteilen des Bundesverfassungsgerichtes auf rechtliche Bedenken stoßen sollte). Vorschläge dazu haben die CDU, den CDA nahestehende Gruppierungen und – am weitestgehenden – Michael Opielka mit seinem Erziehungsgeld 2000 vorgelegt (Werdning; Wingen). Diese Vorschläge sehen monatliche Zahlungen zwischen 500 und 2000 DM vor (anstelle der heute existierenden familienpolitischen Leistungen). Die Erwerbstätigkeit von Müttern und/oder Vätern ist in den meisten Vorschlägen keinerlei Beschränkungen unterworfen. [Zur Kritik dieser Modelle vgl. Gisela Notz, Wi(e)der die Neuaufgabe der Hausfrauenehe?, in: spw 2/99, S. 43-46.]

Umstritten ist, welcher Teil des Gesamttransfers in Form von Realtransfers (subventionierte Kinderbetreuung) vergeben wird. Aus pädagogischer, beschäftigungs- und gleichstellungspolitischer Sicht sollte der Schwerpunkt auf Realtransfers liegen (insbesondere Ausbau im Krippen- und Hortbereich, verlässliche Halbtagsgrundschule, Ganztageseinrichtungen für 3 – 6-jährige Kinder mit flexiblen Öffnungszeiten); in welcher Form die Subventionierung erfolgt (z. B. Subjekt- vs. Objektförderung), ist angesichts der defizitären Versorgungslage eine zweitrangige Frage.

In die Überlegungen zum Kinderlastenausgleich muß die Neuregelung der Ausbildungsförderung im weitesten Sinne einbezogen werden. Auch hier existiert eine beträchtliche soziale Schieflage einerseits zulasten von sozial schwächeren und bildungsfernen Schichten, andererseits im Hinblick auf die Vorschulkinder im Vergleich zu den 18-27-Jährigen.

Geschlechterpolitischer Modellwechsel

Hier geht es darum, einen Kompromiß zwischen dem traditionellen ostdeutschen Modell (Angleichung der weiblichen an die männliche Erwerbsbiografie und vollzeitige öffentliche Kinderbetreuung) und dem ständestaatlich-patriarchalischen westdeutschen Modell zu finden. Dieser ist im Entwurf zum Erziehungsurlaub zumindest formuliert worden: je 30 Stunden Erwerbsarbeit für Mütter und Väter. Seine Umsetzung würde allerdings umfassende allgemeine und individuelle Arbeitszeitverkürzungen voraussetzen. Dabei wäre es sinnvoll, allen Beschäftigten umfassende arbeitsrechtlich gesicherte Arbeitszeitverkürzungs- und Ausstiegsoptionen zu eröffnen, die je nach Zweck der

Beurlaubung in unterschiedlicher Weise finanziell und sozial gesichert sind (Schmid). Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch einen – wiederum auch beschäftigungspolitisch erforderlichen – Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

spw

Literaturhinweise

- Anxo, Dominique, Flood, Lennart und Jill Rubery: Arbeitszeitmuster und Einkommensverteilung von Haushalten im internationalen Vergleich, in Dingeldey 2000, S. 48 – 94
- Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1999, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Heft 1/1999; zitiert als MittAB 1/1999
- Bäcker Gerhard, Bispinck, Reinhard, Hofmann, Klaus, Naegele, Gerhard: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Band 2, Opladen 2000, zitiert als Bäcker u.a.
- Breil, Gisela: Endlich Land in Sicht? Erste Anmerkungen zur Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes, in: Informationen für die Frau, März 2000
- Dingeldey, Irene (Hg.): Erwerbstätigkeit und Familie in Steuer- und Sozialversicherungssystemen, Opladen 2000
- Dies.: Einkommenssteuersysteme und familiäre Erwerbsmuster im europäischen Vergleich, in: Dingeldey 2000, S. 11 – 47
- Engelen-Kefer, Ursula, Kühl, Jürgen, Peschel, Peter, Ullmann, Hans: Beschäftigungspolitik, 3. Auflage, Köln 1995
- Hendricks, Barbara: Das Familienentlastungsgesetz – Zur steuerlichen Förderung der Familie, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Frauenpolitik (Hg.): Zur Umsetzung der Entscheidung des BVerfG vom 10. November 1998 zur steuerlichen Entlastung von Familien, Bonn 1999
- Kromphardt, Jürgen: Arbeitslosigkeit und Inflation, 2. Auflage, Göttingen 1998
- Langan, Mary und Ilona Ostner: Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat: Aspekte im internationalen Vergleich. In: Kritische Justiz 1991, S. 302 – 317.
- Rubery, Jill, Smith, Mark, Fagan, Colette and Damian Grimshaw (1998): Women and European Employment, Routledge, London/New York 1998
- Sachverständigenrat Bildung bei der Hans-Böckler-Stiftung: Diskussionspapier Nr. 1 vom Oktober 1998. Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung Düsseldorf 1998
- Schmid, Günter: Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukunfts-gerechten Arbeitsmarktpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12 – 13/1994, S. 9-23
- Schratztenstaller, Margit: Zum geplanten Familienförderungsgesetz 2000, in Sozialer Fortschritt 10/1999
- Seidel, Bernhard, Teichmann, Dieter, Thiede, Sabine: Ehegattensplitting nicht mehr zeitgemäß, DIW-Wochenbericht 40/99
- Werdning, Martin: Familienpolitik: Das „Familiengeld“-Konzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: Ifo-Schnelldienst 1-2, 2000
- Wingen, Max: Aufwertung der elterlichen Erziehungsarbeit in der Einkommensverteilung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B3-4, 2000

Für
18
ganz
schön
clever...

... sind unsere
beiden neuesten Bücher,
wieder in bewährter
AKP-Qualität zum sagenhaft
niedrigen Preis von
jeweils 18,- DM.

Heiner Schiller-Dickhut
Klaus-Peter Hornumki (Hg.)

KOMMUNALE UNTERNEHMEN

auf
der
Flucht
nach
vorn!



Bielefeld 1999
136 Seiten, 18,- DM
ISBN 3-9803641-2-7

Veranstaltet von
Ulrich A. Heilmann (Hg.)

INSZENIERTER FORTSCHRITT

die Emscherregion
und ihre
Bauausstellung



Bielefeld 1999
136 Seiten, 18,- DM
ISBN 3-9803641-3-5

Hier bestellen:
Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40, 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17, Fax 05 21/17 75 68
e-mail: AKP-Redaktion@t-online.de
www.gruene.de/akp-redaktion

Das SS-Wirtschaftsimperium

von Werner Rügemer

Rezension zu: Peter-Ferdinand Koch: Die Geldgeschäfte der SS. Wie deutsche Banken den schwarzen Terror finanzierten. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2000. 288 Seiten, mit zahlreichen Dokumenten, 39,90 DM.

Bisher wird die SS unter der Führung Heinrich Himmlers mit Terror und der Aufsicht über die Konzentrationslager (KZ) in Verbindung gebracht. Dies ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Trotz der Betonung des „schwarzen Terrors“ im Untertitel geht es Peter-Ferdinand Koch um die „zivile“ Seite der SS, um ihre bisher wenig bekannte, aber umfangreiche Wirtschaftstätigkeit. Diese überschneidet sich sehr viel mehr als bisher zugegeben mit der „normalen“ Wirtschaftstätigkeit in NS-Deutschland.

Die Verbindung von Unternehmen und Hitler

Koch geht zunächst auf die bekannte Förderung der SS und der NSDAP durch die Spitzen der Wirtschaft ein. Leider macht er dies jedoch nicht systematisch, sondern nennt nur Einzelbeispiele, deren Auswahl undurchsichtig bleibt. Er beschreibt einige der nach dem ersten Weltkrieg zahlreich gegründeten patriotischen Clubs und vaterländischen Vereine. Gründer waren häufig Unternehmer und Bankiers. Privatbankier Enno von Marcard und HAPAG-Direktor Louis Leisler Kiep etwa luden dann 1930 Hitler im Namen der Hamburger Kaufmannschaft ins überfüllte Hotel Atlantic ein, „als die hanseatische NSDAP noch nicht einmal 200 Mitglieder zählte und die Parteikasse noch aus einem abgegriffenen Schuhkarton bestand“.

Fritz Thyssen finanzierte 1930 die NSDAP-Zentrale in München und verschaffte Hitler im selben Jahr die Einladung in den Düsseldorfer Industrieclub, was zum Durchbruch führte. Der Kölner IHK-Präsident und Privat-

bankier Kurt von Schröder, der 1933 die Reichskanzlerschaft Hitlers einführte, koordinierte bis Kriegsende die Wirtschaftsspenden für die SS: Zum „Freundeskreis Reichsführer SS“ gehörten Dresdner, Deutsche und Commerzbank, Siemens, Puddingkönig Oetker und viele andere.

Die SS als Unternehmens-Holding

Gleichzeitig baute die SS ihr eigenes Wirtschaftsimperium auf. Oswald Pohl, Reichskassenverwalter der SS (und auch des Deutschen Roten Kreuzes), schob bis 1942 das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) zusammen. Hier zahlten deutsche Unternehmen die Entgelte für die KZ-Häftlinge ein, die von der SS als Zwangsarbeiter angemietet wurden.

Schließlich koordinierte das WVHA über die Holding „Deutsche Wirtschaftsbetriebe GmbH“ 63 SS-Firmen. Dazu gehörten Erholungsheime und Siedlungsgesellschaften, die Deutschen Erd- und Steinwerke, Baustoff-, Zement- und Keramikfirmen, das Mineralwasserunternehmen „Apollinaris“, aber auch Kunst- und Zeitschriftenverlage bis hin zur „Deutschen Briefkastenreklame“. Generäle und SS-Funktionäre waren am Gewinn beteiligt. Oswald Pohl hielt persönlich Anteile an 26 Unternehmen. Er bediente sich ausgiebig selbst und holte 46 Millionen Reichsmark heraus, die er in Wertpapieren bei der Dresdner Bank anlegte.

Banken als „Arisierungshelfer“

Koch schildert ausführlich die Zusammenarbeit der Wirtschaftsprüfer für die SS. Dies dürfte bisher weithin unbekannt sein. Die Deutsche Revisions- und Treuhand AG, 1890 von der Deutschen Bank gegründet, erstellte Wertgutachten für Arisierungen, wobei auftragsgemäß das jüdische Betriebsvermögen stark heruntergerechnet wurde. So kamen etwa das Bankhaus Merck, Finck & Co. günstig an den Konkurrenten Rothschild, Schickedanz/Quelle an das Papierwerk Rosenfelder („Camelia“, „Tempo“) und die Deutsche Bank an das Amsterdamer Bankhaus Mendelsohn. Auch die Banken arbeiteten bei der Arisierung aktiv mit der SS zusammen. Bei einer Vorstandssitzung der Deutschen Bank in ihrer Kölner Filiale am 2. November 1938 wurde bilanziert, die „Arisierung sei stark ins Stocken geraten“, die Deutsche Bank habe erst „330 Objekte in arischen Besitz übergeleitet“, die weitere Durchforstung des

Kundenstamms auf arisierbare Betriebe sei zu beschleunigen.

Die Arisierungsgutachten wurden häufig über die IHK vermittelt, allein die Berliner IHK vermittelte 1.002. In den Jahren 1934 bis 1938 stieg die Dividende der vielbeschäftigten Wirtschaftsprüfer von der Deutschen Treuhand auf 12 Prozent. Nach dem Krieg machten sie unbehelligt weiter, das Unternehmen hieß nun KMG, heute heißt es KPMG. Ausführlich geht Koch auf den Arisierungsspezialisten Paul Binder ein, der von der Deutschen Treuhand zur Dresdner Bank wechselte. Er begutachtete und „prüfte“ für die SS Unternehmen in Estland, Litauen und Lettland. Nach 1945 wurde er Vorstandsmitglied des CDU-Wirtschaftsrates und von Ludwig Erhard als einer der „Wirtschaftsweisen“ in den Sachverständigenrat berufen.

In manchen Abschnitten geht Koch vom Thema SS ab, erschließt aber interessante Einblicke in die Zusammenarbeit von Banken und NS-Staat. Die Deutsche Bank, an deren Spitze während des Krieges Hermann Josef Abs gerückt war, finanzierte über ihre „Deutsche Überseeische Bank“ die Auslandsorganisation (AO) der NSDAP und damit einen Teil des deutschen Spionagedienstes. Die AO kontrollierte auch die Außenhandelskammern der IHK bzw. des DIHT. Abs versorgte sie ebenso mit Devisen wie die ausländischen Botschaften des NS-Regimes z.B. in Südamerika. Der Deutschbanker rühmte sich, „den deutschen Reichsvertretungen drüben Mittel zuzuführen, ohne dass freie Devisen von Deutschland aus herausgegeben werden mussten“. Auch die Züricher Filiale der Deutschen Bank war bei solchen Geschäften und für verdeckte Finanzoperationen der SS behilflich.

Resümee

Koch gibt keinen systematischen Einblick in das Wirtschaftsimperium der SS und die Verbindung zur „normalen“ Wirtschaft, aber die einzelnen Einblicke sind erhellend. Die Quellenlage ist schwierig, viele Firmenarchive sind immer noch geschlossen. Deutlich wird aber, dass die Behauptung, „die Wirtschaft“ sei zur Zusammenarbeit mit NSDAP und SS „gezwungen“ worden, nicht stimmt. Und Koch räumt auf mit dem bisherigen Klischee der „Anatomie des SS-Staates“, wonach die SS eine reine Terrororganisation gewesen sei. Die SS war vielmehr auch eine Wirtschaftsorganisation, deren Methoden sich von der der „normalen“ Unternehmen kaum unterschied.

spw

Die SS war auch eine Wirtschaftsorganisation, deren Methoden sich von der der „normalen“ Unternehmen kaum unterschied.

Werner Rügemer, Journalist, lebt in Köln



Recht und Ethik der modernen Medizin

Ein Bericht zur Arbeit der Enquete-Kommission

von Dr. Wolfgang Wodarg

Eine Enquete-Kommission zum Thema „Recht und Ethik der modernen Medizin“ hat der deutsche Bundestag am 24.03. 2000 mit großer Mehrheit der Stimmen aller Fraktionen beschlossen. An diesem Abstimmungsergebnis läßt sich die mühsame Überzeugungsarbeit nicht mehr ablesen, die auch in den eigenen Reihen notwendig war, um diese Kommission ins Leben zu rufen.

Der Fortschritt in der Biotechnologie wird unser Leben in einer Weise verändern, die jeden von uns in intimen Fragen und Lebensentscheidungen berührt. Am deutlichsten zeichnet sich dies bereits jetzt im Bereich der Fortpflanzungsmedizin ab, wo MedizinerInnen zunehmend bei der Familienplanung mitwirken. Neben den Chancen, bestimmte Krankheiten und spätere Behinderungen auf zellulärer Ebene auszuschalten, sind die Risiken einer neuen Labor-Eugenik unübersehbar. Solche Fehlentwicklungen sind nicht zwangsläufig. Der Preis des Fortschritts muss nicht darin bestehen, in grenzenloser Risikobereitschaft abzuwarten, ob die Vorteile neuer technischer Möglichkeiten die Nachteile überwiegen.

In meinem Beitrag möchte ich die Frage diskutieren, inwieweit die Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ ein geeignetes Gremium zur Technikfolgenabschätzung, Diskussion und Politikberatung ist, und die wichtigen Zukunftsfragen im Zusammenhang mit den Biotechnologien aufzugreifen und bearbeiten kann. Bevor ich auf die Themen, das spezifische Anliegen und die Arbeitsweise dieser Kommission näher eingehe, möchte ich kurz darstellen, zu welchem Zweck Enquete-Kommissionen berufen werden.

Was ist eine Enquete-Kommission?

Enquete ist der französische Ausdruck für Untersuchung. Gleichwohl ist eine Enquete-Kommission nicht einfach ein Untersuchungsausschuss, wie er bei gegebenem Anlass vom Parlament eingesetzt werden kann, um Tatbestände wie beispielsweise jetzt die CDU-Spendenaffäre aufzuklären. Eine Enquete-Kommission behandelt allgemeinere Themenkomplexe mit großer gesellschaftspolitischer Relevanz, wo nicht nur zukünftiger Regelungs- und Diskussionsbedarf besteht, sondern auch ein Wissens- und Informationsdefizit. Eine Enquete-Kommission ist zunächst und vor allem ein Gremium der Legislative. Es dient der Selbstaufklärung und unabhängigen Beratung des Parlaments, damit dieses, im Vergleich zu den vielen Informationsmöglichkeiten von Regierungsinstitutionen, über eine eigene Quelle verfügt, um Sachverständigenwissen einzuholen.

Die Besonderheit einer Enquete-Kommission besteht darin, dass sie sich zu gleichen Teilen aus ParlamentarierInnen und aus von den Fraktionen benannten Sachverständigen zusammensetzt. Weil ein Teil der Mitglieder mithin von außen kommt, hat das Votum der Kommission im Vergleich zu den regulären Ausschüssen keine bindende Wirkung. Der mögliche Einfluss, sowohl auf laufende Gesetzgebungsverfahren als auch über den umfangreichen Abschlussbericht auf die weitere Behandlung der Thematik in den Ministerien und Ausschüssen, darf gleichwohl nicht verkannt werden. Bereits die Einsetzung einer Enquete-Kommission spiegelt das vorherrschende Bewusstsein in der Gesellschaft wieder, welche Fragen über die Zukunft unseres gesellschaftlichen Miteinanders entscheiden.

Ethik und Fortschritt

Medizin und Biotechnologie verändern vitale Vorgänge und Erfahrungen des menschlichen Lebens wie Geburt, Krankheit, Fortpflanzung und Sterben. WissenschaftlerInnen setzen in ihren Labors überlieferte Wertvorstellungen und Tabus außer Kraft, weil diese beim Wettlauf um Wissen, Geld und Macht hinderlich sind oder scheinen. Ethik wird auch in unserem Land häufig als Fortschrittsbremse und Marketinghindernis angesehen. Ganz besonders gilt dies für die Boombranche Biotechnologie, wo Rückstände gegenüber dem Ausland aufgeholt werden sollen.

Zweifellos kommt den neuesten Entwicklungen im Bereich der Biotechnologie außerordentliche Bedeutung zu. Besonders der Medizin eröffnen sich neue Therapiemöglichkeiten für viele Krankheiten, die bisher nicht oder nur unzureichend behandelt werden konnten. Auch wenn die großen Hoffnungen bezüglich der raschen Anwendbarkeit gentherapeutischer Verfahren einstweilen nur Zukunftsmusik sind, ist die Gentechnik bereits dabei, die Herstellung von Medikamenten zu revolutionieren. In vielen Bereichen des Lebens wird die Biotechnologie sich als die das neue Jahrtausend beherrschende Technologie erweisen und sowohl die industrielle wie auch die landwirtschaftliche Produktion verändern.

Neben allem Anlaß, den die neuen technischen Möglichkeiten zu Optimismus, Fortschrittsglauben und Technikfaszination bieten, besteht

Gleichzeitig steht das System unserer Grundwerte auf dem Spiel.

Dr. Wolfgang Wodarg, geb. 1947, ist Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages und Sprecher der SPD in der Enquete-Kommission.

auch sehr viel Grund zu Sorgen und Ängsten. Im Zentrum der Debatte stehen unbeantwortete ethische und soziale Fragen, die den Menschen unmittelbar in seinem Selbstverständnis als Individuum und Gemeinschaftswesen betreffen. Proportional zu den großen Chancen sind auch die Risiken sehr groß, die diese Technologien mit sich bringen. Da wir auf endgültige Lösungen aus dem Genlabor für diverse Probleme hoffen, besteht in gleicher Weise die Gefahr, dass endgültige, irreparable Naturschäden entstehen.

Gleichzeitig steht das System unserer Grundwerte auf dem Spiel, denn es ist fraglich, ob wir die Würde jedes einzelnen Individuums schützen können, wenn der Mensch nach Maßgabe vorgeburtlicher Diagnostik selektiert werden kann. Biotechnologie und Gentechnik machen es möglich, menschliche Keim- und Körperzellen zu analysieren, zu selektieren und beliebig zu beeinflussen. Während z.B. in England die Präimplantationsdiagnostik und die Vernichtung ungewollter Embryonen praktiziert wird und in den USA sogar die Geschlechtsauswahl im Angebotskatalog für werdende Eltern steht, verhindert das deutsche Embryonenschutzgesetz bislang eine solche Entwicklung – sehr zum Unwillen vieler deutscher Fachleute, die hinter der internationalen Konkurrenz nicht zurückbleiben möchten.

Im internationalen Wettbewerb geht es um Patente und Marktanteile und deshalb vor allem um Beschleunigung. Nachhaltigkeit, Verantwortung für kommende Generationen und soziale Gerechtigkeit sind Kategorien, für die in vielen Konzernen wenn überhaupt die Abteilungen für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind, nicht aber die Abteilungen für Forschung und Entwicklung. Technikfolgenabschätzung gehört bislang nicht zu den selbstverständlichen Erfordernissen der Produktentwicklung.

Eine Ethik, ein wie auch immer gearteter Wertekonsens innerhalb der Gesellschaft ist keine Frage von Marktakzeptanz oder werbewirksamer Verkaufsstrategie. Verantwortungsbewußte Kaufleute werden zugeben, dass die Regeln des Marktes nicht die einzigen und möglicherweise nicht einmal die wichtigsten Regeln im menschlichen Miteinander sind. Ebenso werden verantwortungsbewußte WissenschaftlerInnen wie jüngst auf dem Symposium zur

Fortpflanzungsmedizin des Bundesgesundheitsministeriums erklären, dass sie aus naturwissenschaftlichen Parametern keine ethischen Gesetze ableiten können, und dass die technische Machbarkeit keine Aussage darüber erlaubt, was wir nach Maßgabe unserer gegenseitigen Rechte und Pflichten wollen und wünschen dürfen.

Wozu die Enquete-Kommission zur Medizinethik?

Wer gibt vor, was wir dürfen? Wissenschaft, Wirtschaft, Kirchen und Politik sind meist nicht einer Meinung. Während die Wirtschaft sich auf globaler Ebene den Weg des geringsten Widerstandes sucht, steht die Politik als normensetzende Instanz in ihrer multinationalen Vielfalt dieser Entwicklung insgesamt oft ratlos gegenüber.

In vielen Ländern gibt es inzwischen nationale Ethikräte, die bisweilen wie in Frankreich oder Dänemark einen ganz erheblichen Einfluss auf das Politikgeschehen nehmen. Aber auch einzelne Institutionen gründen eigene Ethikgremien, die je nach Verfassung beratende oder entscheidende Funktionen ausüben. In Amerika hat jedes Krankenhaus eine Ethikkommission, die bei Bedarf jederzeit einberufen werden kann. In Deutschland findet die Diskussion dieser politisch-ethischen Kernfragen überwiegend in Fachzirkeln statt. Kirchen, Hochschulen, Wirtschaftsverbände und Kammern melden sich je nach Betroffenheit bzw. Interesse mit ihren Fachgremien zu Wort. Viele von ihnen beschäftigen eigene SpezialistInnen für Ethik.

Doch bezahlte oder institutionell geförderte Fachleute sind nicht unbedingt ein Garant für den verantwortungsvollen Umgang mit Leben und Würde von Menschen. Gerade die Entwicklung in Amerika zeigt deutlich die möglichen Nachteile der institutionalisierten Ethik. Meist beraten diese Räte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Über lange Zeiträume hinweg sitzen darin immer dieselben „Experten“ und alle anderen fühlen sich nicht mehr berufen, in ethischen Fragen Verantwortung zu übernehmen. Damit besteht die Gefahr, dass eine Alibi-Ethik sich einbürgert, unter dem Feigenblatt vermeintlicher Kompetenz werden problematische Entscheidungen verdeckt. Solche Ethikforen bieten die unauffällige Möglichkeit, Grundrechte entsprechend der jeweiligen Interessenlage auszulegen und degradieren die Ethik zu einer

Nutzanwendung für Kommerz und Werbung. Auch hier möchte ich der Anschaulichkeit halber, auf das Beispiel der amerikanischen Fortpflanzungsmedizin verweisen, die längst flankiert ist von einer Vielzahl kommerzieller Agenturen, die bei vorteilhafter genetischer Ausstattung der Spenderinnen und Spender für horrenden Summen Ei- und Samenzellen verhöckern.

Der Handlungsdruck wächst mit dem Tempo der technischen Möglichkeiten. Ob Energiewirtschaft, Mobilität, Medien und Information, Medizin oder Biotechnologie – zu einer breiten öffentlichen Diskussion kommt es oft erst dann, wenn Katastrophen, Skandale, Unfälle oder Mißbrauch zu Schlagzeilen geführt haben. Immer häufiger ist der Gesetzgeber mit den gesellschaftlichen Auswirkungen technischer Innovationen konfrontiert; immer wieder stellen sich Folgeentwicklungen ein, die weder beabsichtigt, noch vorhersehbar waren und die im schlimmsten Fall nicht steuerbar sind. All jene, die vorher den Fortschritt angepriesen und unhaltbare Versprechungen gemacht haben, ziehen sich nun diskret in die kollektive Verantwortungslosigkeit zurück.

Eine Regierung oder eine EU-Kommission braucht angesichts zahlreicher anstehender Fachfragen und drängender tagespolitischer Entscheidungen loyale Berater "bei Hofe", auf deren Rat sie sich verlassen kann. Das Parlament braucht für ethische Weichenstellungen kein Gremium, das ihm Entscheidungen abnimmt. Es sollte sich vor einer Stellvertreter-Instanz mit hauptamtlichen Ethikern hüten und statt dessen strukturelle Voraussetzungen schaffen, um demokratische Grundsatzentscheidungen auf möglichst breiter Argumentationsbasis fällen zu können. Es lebt von der öffentlichen Debatte und sollte sich Werkzeuge schaffen, um deren Ergebnisse für seine Arbeit zum Wohle aller nutzbar machen zu können. Zunehmend wird die Legitimität parlamentarischer Entscheidungen daran gemessen werden, inwieweit es Politikern gelingt, Diskussionsinhalte und -ergebnisse von außerhalb des Parlaments konstruktiv einzubeziehen und dies auch transparent für den Bürger darzustellen.

Mit der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ hat das Parlament sich ein Forum für die Diskussion ethischer Fragen im Bereich Biotechnologie und

Wer gibt vor, was wir dürfen?

Der Handlungsdruck wächst mit dem Tempo der technischen Möglichkeiten.

Medizin geschaffen. Dieses soll zukünftige Probleme erkunden und ggf. auf die Agenda setzen. Es soll durch seine Arbeit die Fachwelt, interessierte Laien und potentiell Betroffene zur Diskussion anregen, deren Ergebnisse sammeln und darstellen sowie den gesamten Diskussionsprozeß im Internet und mit Hilfe anderer Medien transparent halten. Die sich abzeichnenden Lösungsmöglichkeiten, Vorschläge und Wertungen sollen herausgehoben, Gegensätze und Zusammenhänge so deutlich präsentiert werden, dass auch Nichtfachleute vor klaren Alternativen stehen und informiert nach bestem Wissen und Gewissen eine Entscheidung fällen können.

Ein wichtiger Effekt intensiver Öffentlichkeitsarbeit ist, dass sie über die Wahlkreise zurückwirkt auf jede/n einzelne/n Abgeordnete/n. Von informierten Wählerinnen und Wählern zu einer eigenen Meinungsbildung motiviert, werden informierte Abgeordnete dann im Bundestag zu diesen Themen abstimmen und sich der Verantwortung bewusst sein, die sie damit tragen.

Themenschwerpunkte und Arbeitsweise der Enquete-Kommission

Die Themenliste der zu behandelnden komplexen Inhalte ist lang, und sehr knapp bemessen ist unser Zeitrahmen. Bereits im März 2001 soll die Rohfassung des Berichts erstellt sein. Daher haben sich die Mitglieder der Kommission auf einer Klausurtagung vorab verständigt und beschlossen, Arbeitsgruppen einzurichten, die bestimmte Themengebiete mithilfe je eines wissenschaftlichen Mitarbeiters für die Arbeit und Entscheidungsfindung im Plenum aufbereiten. Neben den regulären Enquete-Sitzungen, die regelmäßig Montags in jeder Sitzungswoche abgehalten werden, wird es also zusätzliche Arbeitstermine geben, um die wichtigsten Inhalte angemessen zu erfassen und zu diskutieren.

Nach dem derzeitigen Beratungsstand ist geplant, folgende drei Arbeitsgruppen einzurichten: 1) Unter die Begriffe Reproduktionsmedizin und Embryonenschutz fallen Themen wie humangenetische Beratung, Fortpflanzungsmedizin, Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik, d.h. genetische Diagnostik, die am Ungeborenen vorgenommen wird und Diagnostik an Embryonen, die im Reagenzglas gezeugt wurden. Über die Zulas-

sung dieser Methode in Deutschland wird derzeit heftig diskutiert. Strittig ist auch der rechtliche Status des Embryos. Der hohe deutsche Schutzstatus des Embryos steht einer verbrauchenden Embryonenforschung entgegen. 2) Es soll eine Arbeitsgruppe zur angewandten Medizin geben, in der Themen wie Gentherapie und Organersatz in ihren vielfältigen Aspekten unter den Oberbegriffen: Gewinnung, Bearbeitung und Nutzung humanbiologischer Materials zusammengefasst sind. 3) Die letzte Arbeitsgruppe wird sich mit den sozialen Aspekten genetischer Daten auseinandersetzen und zum Beispiel über Zugänglichkeit, Regulierung des Marktangebots von Gentests und informationelle Selbstbestimmung diskutieren. Neben diesen Oberthemen führt die Enquete-Kommission eine offene Themenliste, auf der ein weiterer wichtiger Problemkreis vermerkt ist: Themen wie Lebensende, Sterbehilfe, Behandlungsgrenzen, Forschungsethik und die Frage der Einwilligung wird die Enquete-Kommission gesondert aufgreifen. Des weiteren werden neue oder erst mit der Bearbeitung erkennbare Themen in diese Liste aufgenommen. Auf der Grundlage der offenen Themenliste und der Zwischenberichte der Arbeitsgruppen wird Anfang 2001 überprüft, ob weitere Arbeitsgruppen eingerichtet werden müssen.

Die Kommission wird sich sowohl bei der bereits laufenden Gesetzgebung als auch bei zukünftigen Problemstellungen engagieren und also stets gleichzeitig eine aktuelle Ebene mit entsprechendem Handlungsbe-

darf und eine thematische Ebene organisatorisch in Einklang bringen müssen. Die Grundrechtecharta der Europäischen Union und die Umsetzung der EU-Richtlinie „Rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen“ sind zwei aktuelle Themen, deren die Enquete-Kommission sich bereits angenommen hat.

Bei allen Themenfeldern werden einige grundsätzliche Fragen immer wieder neu zu stellen sein: Auswirkungen auf die Menschenwürde, Paradigmen der modernen Medizin wie das Verhältnis zwischen Arzt und Patient, Patientenrechte und Behandlungsgrenzen, Steuerung und Qualitätskontrolle in Forschung und Praxis.

Die Politik muss sich entscheiden, ob sie in Zukunft auf das, was Forschung und Wirtschaft vorlegen, nur noch reagieren und sich ggf. auf ein Krisenmanagement beschränken oder ob sie selbst aktiv werden will, indem sie die Rahmenbedingungen und damit auch die Richtung der weiteren Entwicklung moderner Technologien mitgestaltet und, wo dies nötig ist, klare Grenzen vorgibt. Die Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ wird sich für den Deutschen Bundestag als ein nützliches und vielseitiges Instrument erweisen, sowohl um eine sachlich fundierte Urteilsbasis zu schaffen als auch, um die dringend erforderliche Diskussion innerhalb und außerhalb des Parlaments anzuleiten und zu qualifizieren. Auf diese Weise können wir uns in Stand setzen, schwierige Entscheidungen rechtzeitig und verantwortungsvoll zu treffen. spw

Die Politik muss sich entscheiden, ob sie in Zukunft nur noch reagieren oder selbst aktiv werden will.



Aufstieg und Fall der Standorte

Zwei Jahrtausende Initiative, Genie und Gewalt

Von Winfried Roth

Besprechung zu: David Landes, *Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind*, Siedler Verlag Berlin 1999, 683 S., DM 68,-

Der mühsame Weg von der Steinzeit ins Automobilzeitalter, von der Sklaverei in die Informationsgesellschaft, der Niedergang imposanter Imperien und der Aufstieg übersehener Standorte, Kriege um billige Arbeitskräfte und Rohstoffe oder um verheißungsvolle Absatzmärkte: zu den dramatischsten Themen der Sozialwissenschaften gehört die Geschichte der Weltwirtschaft.

Die meisten Publikationen über dieses halb erschreckende, halb begeisternde Schauspiel fallen befremdlich spröde aus. Eine Ausnahme ist das Buch *Wohlstand und Armut der Nationen* von David Landes. Der 1924 in New York geborene Ökonom – lange Professor an der Harvard University – wurde bekannt durch seine 1969 veröffentlichte Arbeit *Der entfesselte Prometheus* über die Industrielle Revolution. Der Titel des monumentalen neuen Buchs erinnert an die klassische Untersuchung *Der Wohlstand der Nationen* von Adam Smith aus dem Jahr 1776.

Allerdings: den Anspruch, den Fortschritt vom Wolfsfell zum Designer-Sakko, vom Zwölfstundentag am Hochofen zum Lifestyle-kompatiblen Job mit Mobiltelefon und Notebook zu erklären, löst Landes nur unvollständig ein. Kann man etwa eine Biografie des Kapitalismus schreiben, die die globalen Wirtschaftskrisen, das Verhängnis der Massenarbeitslosigkeit, die Herausforderung der Inflation oder die eskalierende Konzentration unternehmerischer Macht nur kurz erwähnt?

Landes interessiert sich vor allem für das – weniger verfängliche – Thema „Triumph und Niedergang rivalisie-

render Standorte“. Er schreibt schwungvoll, oft brillant – und er überblickt einen verblüffend weiten Horizont. Er verweigert sich monokausalen Erklärungen, er verweist vielmehr auf den unaufhörlichen Funkenflug zwischen Technik, Arbeitsorganisation, Kultur und Politik. Er setzt sich ausführlich mit der oft atemberaubenden Wirtschafts- und Technologiegeschichte Asiens, Afrikas und Südamerikas auseinander. Solche Qualitäten sind in der bleifarbenen Landschaft der wissenschaftlichen Ökonomie alles andere als selbstverständlich.

Andererseits: hinter den faszinierenden Streiflichtern verwischen sich nicht selten die Grundlinien der Entwicklung. Im bewegten Strom der Erzählung gehen auch aufregende theoretische Kontroversen um abhängige Entwicklung und ungleichen Tausch, um Basisinnovationen und lange Wellen der Konjunktur, um hegemoniale Währungspolitik oder die zunehmende Unmöglichkeit nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik leicht unter. Selbst grundlegende Arbeiten von Alexander Gerschenkron, Walt Rostow, Fernand Braudel, Samir Amin oder Immanuel Wallerstein zum Thema Weltmarkt kommentiert Landes allenfalls ironisch-herablassend.

Was sagt Landes *allgemein* über die Gewinnchancen in der unendlichen Konkurrenz der Standorte? Die Antwort fällt nicht wirklich sensationell aus. Erster wird wahrscheinlich, wer überlegene Technologien erfindet, die Arbeit in Fabrikhallen und Büros am effizientesten organisiert, Bildung und Forschung großzügig fördert und Transport- und Kommunikationssysteme up to date hält. Vorteilhaft für den Aufstieg in die produktive Avantgarde sind eingespielte Leistungsorientierung und greifbare soziale Aufstiegsmöglichkeiten.

Ein grandioser Produktivitätsvorsprung, der Sieg von A über B sagt allerdings wenig über die Lösung standortübergreifender Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wachstumseinbrüche, Verschuldungsfallen oder Währungskrisen, von der außerökonomischen Lebensqualität – Stichwort Umweltzerstörung – nicht zu reden.

Den Einfluß des Staates auf die wirtschaftliche Dynamik sieht Landes eher skeptisch – er erwähnt aber eine Menge Beispiele für erfolgreiches staatliches Engagement, von protektionistischer Außenhandelspolitik bis zum Aufbau von Zukunftsindustrien oder epochalen Infrastrukturprogrammen.

Im Anschluß an die klassischen Thesen von Max Weber und Joseph Alois Schumpeter hebt Landes kulturelle Faktoren – wie Leistungsorientierung, Neugier, Eigeninitiative – als Motoren wirtschaftlichen Fortschritts hervor.

Auffallend: die produktiven Impulse nationaler oder religiöser Minderheiten für den Aufstieg von Standorten. Die spektakulärsten Beispiele: die europäischen Juden in der frühen Moderne, die chinesischen Immigranten im 20. Jahrhundert in Südostasien. Vielleicht gibt es auch eine andere Begründung als kulturelle Traditionen: zu freiwilliger Emigration entschlossen sich oft die dynamischsten Gruppen.

Hängt gerade der Niedergang von Standorten weniger mit nationalen Mentalitäten zusammen als mit der universellen Sozialpsychologie der Vermögenseliten? So zeigt Landes am Beispiel Spaniens, Hollands und Norditaliens im 17. Jahrhundert, wie auf dem Höhepunkt des Reichtums in einer neuen Generation von „Investoren“ der Wunsch übermächtig wird, sich aus der anstrengenden „realen Ökonomie“ zurückzuziehen und von Zinsen oder Spekulationsgewinnen zu leben.

Thema Natur und Fortschritt. Eine fast triviale Vermutung: ein Standort mit fruchtbaren Böden, nicht zuviel und nicht zuwenig Wasser, leicht zu erschließenden Erz- oder Kohlevorräten und offenen Verkehrsrouten kann wertvolle Startvorteile verbuchen.

Die meisten armen Regionen des Weltmarktes liegen in den Tropen oder Subtropen. Landes hält ein ermüdendes Klima und gefährliche Infektionskrankheiten für entscheidende Gründe schwacher ökonomischer *performance*. Eine zweifelhafte These – man braucht nur seine eigenen Ausführungen über jahrhundertelange produktive Höchstleistungen in Indien, Ägypten oder Mexiko zu lesen. Fatale Seuchen wie Pest, Cholera, Pocken oder Tuberkulose verhinderten nicht den Aufstieg Europas.

Er geht sogar soweit, die Entstehung der Sklaverei in erster Linie aus der Abneigung ihrer Herren gegen Arbeit unter der tropischen Sonne zu erklären. Er formuliert das erstaunlich beiläufig. Einerseits warnt Landes vor kategorischen Urteilen, das ganze Buch hindurch fallen jedoch plakative Verallgemeinerungen auf.

Ein geradezu prometheisches Problem: die Voraussetzungen der Industriellen Revolution und des Kapitalis-

mus in Europa. Der US-Wirtschaftshistoriker beleuchtet ausführlich die Ökonomische Revolution des Mittelalters, die – etwa zwischen den Jahren 1000 und 1500 – der Industrialisierung vorausging.

Er zeichnet zuerst die massive Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vor allem durch die Verbreitung der Dreifelderwirtschaft nach. Sie machte eine Reduzierung der notwendigen Brachflächen möglich. Warum sie sich, obwohl schon länger bekannt, genau damals ausgerechnet in Europa durchsetzte und inwieweit die agrarische Mehrproduktion den Aufschwung des Handwerks und später der Kleinindustrie ermöglichte, wird nicht überzeugend analysiert.

Als zweiten wesentlichen Startvorteil für Westeuropa sieht Landes dessen politische Zersplitterung im Mittelalter. Im Machtvakuum zwischen lokalen Grundherren und feudaler Zentralmacht blühten die freien Städte auf. Landes unterstreicht ihre Garantie der individuellen Eigentumsrechte. Die städtischen Zunftordnungen schränkten allerdings die Konkurrenz und damit die wirtschaftliche Dynamik stark ein. Die *ranger* der „vorindustriellen“ Entwicklung waren, so das Buch, die Kleinunternehmer der gleichsam deregulierten Vorstädte – wie Fürth bei Nürnberg oder Altona bei Hamburg.

Die Unabhängigkeit der Städte habe außerdem Raum für religiöse Dissidenz und damit allgemein für unabhängiges Denken und schließlich den „Triumph der Vernunft“ geschaffen. Die Institutionalisierung der Forschung an den Universitäten löste eine produktive Konkurrenz innerhalb dieses autonomen Sektors aus.

Damit charakterisiert Landes allgemeine Voraussetzungen industriell-kapitalistischer Entwicklung: Produktivitätsgewinne in der Landwirtschaft, gesicherte Eigentumsrechte, Spielraum für unternehmerisches Engagement, freie Wissenschaft.

Diese Zusammenhänge sind nicht selbstverständlich. Auch in Despotien – von den Pharaonen bis zu den Bürokraten des Staatssozialismus – war zumindest in den strategischen Bereichen der Wirtschaft ein beeindruckendes Niveau von Innovation und Effizienz erreichbar. Oder: vielleicht würde ein Kapitalismus ohne die automatische Weitergabe des Eigentums an den Produktionsmitteln in der nächsten Generation mehr individuelle Initiative provozieren. Schließlich: wieweit bestimmen gerade die

ökonomischen Verhältnisse Mentalität und Wissen?

Schade, daß Landes nicht mehr über den epochalen Durchbruch des Konkurrenzprinzips schreibt. Wie zerfiel die halb solidarische, halb monopolistische Marktaufteilung durch die Zünfte in den mittelalterlichen Städten? Wer – außer den „irregulären“ Handwerkern in den Vorstädten – setzte aus welchen Gründen diese Neuorganisation der gesellschaftlichen Produktion durch?

Erzwingt die einmal etablierte Konkurrenz nicht die Expansion des Verkaufs und zugleich atemlose Produkt- und Prozeßinnovation?

Eine wichtige Entwicklung deutet Landes nur an: die Ausweitung der Märkte. Alltägliche Konsumgüter gewannen neben dem Luxusbedarf der Eliten immer mehr Bedeutung. Unklar bleibt, wie Massenproduktion, Produktivitätssteigerungen und höhere Löhne zusammenspielten.

Zu großer Form läuft Landes durchweg in Passagen zur Technikgeschichte auf, in denen er häufig auf eigene frühere Arbeiten zurückgreift. Zwei Beispiele: die Erfindung von Augengläsern im 14. Jahrhundert erhöhte drastisch die Produktivität älterer Handwerker. Ein vehementer Impuls für die gesamte Feinmechanik war die Erfindung mechanischer Uhren, die zugleich ein rigideres „kapitalistisches“ Zeitbewußtsein anzeigten.

Nur vage geht Landes auf den Stellenwert des Handels – besonders des Fernhandels – vor dem Aufbruch über den Atlantik ein. Das in dieser Branche akkumulierte Kapital wurde zum Teil in der entstehenden Industrie investiert. Das Buch verweist darauf, daß durch den Fernhandel – und die ständig verbesserten Navigationstechniken – die „Neugier“ auf die Welt außerhalb Europas und ihren Reichtum zunahm. Den Kreuzzügen und der Eroberung des maurischen Spaniens folgten die großen Expeditionen in Richtung Indien und Amerika.

Was machte den zögernden und doch unaufhaltsamen Durchbruch zum Kapitalismus, zur modernen Industrie möglich? Die einzelnen Voraussetzungen – von der produktiveren Landwirtschaft bis zur autonomen Wissenschaft – fanden sich alle schon in früheren Epochen. War es das zufällige Zusammentreffen dieser Faktoren, das eine einmalige neue Dynamik losbrechen ließ? Mit dem lukrativen Thema „Zufälle und histori-

Das neue Heft:

Sozialismus 2000



Joachim Bischoff/Richard Detje: Das Kartell der Beweglichkeit und der soziale Widerstand; **Daniel Kreutz:** Der rot-grüne Koalitionsvertrag in NRW; **Ulrich Cremer:** Bundeswehr-Reform; **Johannes Steffen:** Rot-Grün verkauft die Rente für ein Linsengericht; **Karl Mai:** Hausvater Eichel.

Joachim Bischoff: Der Mythos von der »Neuen Ökonomie«; **Klaus Dräger:** e-Europe: Überholen ohne einzuholen; **Die neue, alte EU-Strategie für die »Informationsgesellschaft«**

Bernd Riexinger: Bilanz der Tarifrunde 2000; **Michael Wendl:** Streikangst und Tarifpleite – Der Abschluss im öffentlichen Dienst; **Werner Sauerborn:** Das Politische an der Standortfrage – Der Sitz von ver.di; **Gerd Graw:** Die VW-Formel – 5000x5000; **Michael Ebenau:** Es bleibt hoher Diskussionsbedarf. Zum Bericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB; **Heinz Bierbaum/Fulvio Perini:** Forum Soziales Europa; **Günter Bachmann:** 35-Stunden-Woche in Frankreich – Top oder Flop? **Sabine Kebir:** Politische Bilanz der Krise in Algerien; **Rolf Sieber:** Die USA bringen China in die WTO; **Theodor Bergmann:** Der MIK der USA

Supplement: Karl Georg Zinn, Gewinner und Verlierer der Globalisierung?

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68
e-mail: artikel@sozialismus.de

sche Alternativen“ setzt das Buch sich so gut wie nicht auseinander.

Unumstritten ist seine Bilanz: um das Jahr 1500 entwickelten sich in Westeuropa Vorformen industrieller Produktion. Der technologische, gerade militärtechnologische Vorsprung begründete eine imperiale Überlegenheit zu Beginn des „Zeitalters der Entdeckungen und der ursprünglichen Akkumulation“. Die Fundamente des modernen Kapitalismus waren fertig, auch wenn es noch Jahrhunderte bis zum politischen und wirtschaftlichen Sieg des Bürgertums dauerte.

Ein schroff gegensätzliches Bild von Triumph und Depression trotz gleichzeitigem Start in die Moderne vermitteln Nord- und Südamerika vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Beide befreiten sich in der Ära der Französischen Revolution von der europäischen Kolonialherrschaft. Zuerst, so Landes, konnte der Süden des Kontinents wegen der reichen Rohstoffvorkommen sogar einen Vorsprung verbuchen. Ende des 19. Jahrhunderts dagegen waren die USA zur mächtigsten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen.

In Südamerika orientierten sich auch lange nach der Unabhängigkeit die Eliten auf den Export von Kaffee, Kupfer oder Erdöl und den Import von Klavieren, Limousinen und Jagdbomben aus Europa und später den USA. Landes macht vor allem eine eigensinnig-lethargische Mentalität für diese „entwicklungsfeindliche“ Strategie verantwortlich.

Ein Moment, das er nur andeutet: gerade in der Anfangsphase der Industrialisierung sahen sich die USA nach wie vor den imperialen Begehrlichkeiten Englands ausgesetzt – ein entscheidender Impuls zur Entwicklung einer eigenen Industriebasis. Spanien und Portugal dagegen waren so geschwächt, daß sie nicht mehr an Revanche gegenüber ihren verlorenen südamerikanischen Kolonien denken konnten.

Ein schwacher Punkt von *Wohlstand und Armut der Nationen* ist die beiläufige „Erledigung“ der Theorien des Neokolonialismus. Diesen zufolge erstickte nicht nur die koloniale Ausplünderung, sondern auch der anschließende „gleichberechtigte“ Handel und Kapitalverkehr die wirtschaftliche Dynamik im Süden: die asymmetrischen Machtverhältnisse in der Weltwirtschaft hatten fatale Folgen – von abrupten Veränderungen der *terms of trade*,

also der internationalen Preisrelationen, bis zu Zinsschocks im Zusammenhang mit der Auslandsverschuldung.

Mit Blick auf die beginnende Industrialisierung der USA registriert Landes eine Menge elementarer Vorteile – üppige Kohle- und Eisenerzvorräte oder ungewöhnlich günstige natürliche Verkehrswege. Bedeutender sicher: der fehlende Widerstand einer beherrschenden Klasse von rückwärtsgewandten Großgrundbesitzern wie in Südamerika. Als Pluspunkt erwies sich schließlich der organisierte Zustrom überdurchschnittlich qualifizierter Handwerker, Arbeiter und Intellektueller aus Europa. So entstand – wie in Kanada oder Australien – die typische initiativreiche Mentalität einer Gesellschaft, die sich überwiegend aus Immigranten zusammensetzte. Dagegen lebte in der indianischen Bevölkerungsmehrheit Südamerikas die traumatische Erfahrung von Terror und maßloser Ausbeutung durch die Kolonialherren fort.

Andere Standortvorteile der jugendlichen USA: die Bereitschaft der Elite, Gewinne aus Landwirtschaft oder Handel in der Industrie zu investieren, die Förderung der Wissenschaften, die belastbare Infrastruktur. Interessant auch Landes' Hinweis, daß für die Erfolge von Carnegie Steel, Standard Oil oder Pullman technische Kreativität weniger bedeutsam war als die extrem effiziente Organisation der Arbeit.

Nur kurz geht er auf einen anderen Faktor der Überlegenheit ein: den gigantischen Inlandsmarkt, der – zusammen mit hohen Löhnen – die Massenproduktion rentabel machte. Der Hintergrund des beeindruckenden Lohnniveaus: die historisch beispiellose Möglichkeit für die Arbeiter, die Fabriken zu verlassen und ein neues Leben als Farmer im „Wilden Westen“ zu beginnen, wo das vermeintlich herrenlose Land der Indianer lockte.

Eine der faszinierendsten Episoden in der Geschichte des Kapitalismus ist die Ablösung Großbritanniens als führende Wirtschaftsmacht Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts durch die USA. Landes verweist auf den illusorischen Schutz der Industrie Manchesters, Birminghams oder Cardiffs durch Zollbarrieren, er kritisiert bescheidene Innovation, ein unzulängliches Bildungssystem sowie eine geringe soziale Mobilität, die die Erneuerung der Eliten erschwerte.

Das Buch erzählt ausführlich und farbig vom Schicksal der britischen Au-

tomobilindustrie. Diese Schlüsselbranche der Moderne registrierte zunächst blendende Voraussetzungen: die überwältigende Tradition der Metallindustrie zwischen Glasgow und Southampton, hochqualifizierte Arbeitskräfte, einen „garantierten“ Markt im Empire von Toronto bis Auckland. Defizite in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg sieht Landes in der vorrangigen Orientierung auf die Wünsche einer repräsentations-süchtigen Oberschicht statt auf den Massenmarkt, für den Ford und Chrysler produzierten. Auch in der Nachkriegszeit belasteten chronische Konflikte an den Fließbändern – im Kontrast zur amerikanischen „Sozialpartnerschaft“ – die Produktivität. Der Ruin von Morris, Leyland oder Austin nach 1970 war, so das Buch, auf technologischen Rückstand und eine unflexible Managementkultur zurückzuführen.

Ein aufregender Gedanke, mit dem Landes sich leider nur unsystematisch auseinandersetzt, ist die „Ermüdung“ des Establishments. Vielleicht könnte eine sozialpsychologische Analyse das Zurückfallen vieler erfolgreicher Standorte erklären. Fühlen die Einkommens- und Vermögenseliten sich nicht mehr hungrig, verlieren sie unmerklich die historische Initiative. Der Autor zieht eine interessante Parallele zur Gegenwart: am Ende ist heute ein ähnlicher Prozeß in den USA zu beobachten – Stichworte Casino-Kapitalismus, maßlose Importüberschüsse und mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit vieler Branchen, das kurzfristige Vertrauen auf militärische Hegemonie.

Doch Landes widmet sich auch den Ländern, die aus einer „nicheuropäischen“ Tradition heraus groß geworden sind. Landes beschreibt eindrucksvoll, wie sich das Agrarland Japan in wenigen Jahrzehnten zum potenten Industriestaat verwandelt und analysiert den atemberaubenden Aufstieg Koreas in die Gruppe der Industriestaaten, auch wenn hier noch viele Fragen offen bleiben.

Der Wert der Arbeit von David Landes liegt in ihrer interdisziplinären Offenheit und vielen hinreißenden Streiflichtern, nicht so sehr in der Analyse der langfristigen Dynamik des Systems. *Wohlstand und Armut der Nationen* blendet allzu viele Fragen aus – und macht doch neugierig auf die oft gold- und chromglänzende, meist aber schmutzüberzogene und blutbefleckte Geschichte der Weltwirtschaft.

spw

Am 30. Mai 2000 hat die Koalitionsarbeitsgruppe Rentenpolitik ein Konzept vorgelegt. Kernpunkte waren die Kürzung der Rente für Neuzugänge durch einen ansteigenden Kürzungsfaktor bis 2050, wobei die Versicherten ab sofort auf eine private Altersvorsorge von (ab 2008) 4% ihres Einkommens verwiesen werden. Diese sollte staatlich und steuerlich gefördert werden. Indem der empfohlene Privatvorsorgebetrag in die Berechnung des Nettoeinkommens eingeht, soll zugleich das (daran gekoppelte) Rentenniveau sofort gesenkt werden. Nachdem CDU/CSU nicht zustimmten, zugleich DGB, DAG, IG Metall, VdK und SVD (Reichsbund) beim Alternativen Rentengipfel am 13. Juni., AfA, Jusos, AsF und schließlich die SPD-Linke durch Frankfurter Kreis/ Forum DL 21 am 17. Juni und der Deutsche Frauenrat das Konzept ablehnten, fasste der SPD-PV dennoch am 03. Juli mit 19:10 gegen Ursula Engelen-Kefer, Regine Hildebrandt, Andrea Nahles, Gisela Schröter, Sigrid Skarpelis-Sperk, Detlev Albers, Rudolf Dreßler, Ulrich Maurer, Benjamin Mikfeld und Hermann Scheer einen Beschluss, der das Konzept nur modifizierte. Nun soll der Kürzungsfaktor nur bis 2030 wirken und dann ein Nettorentenniveau von 64% – nach heutiger Berechnung ca. 60% – gehalten werden. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützte dies.

Umlagefinanzierte Rente und Alterseinkommen aus Kapital

Die Vorschläge gründen auf der Behauptung, die umlage- und beitragsfinanzierte Rente sei in Zukunft ungeeignet, ihre bisherige Funktion für die Alterssicherung zu erfüllen. Hierfür werden verschiedene Begründungen angeführt.

1. Das demographische Argument

An erster Stelle wird genannt, dass sich das Verhältnis zwischen alter und erwerbsfähiger Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten durch niedrige Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartung verändern wird. Damit ist zutreffend eine Tendenz beschrieben, deren genaue Entwicklung wir nicht kennen. So liegt die Geburtenrate von Dänemark, Schweden oder Frankreich höher als in Deutschland. Sie könnte durch eine kinder- und familienfreundlichere Politik auch bei uns ansteigen. Ebenso könnte Einwanderung bei veränderter – und was die EU-Staaten (einschließlich der

geplanten Osterweiterung) betrifft auch bei unveränderter – Rechtslage die Bevölkerung verjüngen.

Der Zusammenhang zwischen demographischer Veränderung und System der Alterssicherung ist fragwürdig. Auch die Alterssicherung aus Kapitaleinkommen muss aus aktueller Wertschöpfung fließen. Letztere könnte zwar in anderen Volkswirtschaften stattfinden. Die demographischen Trends sind aber in den OECD-Staaten fast synchron, während sie in den Schwellenländern nur mit leichter Zeitverzögerung einsetzen. Für die Alterssicherung ist überhaupt nicht das Zahlenverhältnis zwischen älterer und jüngerer Bevölkerung entscheidend. Strukturell überfordert wäre eine Gesellschaft erst dann, wenn die aktiven Erwerbspersonen nicht in der Lage wären, ein für alle hinreichendes Sozialprodukt zu schaffen. Hiervon sind die entwickelten Länder mit ihrer Produktivität weit entfernt. Fraglich ist allenfalls, ob der Umverteilungsmechanismus weiter trägt.

2. Arbeit und Alterssicherung

An dieser Frage macht sich die Behauptung fest, wegen der demographischen Entwicklung, des Strukturwandels der Arbeit und des internationalen Wettbewerbs sei die Finanzierung der Renten aus Beiträgen auf die Arbeitseinkommen nicht mehr tragbar.

a. Anteil der beitragszahlenden Erwerbsbevölkerung

Die demographische Entwicklung bildet sich nicht zwingend in einem gleichermaßen veränderten Verhältnis zwischen Erwerbspersonen und Rentnern ab. Vielmehr sind der Abbau der Arbeitslosigkeit, eine höhere Erwerbsquote vor allem der Frauen und ein höheres Renteneintrittsalter naheliegende Folgen des demographischen Wandels (vgl. Schulz 1999, S. 7). Dass dadurch auch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt, muss eingerechnet werden.

Auch die Überführung berufsständischer Versorgungssysteme und der Sondersysteme der Abgeordneten (vgl. Welti 2000, S. 254), Minister und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung könnte diese entlasten. Dies gilt auch dauerhaft, da diese Gruppen durch ihre überdurchschnittlichen Einkommen zur Solidarfunktion der Rentenversicherung beitragen. Gerade erst musste Schleswig-Holstein von seiner nicht nur ren-

Zur Kritik der Rentenreform

von Dr. Felix Welti

tenpolitisch gebotenen Politik der Entbeamtung des öffentlichen Dienstes abrücken, weil es an der nötigen Unterstützung des Bundes fehlte. Innerhalb der Beitragszahler könnten die Lasten durch eine Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei Einführung einer Höchstrente – wie von der IG BAU vorgeschlagen – umverteilt werden.

b. Lastenverteilung auf die Einkommensarten

Auch wenn die Thesen von Ende oder Rückgang der Erwerbsarbeit empirisch keine Stütze finden, könnte es richtig sein, die Alterssicherung nicht nur aus Erwerbseinkommen zu finanzieren. Hierzu ist die vorgeschlagene Reform aber ungeeignet. Sie sieht nämlich vor, die zusätzlichen Beiträge zur privaten Sicherung allein durch die Arbeitnehmer tragen zu lassen, die dies zum größten Teil aus ihrem Arbeitseinkommen tun müssten. Somit wird alleine der Arbeitgeberanteil der Rentenversicherung entlastet (er soll 11% nicht übersteigen), während der Arbeitnehmeranteil an der Altersvorsorge mit 11% Beitrag zur gesetzlichen Versicherung und 4% privater Kapitalbildung bei 15% und damit höher als ohne Reform liegt. Entlastet werden nicht die Arbeitseinkommen, sondern allein die Arbeitgeber.

Für eine echte Neuverteilung der Lasten zwischen den Einkommensarten, müsste die Beitragspflicht für Kapital- und Mieteinkommen – wie in der Schweiz – eingeführt werden. Auch eine Neudefinition des Arbeitgeberbeitrags nach der Wertschöpfung statt nach der Lohnsumme könnte eine tatsächliche Entlastung des Faktors Arbeit bewirken.

Der Zusammenhang zwischen demographischer Veränderung und System der Alterssicherung ist fragwürdig.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Schließlich legen die ungleiche Vermögensverteilung und die demographische Entwicklung nahe, Erbschaften auch stärker zugunsten der Alterssicherung zu belasten.

c. Berücksichtigung unsteter Erwerbsverläufe

Die vorgeschlagene Reform ist auch nicht in der Lage, bei unsteten Erwerbsverläufen eine bessere Sicherung zu erreichen. Sie bewirkt das Gegenteil, da die in der Rentenversicherung erworbenen Ansprüche für Zeiten der Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege und Krankheit an Wert verlieren, während innerhalb dieser Zeiten eine private Vorsorge nicht oder kaum möglich ist. Die veränderten Strukturen der Arbeitswelt sprechen allerdings auch dagegen, im Ausbau der betrieblichen Altersversorgung eine generelle Alternative zu sehen, da die langjährige Beschäftigung in einem Betrieb seltener wird.

d. Verbesserte Sicherung?

Kapitalgedeckter Vorsorge wird teilweise eine höhere „Rendite“ und Sicherheit als der gesetzlichen Rente zugeschrieben. Dabei wird ausgeblendet, dass die private Versicherung nicht Invaliditätsrisiko und Invaliditätsvorsorge durch Rehabilitation abdeckt. Weiter wird vernachlässigt, dass der privaten Vorsorge der soziale Ausgleich und die Sicherung der unsteten Erwerbsverläufe abgeht. Private Sicherung findet heute in erheblichem Ausmaß statt, kann aber vor allem von den höheren Einkommensgruppen und Personen genutzt werden, deren Erwerbstätigkeit keine Brüche durch Arbeitslosigkeit, Umschulung, Krankheit oder Kindererziehung aufweist. Zudem sind die Renditeerwartungen unsicher und unreal. Die im er-

sten Riester-Papier angesetzte Verzinsung von 5,5% p.a. bewertete Hans-Jürgen Krupp als „in hohem Maße riskant“. (Frankfurter Rundschau, 10. Juni 2000.) Der Garantiezins der Lebensversicherungen wurde gerade auf 3,25% gesenkt. Die Abhängigkeit der Privatanleger von ihrem Einfluss entzogenen Institutionen und Geschehnissen ist bei privater Vorsorge nicht geringer als bei der gesetzlichen Rente. Und schließlich müssen Verwaltungskosten und Gewinne der Versicherungsunternehmen zusätzlich durch die Privatanleger gebracht werden.

3. Die Lastenverteilung zwischen den Generationen

Die Reform wäre nach ihren Wirkungen weniger eine neue Lastenverteilung zwischen den Generationen als zwischen Kapital und Arbeit und zu Gunsten der privaten Versicherungen. Diejenige Generation, die heute am Beginn ihres Erwerbslebens steht, hätte die höchsten Belastungen aus den Plänen zu tragen. Sie wird bei hohen Beiträgen auf niedrige Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung verwiesen. Wer im Sozialstaat eine Schiefelage im Generationenausgleich sieht, muss diese vor allem bei den heute unzureichenden Leistungen für Kinder und Jugendliche beheben.

Wer dagegen den Generationenausgleich des Jahres 2030 betrachtet, darf nicht vernachlässigen, dass eine leicht gestiegene Sozialabgabenquote auch von einem weit höheren Produktivitäts- und Einkommensniveau aus erfolgt und damit besser verkraftbar ist als heute. Da langjährige Anlagen immer Unwägbarkeiten ausgesetzt sind, bedienen sich übrigens auch die Lebensversicherungen praktisch des Umlageverfahrens (DIW 1998, S: 3). Das heißt: In Bezug auf die Alterssicherung bleiben jung und alt in jedem System in einer Risikogemeinschaft.

4. Geschlechterpolitische Wirkungen

Die schlechtere Sicherung unsteter Erwerbsverläufe trifft überwiegend Frauen. Die gerade eingeführten Kindererziehungszeiten verlieren an Wert. Zudem müssen Frauen wegen ihrer höheren Lebenserwartung bei den „sicheren Anlageformen“ – also solchen, die zu monatlichen Zahlungen im Alter führen – deutlich höhere Beiträge zahlen. Eine Regulierung der kapitalgedeckten Sicherung im Sinne

einer geschlechtsneutralen Kalkulation – wie in Schweden – ist nicht vorgesehen.

5. Makroökonomische Argumente

Für einen höheren kapitalgedeckten Anteil an der Altersvorsorge wurde in der US-Diskussion angeführt, dass hierdurch volkswirtschaftlich benötigtes Kapital gebildet werden könnte (so US-Finanzminister Lawrence Summers, SZ Nr. 144/2000, S. 26.). Ob es vertretbar ist, die Sparquote durch das Zurückfahren sozialer Sicherung zu erhöhen, kann offenbleiben. Jedenfalls ist diese Begründung für Deutschland mit einer deutlich höheren Sparquote unpassend. Hier würde die verstärkte Belastung der Arbeitnehmer und Rentner zum Rückgang des Konsums und damit zu Wachstumseinbußen führen. Ob hingegen unter den Bedingungen der demographischen Veränderung ab 2010 Kapitalmangel für nötige Investitionen bestehen wird, der ausschließlich durch Pensionsfonds zu decken wäre (so vermutet Aglietta, 2000, S. 122 ff), erscheint fragwürdig.

Die Kapitaldeckung eines Teils der Altersvorsorge auf dem privaten Anlagemarkt würde diese von den Schwankungen der internationalen Kapitalmärkte abhängig machen. Durch den Zufluss neuer Kapitalmengen würden diese möglicherweise destabilisiert, jedenfalls aber nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage die Kapitalrendite durch ein größeres Angebot vermindert.

Auch internationale Institutionen wie etwa die Weltbank (vgl. Rabe/Langelüddecke, 1999, S. 586 ff. und selbst Investmentbanken (vgl. etwa Bruno-Latocha 2000, S. 384 ff), die Mitte der neunziger Jahre in der internationalen Diskussion unter dem Einfluss der US-Debatte die Kapitaldeckung propagiert hatten, rücken mittlerweile von dieser Position wieder ab.

6. Pensionsfonds als wirtschaftsdemokratische Elemente?

Aus gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Sicht wird zum Teil vermutet, dass das in Pensionsfonds akkumulierte Kapital von abhängig Beschäftigten bei entsprechender institutioneller Ausgestaltung ihnen stärkeren Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen schaffen könnte (vgl. Michael Krätke, 1997, S. 31 ff; und: Aglietta 2000, S. 125 ff). In der vorgeschlagenen Reform sind aber derartige Ele-

mente weder zur Begründung herangezogen noch in der Ausgestaltung der kapitalgedeckten Anteile irgendwie berücksichtigt worden. Auch wenn die Idee wirtschaftsdemokratisch wirkender Fonds interessant ist: In dieser Reform sind keine Ansätze erkennbar. Spielräume für eine derartige Umgestaltung privater Vermögensbildung in Deutschland wären aber angesichts der hohen Sparquote durch eine Umschichtung des Anlageverhaltens erreichbar und müssten nicht durch einen Abbau der gesetzlichen Rentenversicherung erzwungen werden.

7. Unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten kapitalgedeckter Elemente

Auch wenn man einen Übergang zur teilweisen Kapitaldeckung der Altersversorgung für geboten hält, hat das vorgelegte Papier dafür kein politisches Konzept. So könnte eine obligatorische Zusatzsicherung mit Arbeitgeberanteil – wie in Schweden, den Niederlanden und der Schweiz – die im Riester-Modell angelegten Sicherungslücken und Verteilungsprobleme vermeiden. Die Formulierung politischer Mindestvorgaben für eine solche Zusatzversicherung – etwa die geschlechtsneutrale Kalkulation, eine staatliche Aufsicht über die seriöse Verwendung und eine Mitverwaltung der Anleger – könnte es ebenfalls interessanter machen. Einiges davon ist in Schweden – mittlerweile ein Boomland der „new economy“ – verwirklicht. Auch an öffentlich-rechtliche Fonds in Selbstverwaltung könnte gedacht werden. Dagegen bedeutet der jetzige Vorschlag eine einseitige Förderung überkommener Geldanlagestrukturen, insbesondere von Lebensversicherungen.

Auch die staatliche Förderung der Privatvorsorge durch Zuschüsse und Steuerfreibeträge ist kritikwürdig. Sie wäre nicht hinreichend, diejenigen zu fördern, die etwa als Arbeitslose oder unstetig Beschäftigte keine Möglichkeit haben, Geldanlagen zu tätigen. Andererseits werden gerade durch Steuerfreibeträge höher Verdienende überproportional unterstützt. Diese Kritik gilt auch für die geplante Kinderkomponente. Eine alleinerziehende Geringverdienerin wird die Förderung kaum nutzen können. So werden erhebliche Summen wenig zielgenau umgeschichtet, die ansonsten den Staatszuschuss zur Rentenversicherung hätten sichern können.

Verfassungsrechtliche Bedenken

Rentenanwartschaften sind vom BVerfG dem Eigentumsschutz des Grundgesetzes unterstellt worden. Damit wurde anerkannt, dass kollektive Sicherungsinstrumente für die Masse der Bevölkerung kein minder wichtiges Instrument der Freiheitssicherung sind als das individuelle klassische Eigentum. Dies bedeutet zunächst nur, dass die Option („Entgeltpunkte“), nicht jedoch deren Wert dem Zugriff des Gesetzgebers entzogen ist. Allerdings setzen nach Ansicht namhafter Verfassungsrechtler der Gleichheitssatz und die Eigentumsgarantie einer solchen Entwertung der Anwartschaften Grenzen: Wenn trotz langjähriger Beitragszahlung kein höheres Sicherungsniveau als das der Sozialhilfe erreicht wird, sind diese erreicht (vgl. Bieback, 1997, S. 35; Neumann, 1999, S. 393, 404 f.).

INegative Rückwirkungen

Eine Verwirklichung der Rentenpläne würde das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherung beeinträchtigen, weil hohen Beiträgen niedrige und vor allem scheinbar willkürlich kürzbare Leistungen gegenüberstünden. Die Flucht aus der sozialversicherten Beschäftigung in prekäre Selbstständigkeit oder Schwarzarbeit würde attraktiver, wenn die Rentenversicherung alleine kein ausreichendes Alterseinkommen mehr verspricht.

Aktuell sinken durch die Rentenkürzung die Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner: Beitragssatzerhöhungen und politischer Druck für Leistungskürzungen wären die Folge. Daran wird deutlich, dass wichtiger Teil einer Sozialversicherungsreform die Heranziehung aller Einkommensarten zur Finanzierung wäre.

Alterssicherung und Lebensarbeitszeit

Neben ihrer unmittelbaren Funktion der Sicherung bei Invaliditäts- und altersbedingter Arbeitsunfähigkeit hat die Rentenversicherung auch eine wichtige Funktion in der Regulation der Lebensarbeitszeit. Ein aktiver und langer Ruhestand gehört heute für viele zur Vorstellung vom guten Leben. Ein gesellschaftlicher Diskurs darüber, ob mit steigender Lebenserwartung auch die Erwerbsphase ausgedehnt werden sollte oder die frühe Rente zugunsten von Pausen für Fortbildung und Kindererziehung im jüngeren Alter verschoben werden

könnte, ist nicht geführt worden. Hier wäre aber die eigentliche Frage nach Reformen angesichts der demographischen Entwicklung zu stellen: Will die Gesellschaft einen steigenden Anteil des Sozialprodukts für Alterseinkommen aufwenden oder soll das Modell der kurzen aber intensiven Lebensarbeitszeit zugunsten höherer, zumindest aber flexiblerer Altersgrenzen etwa nach dem IG BAU-Vorschlag überdacht werden (so auch eine jüngst veröffentlichte Studie der ILO, vgl. SZ, 29. April 2000). Eine steigende Beschäftigung Älterer würde eine Humanisierung der Arbeitswelt und veränderte Wochenarbeitszeiten voraussetzen und auch fördern.

Ausblick

Das von der SPD-Führung beschlossene Konzept ist nicht geeignet, seinen eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Seine Verwirklichung wäre der wohl stärkste Einschnitt in die sozialen Rechte und Besitzstände der Bevölkerung seit Bestehen der Bundesrepublik – und sehr schwer zu revidieren. Die sozialdemokratische Linke sollte daher ebenso wie die Gewerkschaften an der Ablehnung festhalten, informieren, mobilisieren und Alternativen in die öffentliche Diskussion einbringen.

In dem Maße wie es gelingt, der breiten Skepsis in der Bevölkerung gegen die Pläne eine Stimme zu geben, besteht Hoffnung, dass die Bundesregierung sich um einen Rentenkonsens mit der eigenen Wählerschaft bemühen müssen.

spw

Literatur:

- Aglietta, Michel (2000), Ein neues Akkumulationsregime, Hamburg 2000;
- Bieback, Karl-Jürgen (1997), Verfassungsrechtlicher Schutz gegen Abbau und Umstrukturierung von Sozialleistungen, Berlin, 1997, S. 35;
- Bruno-Latocha, Gesa (2000), Europas umlagefinanzierte Rentensysteme sind reformierbar, DRV 6/2000, S. 384 - 388;
- DIW-Wochenberichte, u.a. 30/2000 vom 27. Juli 2000, s. www.diw.de;
- Krätke, Michael (1997), Proletarier aller Länder - versichert Euch!, Widerspruch 34/1997, S. 31 ff.;
- Neumann, Volker (1999), Konsolidierungsmaßnahmen im Rentenversicherungsrecht contra Grundrechtsschutz?, DRV 6-7/1999, S. 393-405;
- Rabe, Birgitta /Langelüddeke, Anne (1999), Gewichtung der Kapitaldeckung im Dreisäulen-Konzept der Alterssicherung - Kehrtwende der Weltbank?, DAngVers12/1999, S. 586-588;
- Welti, Felix (2000), Abgeordnete in die Sozialversicherung?, ZParl 2/2000, S. 254 -274

Eine Verwirklichung der Rentenpläne beeinträchtigt das Vertrauen der Bevölkerung in die Sozialversicherung

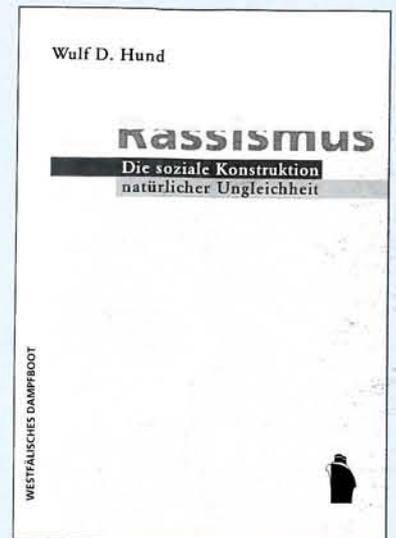
Hier gibt's was!



1 Jörg Huffs Schmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 248 S., Ladenpreis DM 29,80



2 Dagmar Everding/Michael Kruse/Harald Kugel (Hg.): Demokratie in Deutschland, 176 Seiten, Ladenpreis DM 28,00



3 Wulf D. Hund: Rassismus. Die soziale Konstruktion natürlicher Ungleichheit, 173 S., Ladenpreis DM 29,80

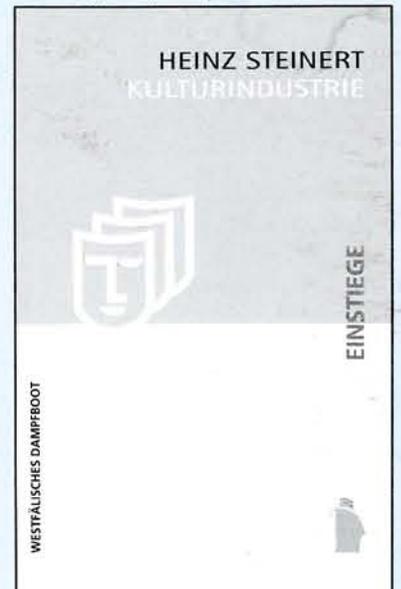
4 Elmar Altvater/Frigga Haug/Oskar Negt u.a.: Turbo-Kapitalismus, 220 Seiten, Ladenpreis DM 32,80



5 Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.): Der Kosovo-Krieg, 228 Seiten, Ladenpreis DM 24,80



6 Heinz Steinert: Kulturindustrie (Einstiege Band 5), 218 S., Ladenpreis DM 29,80



A b o - P r ä m i e n 2 0 0 0

spw